



Katastrophenforschungsstelle



Der Bevölkerungsschutz in der Flüchtlingskrise 2015/16: Erfahrungen und Lessons Learned

Deskriptive Ergebnisse einer organisationsübergreifenden quantitativen Befragung

KFS Working Paper Nr. 21

Cordula Dittmer, Dr.
Daniel F. Lorenz
Martin Voss, Prof. Dr.

© 2021 KFS

Für den Inhalt des Dokuments sind allein die AutorInnen verantwortlich. Jede kommerzielle Nutzung der Dokumente, auch von Teilen und Auszügen, ist ohne vorherige Zustimmung und Absprache mit den AutorInnen ausdrücklich verboten.

Zitierweise: Dittmer, C.; Lorenz, D.F.; Voss, M. (2021): Der Bevölkerungsschutz in der Flüchtlingskrise 2015/16: Erfahrungen und Lessons Learned. Deskriptive Ergebnisse einer organisationsübergreifenden quantitativen Befragung. KFS Working Paper Nr. 21. Berlin: KFS. Online verfügbar unter: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophenforschung/publikationen/index.html>.

DOI: <http://dx.doi.org/10.17169/refubium-30982>

Katastrophenforschungsstelle (KFS)
Freie Universität Berlin
FB Politik- und Sozialwissenschaften
Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10
12165 Berlin

Inhalt

Abbildungsverzeichnis.....	III
Zusammenfassung.....	6
Abstract	6
1. Einleitung.....	7
2. Methode und Stichprobenbeschreibung	9
2.1. Methode.....	9
2.2. Stichprobenbeschreibung.....	9
3. Ergebnisse.....	12
3.1. Einsätze in der Flüchtlingshilfe in Deutschland seit 2014.....	12
3.2. Bewertung der Einsätze 2015/16	19
3.3. Katastrophenfall	21
3.4. Anerkennung und Anfeindungen.....	27
3.5. Ausbildung.....	35
3.6. Zusammenarbeit mit ungebundenen Helfenden/SpontanhelferInnen.....	38
3.7. Errichtung und Betrieb von Notunterkünften	42
3.8. Wissensmanagement.....	49
3.9. Vulnerabilität	53
3.10. Internationales/frühere Einsätze in der Flüchtlingshilfe.....	57
3.11. Aktuelle Vorbereitung	59
3.12. Zukünftige Gefahren	61
3.13. Zukünftige HilfeempfängerInnen	64
3.14. Zukünftige Entwicklung der Organisationen des Bevölkerungsschutzes.....	66
3.15. Zukünftige Arbeitsfelder für Organisationen des Bevölkerungsschutzes.....	68
4. Zusammenfassung und Ausblick	69

Literaturverzeichnis.....	70
Anhang	71
Impressum	75

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Geschlecht	10
Abbildung 2: Engagement im Bevölkerungsschutz in Jahren	10
Abbildung 3: Engagement im Bevölkerungsschutz nach Organisation	11
Abbildung 4: Einsatz in der Flüchtlingshilfe 2015/16	12
Abbildung 5: Einsatz in der Flüchtlingshilfe nach Organisation	13
Abbildung 6: Art des Engagements	14
Abbildung 7: Einsätze je Bundesland	15
Abbildung 8: Einsatzintensität (Juni 2015-Februar 2016)	16
Abbildung 9: Ausgeübte Tätigkeit	17
Abbildung 10: Rückgriff auf Ressourcen des Bevölkerungsschutzes	19
Abbildung 11: Vorbereitung des Bevölkerungsschutzes	20
Abbildung 12: Rechtliche Basis des Einsatzes I	21
Abbildung 13: Rechtliche Basis des Einsatzes II	22
Abbildung 14: Gründe für Nichtausrufung Katastrophenfall	23
Abbildung 15: Folgen Nichtausrufung Katastrophenfall	24
Abbildung 16: Positive Aspekte Ausrufung Katastrophenfall	25
Abbildung 17: Flüchtlingshilfe als Aufgabe des Bevölkerungsschutzes	26
Abbildung 18: Anerkennung	28
Abbildung 19: Anfeindungen	29
Abbildung 20: Art der Anfeindung	30
Abbildung 21: Anfeindende Person	31
Abbildung 22: Reaktion auf Anfeindungen	32
Abbildung 23: Ablehnung des Einsatzes: Hauptamt	33
Abbildung 24: Ablehnung des Einsatzes: Ehrenamt	34

Abbildung 25: Inhalt Aufgaben in Aus- und Fortbildung.....	35
Abbildung 26: Berücksichtigung Flucht/Migration in Ausbildung nach Ebenen	36
Abbildung 27: Zusätzliche Unterrichtseinheiten Flucht/Migration	37
Abbildung 28: Zusammenarbeit ungebundene HelferInnen/SpontanhelferInnen.....	38
Abbildung 29: Bewertung Zusammenarbeit ungebundene HelferInnen/SpontanhelferInnen.....	39
Abbildung 30: Konzepte zur Koordination ungebundener HelferInnen/SpontanhelferInnen	40
Abbildung 31: Bewertung von Aussagen zur Zusammenarbeit mit ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen	41
Abbildung 32: Einsatz im Kontext von Notunterkünften	42
Abbildung 33: Konzepte zur Unterbringung von Personen.....	43
Abbildung 34: Anwendbarkeit der Konzepte	44
Abbildung 35: Mangel bei der Unterbringung der Flüchtlinge	45
Abbildung 36: Standards zur Unterbringung	46
Abbildung 37: Spezifische Maßnahmen in Notunterkünften	48
Abbildung 38: Lesson Learned.....	49
Abbildung 39: Anpassung von Konzepten	50
Abbildung 40: Übertragung Erfahrungen Flüchtlingshilfe auf andere Bereiche	51
Abbildung 41: Übertragung Erfahrungen Flüchtlingshilfe auf andere Lagen	52
Abbildung 42: Bedürfnisse Flüchtlinge	53
Abbildung 43: Erfüllung der Bedürfnisse	54
Abbildung 44: Kontakt zu Flüchtlingen	55
Abbildung 45: Vorbereitung Bedürfnisse, Vulnerabilitäten, Fluchterfahrungen	56
Abbildung 46: Rückgriff auf Erfahrungen aus der Auslandshilfe	57
Abbildung 47: Rückgriff auf Erfahrungen und Konzepte der Auslandshilfe nach Bereichen.....	58
Abbildung 48: Eigene Erfahrungen in Einsätzen im Kontext von Flucht und Migration vor 2014.....	59
Abbildung 49: Einschätzung Bewältigung Flüchtlingslage heute	60

Abbildung 50: Relevanz verschiedener zukünftiger Gefahren/Szenarien.....	62
Abbildung 51: Relevanz von Einsätzen im Kontext von Flucht und Migration.....	63
Abbildung 52: Entwicklungen unter potenziellen HilfeempfängerInnen	65
Abbildung 53: Zukünftige Veränderungen innerhalb der Organisationen.....	67
Abbildung 54: Zukünftige Bedeutung verschiedener Einsatzfelder.....	68

Zusammenfassung

Die Jahre 2015 und 2016, in denen eine Vielzahl an Menschen in Europa und ganz besonders in Deutschland Schutz suchten, führten für viele Organisationen des Bevölkerungsschutzes zu den größten und längsten Einsätzen seit dem Zweiten Weltkrieg sowie zu gänzlich neuen Herausforderungen. Im Rahmen einer quantitativen Online-Befragung im Sommer 2020 wurden die Erfahrungen der Einsatzkräfte während dieser Zeit retrospektiv erfasst. Es wurden verschiedene Themenbereiche von Einsatzdauer und -häufigkeiten abgebildet, von grundsätzlichen Fragen des Einsatzes des Bevölkerungsschutzes in der Flüchtlingshilfe über Fragen zur organisatorischen Umsetzung etwa zum Aufbau und dem Betrieb von Notunterkünften und konkreten Foki, etwa auf Vulnerabilitäten, Anerkennung und Anfeindungen, Zusammenarbeit mit SpontanhelferInnen bis zum Blick auf zukünftige Ereignisse und Vorbereitungen gestellt. An der Studie beteiligten sich 658 Personen aus allen Bevölkerungsschutzorganisationen.

Schlüsselwörter: Flüchtlingskrise 2015/16, Bevölkerungsschutz, quantitative Befragung, Katastrophenschutz, Flüchtlinge, Notunterkunft

Abstract

The years 2015 and 2016, in which a large number of people sought protection in Europe and especially in Germany, led to the largest and longest deployments since the Second World War for the majority of the civil protection units, as well as to completely new challenges for the latter. As part of a quantitative online survey in summer 2020, the experiences of the civil protection units during this time were recorded retrospectively. Various topics were covered, ranging from duration and frequency of deployment to basic questions about the involvement of civil protection in refugee assistance, the construction and operation of emergency shelters, vulnerabilities, recognition and hostilities, cooperation with spontaneous volunteers, as well as preparations for future challenges. A total of 658 people from all civil protection organizations part in the study.

Keywords: refugee crisis 2015/16, civil protection, quantitative survey, disaster management, refugees, emergency shelter

1. Einleitung

Die Jahre 2015 und 2016, in denen eine Vielzahl an Menschen in Europa und ganz besonders in Deutschland Schutz suchten, führten für viele der Bevölkerungsschutzorganisationen zu den größten und längsten Einsätzen seit dem Zweiten Weltkrieg sowie zu gänzlich neuen Herausforderungen (Dittmer et.al 2019). Dazu zählten z. B. die große Anzahl an zeitgleich zu betreuenden Menschen mit zum Teil anderen als den bisher bekannten Bedürfnissen, die große mediale Aufmerksamkeit und die politisch stark fragmentierte Öffentlichkeit, das breite Engagement höchst vielfältiger zivilgesellschaftlicher Akteure, SpontanhelferInnen und Organisationen oder das weitverbreitete Handeln nach dem Prinzip des „nicht-ausgerufenen Katastrophenalarms“ (Dittmer und Lorenz 2017: 15).

Einsätze im Rahmen der Flüchtlingshilfe sind für Organisationen des Bevölkerungsschutzes in Deutschland nichts grundsätzlich Neues, sie waren lange Zeit sogar ein wichtiger Aspekt der Zivilschutzplanungen in Zeiten des Kalten Krieges (Diebel 2017: 75). So gab es z. B. Betreuungseinsätze während des Fluchtaufkommens in den Jahren 1949-1955 nach der Gründung der beiden deutschen Staaten insbesondere in Berlin (Blos 1979; Riesenberger 2002), von AussiedlerInnen aus Osteuropa in den 1960-1980er Jahren oder von DDR-Flüchtlingen in Ungarn, der Prager Botschaft oder an der deutsch-österreichischen Grenze 1989 (Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes in der Bundesrepublik Deutschland 1989; Süddeutsche Zeitung 1989).

Ab Juli 2015 wurden angesichts der massiv gestiegenen Ankunft von Flüchtlingen in großem Maßstab im gesamten Bundesgebiet Notunterkünfte im Auftrag der Bundesländer und Kommunen errichtet – vielfach mit Unterstützung durch Organisationen des Bevölkerungsschutzes (Grote 2018). Für das Deutsche Rote Kreuz (DRK) handelte es sich dabei um den größten Einsatz seit der deutschen Wiedervereinigung (Deutsches Rotes Kreuz 2015); für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) war dieser Einsatz der langanhaltendste und der mit der größten geographischen Erstreckung (Bundesanstalt Technisches Hilfswerk 2018); der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) versorgte im Rahmen der größten Hilfsaktion für Flüchtlinge in seiner Geschichte nicht nur Menschen in Deutschland, sondern zeitgleich auch entlang der Balkanroute, insbesondere in Serbien (Arbeiter-Samariter-Bund 2015).

Die in der Regel über Amtshilfe oder andere Anfragen der Bundesländer sowie Kommunen und nur in Ausnahmefällen durch Ausrufung des Katastrophenfalls angeforderten Organisationen des Bevölkerungsschutzes hatten mit mehreren massiven Herausforderungen zu kämpfen. Es kam zu gravierenden Engpässen bei der Erstversorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Hygieneartikeln oder Betten, so dass das DRK bereits Mitte 2015 auf die für den Katastrophenfall eingelagerte Bundesvorhaltung zurückgriff (Sieland 2017). Später musste zusätzliches Material von Rotkreuz-Schwesterorganisationen aus dem Ausland, insbesondere Kanada und den USA, eingeflogen werden. Konnten im Sommer 2015 die in der Flüchtlingshilfe tätigen Hilfsorganisationen die Einsätze noch halbwegs über eigene ehrenamtliche Strukturen bewältigen, gelangten diese Strukturen mit dem erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen im Herbst 2015 an ihre Grenzen (Grote 2018). Sowohl auf Orts-, Kreis- als auch Landes- und Bundesebene waren die eigentlich für den Katastrophen- resp. Zivilschutzfall zur Verfügung stehenden Einheiten im Einsatz, so dass u.a. auch die auf Bundes- und Länderebene regelmäßig stattfindende länder- und ressortübergreifende Krisenmanagementübung LÜKEX abgesagt



Foto 1: THW Zeltstadt Feldkirchen 2 © 2015 Thim THW

werden musste. Die Einsätze liefen zum Teil noch bis weit ins Jahr 2016 hinein, bis die Notaufnahmeeinrichtungen in den hauptamtlichen Betrieb überführt werden konnten.



Foto 2: ©ASB

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsprojekt „Migrationsbezogenes Wissensmanagement für den Bevölkerungsschutz der Zukunft (WAKE)“ (Förderzeitraum 2018-2021) untersuchte in einem transdisziplinären Konsortium (Katastrophenforschungsstelle (KFS), Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), Deutsche Rotes Kreuz e.V. (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), Technische Hochschule Köln (TH Köln)) sowie mit Unterstützung von assoziierten Partnern aus Deutschland (Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Malteser Hilfsdienst (MHD), Bundesamt für Mig-

ration und Flüchtlinge (BAMF)) sowie aus Österreich (Österreichisches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe Österreich), welche Erfahrungen in den Einsätzen der Flüchtlingshilfe gemacht wurden, welche Herausforderungen aufgetreten sind und welche Lessons Learned gezogen wurden (siehe dazu ausführlicher die Projekthomepage <https://wake-project.eu/> sowie Dittmer et al. 2019). Im Zentrum des Projekts standen die folgenden Fragen:

- 1.) Welche Wissensquellen, Wissensbestände, Wissensmanagementsysteme und entsprechenden Technologien waren vor der Flüchtlingssituation 2015/2016 a) bereits vorhanden und konnten entsprechend genutzt werden; b) zwar vorhanden, sind aber nicht genutzt worden; oder sind c) neu hinzugekommen oder wären d) gebraucht worden, waren aber nicht vorhanden?
- 2.) Welche dieser Lernerfahrungen sind für den Bevölkerungsschutz verallgemeinerbar, da sie Strukturmerkmale beinhalten, die auch in anderen Lagen, Krisen oder Katastrophen vorkommen und welche sind kontextbezogen und wurden durch die spezifische Akteurskonstellationen und politischen Rahmenbedingungen definiert?
- 3.) Wie kann das erlangte Wissen unter der Maßgabe knapper personeller und zeitlicher Ressourcen innerhalb der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und zwischen diesen so konserviert und aufbereitet werden, dass es für zukünftige Einsätze und Ausbildungsmodule verfügbar bleibt?

Neben umfangreichen qualitativen ExpertInneninterviews, thematisch orientierten Workshops und Fallstudien zu Deutschland (Dittmer und Lorenz 2019, 2020) und Griechenland (Dittmer und Lorenz 2021) erfolgte eine organisationsübergreifende quantitative Befragung (Juni 2020-September 2020) zu einer Vielzahl der sich im Laufe des Projekts als relevant gezeigten Themenfelder. Es handelt sich um eine rein deskriptive Analyse sowie die Darstellung einiger ausgewählter aussagekräftiger offener Fragen.

2. Methode und Stichprobenbeschreibung

Um für die zuvor über qualitative Methoden generierten inhaltlichen Themenschwerpunkte und Herausforderungen organisationsübergreifend verallgemeinerbare Aussage treffen zu können, sollten die Einsatzkräfte der Bevölkerungsschutzorganisationen (THW, DRK, Malteser, JUH, ASB, Berufs- und Freiwillige Feuerwehren, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG)) deutschlandweit befragt werden. Die Befragung fand von Juni-September 2020 als Onlinebefragung statt.

2.1. Methode

Der Fragebogen bestand aus 84 geschlossenen und offenen Items. Gefragt wurde neben den sozio-ökonomischen Daten, nach den Erfahrungen in den Einsätzen selbst, Anerkennung und Anfeindungen, der Ausbildung, der Zusammenarbeit mit ungebundenen HelferInnen, der Errichtung und dem Betrieb von Notunterkünften, Wissensmanagement, Vulnerabilität und der Einschätzung zukünftiger Entwicklungen im Bevölkerungsschutz.

Der Teilnahmelink wurde durch die beteiligten Organisationen über verschiedene Kanäle (Emailverteiler, Homepages, Newsletter, soziale Medien usw.) verteilt und beworben. Insgesamt wurde der Befragungslink 1074 Mal geöffnet. Nach der Datenbereinigung konnten 658 Datensätze in die Auswertung einbezogen werden, wobei aufgrund der Länge des Fragebogens sowie eines optionalen sozio-demographischen Teils nicht alle 658 Personen den Fragebogen bis zum Ende ausgefüllt haben. Die nicht beantworteten Fragen wurden mit „Keine Angabe“ codiert. Dies erklärt, warum in einigen Diagrammen der Anteil dieser Antwortkategorie so hoch ausfällt.

Fokussiert wurde auf Einsatzkräfte, die 2015/16 eingesetzt waren. Daher wurden zu Beginn des Fragebogens mittels einer Filterfrage zunächst zwei Stichproben erzeugt. Diejenigen Teilnehmenden, die 2015/16 nicht eingesetzt waren, bekamen jedoch die Möglichkeit, allgemeine Fragen zur zukünftigen Entwicklung des Bevölkerungsschutzes sowie sozioökonomische Daten zu beantworten. 86 TeilnehmerInnen (13 %) waren nicht in der Flüchtlingshilfe 2015/16 eingesetzt, die Fragen wurden entsprechend mit „trifft nicht zu“ codiert. Diese Fragebögen wurden bei den Themenkomplexen nicht berücksichtigt, die entsprechende Einsätze voraussetzen. Das N beträgt damit für die Themenkomplexe, die sich auf konkrete Einsätze 2015/16 beziehen (Kapitel 3.1-3.19), 572. Für die übrigen Fragen umfasst der Gesamtdatensatz N=658.

2.2. Stichprobenbeschreibung

Eine ausführlichere tabellarische Stichprobenbeschreibung findet sich im Anhang. Die Befragung erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität, da es sich um die Befragung der speziellen Zielgruppe der Organisationen des Bevölkerungsschutzes handelt. Daher werden auch keine Vergleichswerte für das Feld angegeben oder die Daten in Bezug zur Gesamtbevölkerung gesetzt. Die Fragen zur Soziodemographie waren in zwei Teile unterteilt, wobei die Teilnehmenden den zweiten auslassen konnten.

Die Befragung wurde v. a. von Personen beantwortet, die in den westlichen Bundesländern lebten, wobei die Mehrzahl aus Nordrhein-Westfalen (18 %), Hessen (14 %) und Bayern (13 %) stammte. Deutlich unterrepräsentiert waren die östlichen Bundesländer, hier gaben lediglich 6 % der Befragten einen Wohnsitz an. Ebenfalls kaum vertreten waren Schleswig-Holstein (3 %), Hamburg (2 %), Berlin (2 %), sowie das Saarland (1 %) und Rheinland-Pfalz (2 %).

Die Altersverteilung war zwischen 20 und 60 Jahren relativ ausgewogen; unter 20-Jährige waren ebenso wie über 60-Jährige unterrepräsentiert. Die überwiegende Mehrheit der Befragten war mit 64 % männlich; nur 11 % waren weiblich, eine Person divers, 25% machten keine Angabe.

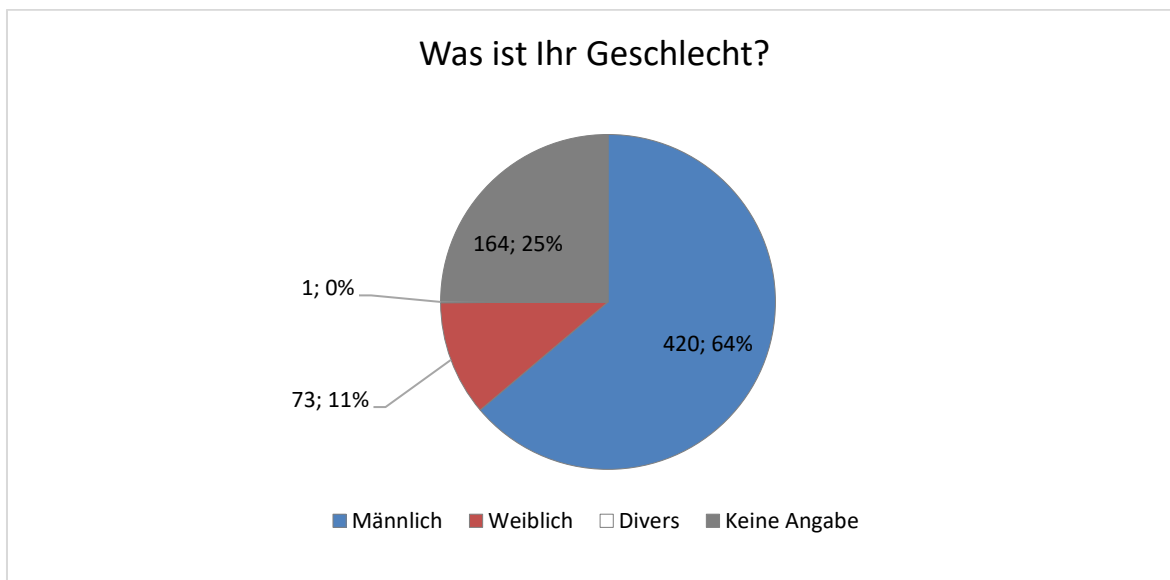


Abbildung 1: Geschlecht

Die Teilnehmenden verfügten in der deutlichen Mehrheit über eine langjährige Erfahrung im Bevölkerungsschutz. Zwei Drittel der Befragten gaben 8-10 Jahre Erfahrung (63 %) an, über ein Drittel (35 %) hatte mehr als 20 Jahre Erfahrung. Vier Prozent der Befragten waren vier Jahre oder weniger im Bevölkerungsschutz tätig, hatten daher die Einsätze in der Flüchtlingshilfe selbst nicht als Aktive erlebt.

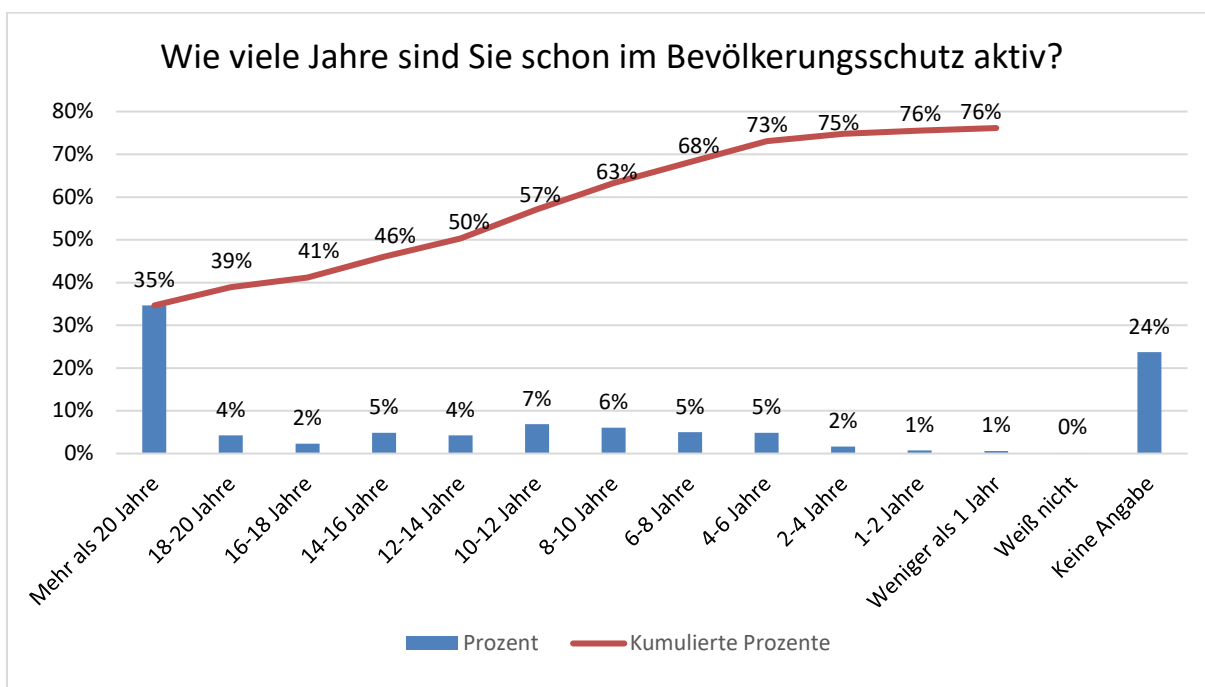


Abbildung 2: Engagement im Bevölkerungsschutz in Jahren

Die Mehrzahl der Befragten waren im THW engagiert (178 Nennungen), gefolgt vom DRK (123 Nennungen) und der Freiwilligen Feuerwehr (93 Nennungen). MHD, ASB und JUH folgen mit 58, 56 und 51 Angaben. In der Berufsfeuerwehr sowie der DLRG waren jeweils 17 Personen engagiert. In der Berufsfeuerwehr sowie der DLRG waren jeweils 17 Personen engagiert.

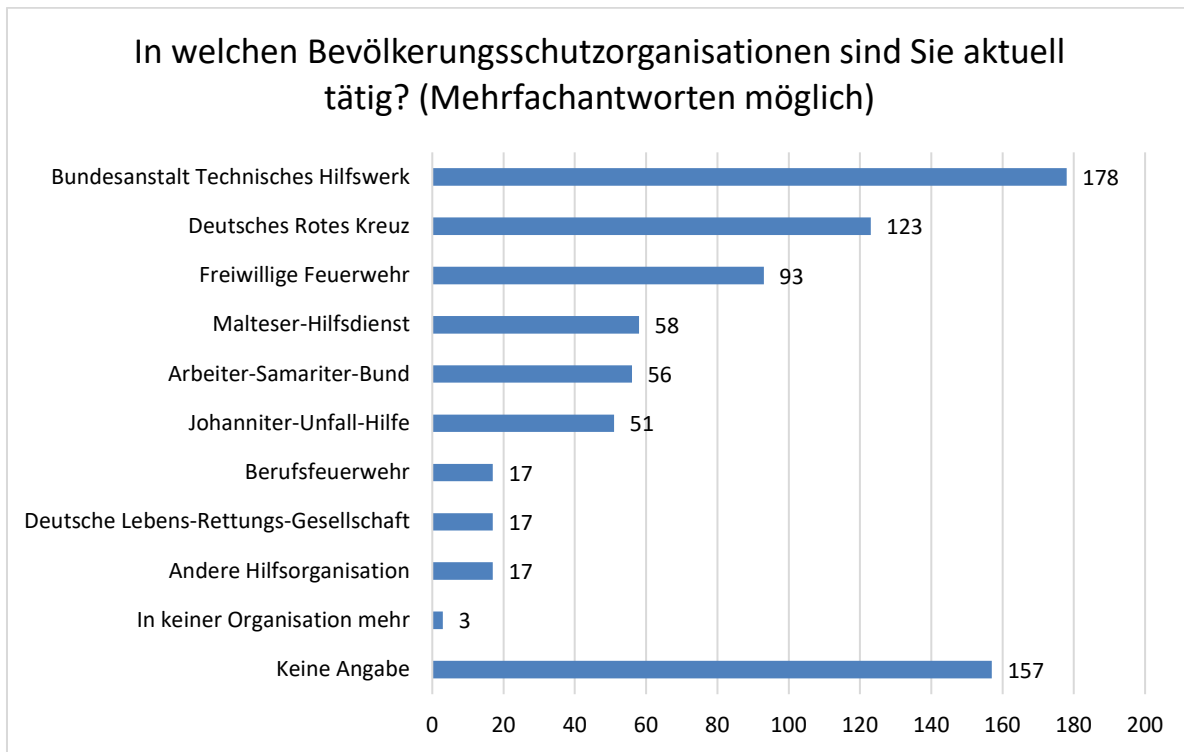


Abbildung 3: Engagement im Bevölkerungsschutz nach Organisation

3. Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragung vorgestellt. Diese sind wie im Fragebogen thematisch gegliedert. Der Fokus liegt auf der deskriptiven Darstellung, es werden jedoch auch ausgewählte offene Fragen aufgenommen.

3.1. Einsätze in der Flüchtlingshilfe in Deutschland seit 2014

Im ersten Themenkomplex ging es darum, ob, wo, wann und wie lange die Befragten in Einsätzen der Flüchtlingshilfe eingesetzt waren. Der zeitliche Rahmen wurde breiter angelegt, um auch frühe, sich bereits ankündigende Steigerungen der Flüchtlingszahlen mit abzubilden und auch die lang anhaltende Belastung der Einsatzkräfte abzufragen.

Da die Befragung auch allgemeine Themenfelder beinhaltete, wie z. B. die Einschätzung von zukünftigen Gefahren und Entwicklungen in den BOS konnte der Fragebogen auch beantwortet werden, wenn keine Erfahrungen in der Flüchtlingskrise 2015/16 vorlagen. Eine entsprechende Filterfrage wurde zu Beginn eingebaut. Von den 658 TeilnehmerInnen hatten 86 (13 %) keine Erfahrungen, sie übersprangen daher die folgenden Fragen.

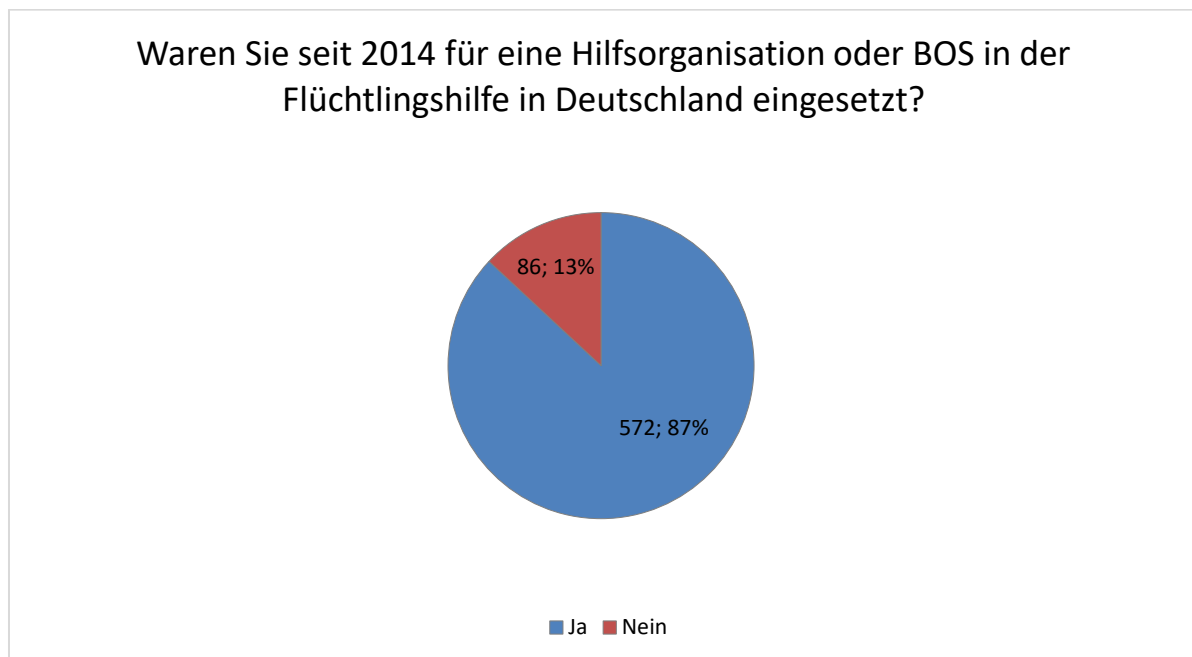


Abbildung 4: Einsatz in der Flüchtlingshilfe 2015/16

Art der Organisation

201 Befragte gaben an für das THW im Einsatz gewesen zu sein; 158 für das DRK. Für den MHD waren es 78 Nennungen, gefolgt vom ASB (61 Nennungen), der JUH (51 Nennungen) und der Freiwilligen Feuerwehr (45 Nennungen). Für die Berufsfeuerwehr gab es 15 Nennungen, für die DLRG vier Nennungen. 47 Personen waren für mehrere Organisationen im Einsatz.

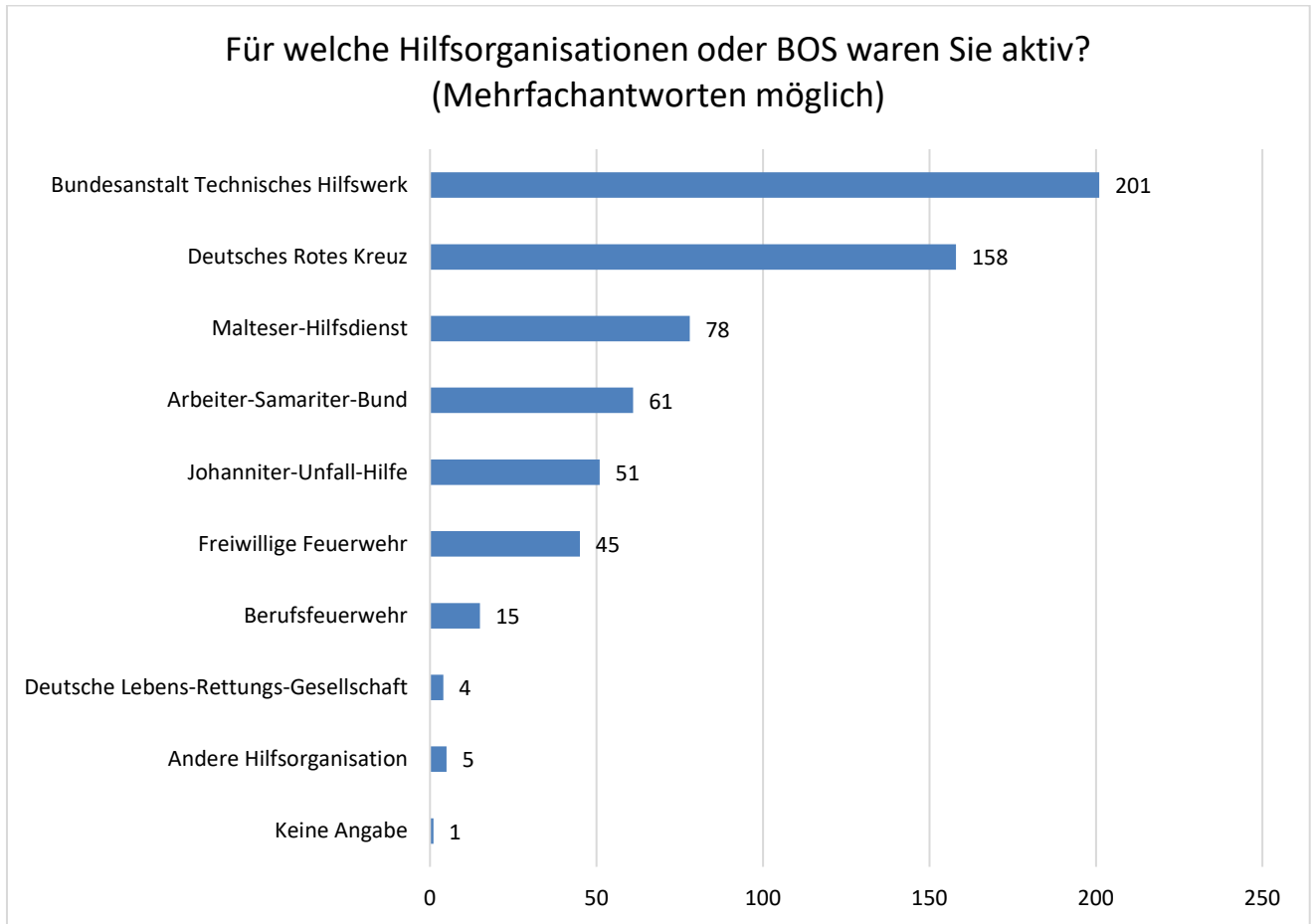


Abbildung 5: Einsatz in der Flüchtlingshilfe nach Organisation

Art des Engagements

Die Mehrzahl der Befragten (72 %) war ehrenamtlich im Einsatz, 10 % hauptamtlich und 17 % sowohl ehren- als auch hauptamtlich.

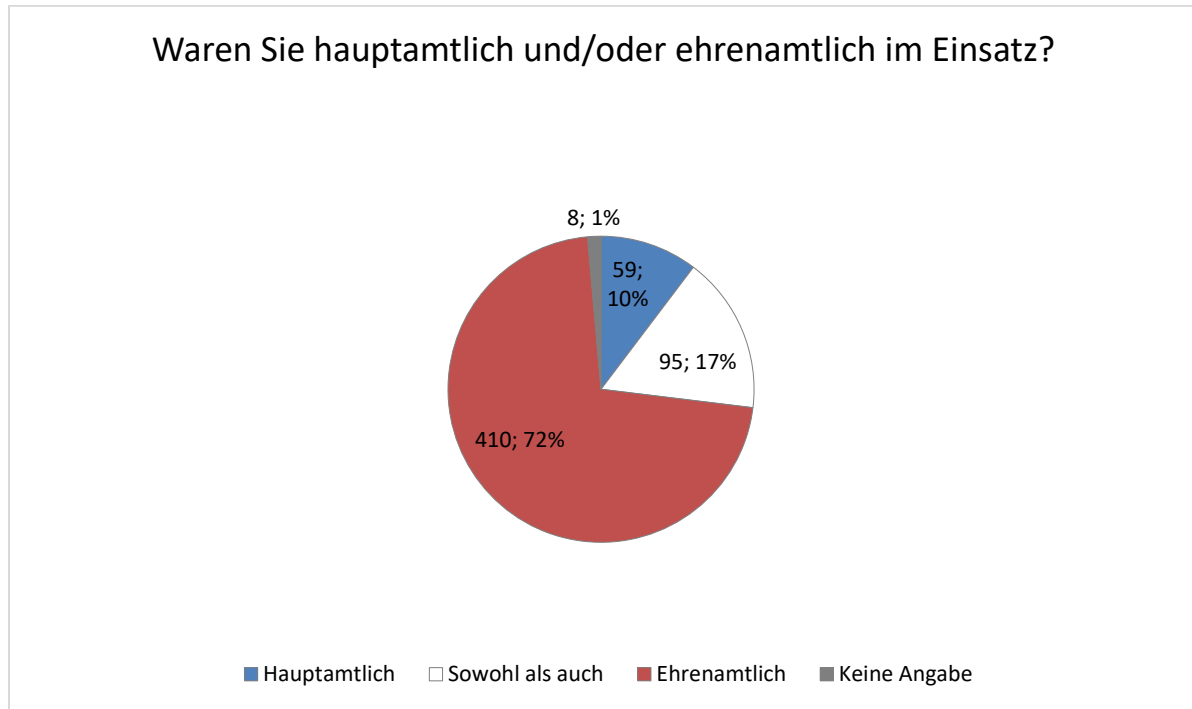


Abbildung 6: Art des Engagements

Einsatzort

Der regionale Schwerpunkt der Einsätze der Befragten lag in Nordrhein-Westfalen (141 Nennungen), gefolgt von Bayern (106 Nennungen) und Hessen (100 Nennungen). Darauf folgt Niedersachsen mit 80 Nennungen, und Schleswig-Holstein mit 22 Nennungen. In den östlichen Bundesländern hatten die Befragten kaum Einsätze, auch nicht in Bremen oder dem Saarland. 50 Personen gaben an in unterschiedlichen Bundesländern eingesetzt gewesen zu sein.¹

¹ Diese Angaben sagen nichts über bundesweite Einsatzschwerpunkte aus, sondern spiegeln v. a. die Reichweite der Studie wider. So entsprechen die regionalen Einsatzschwerpunkte auch weitestgehend dem Wohnsitz (Bundesland) der Befragten.

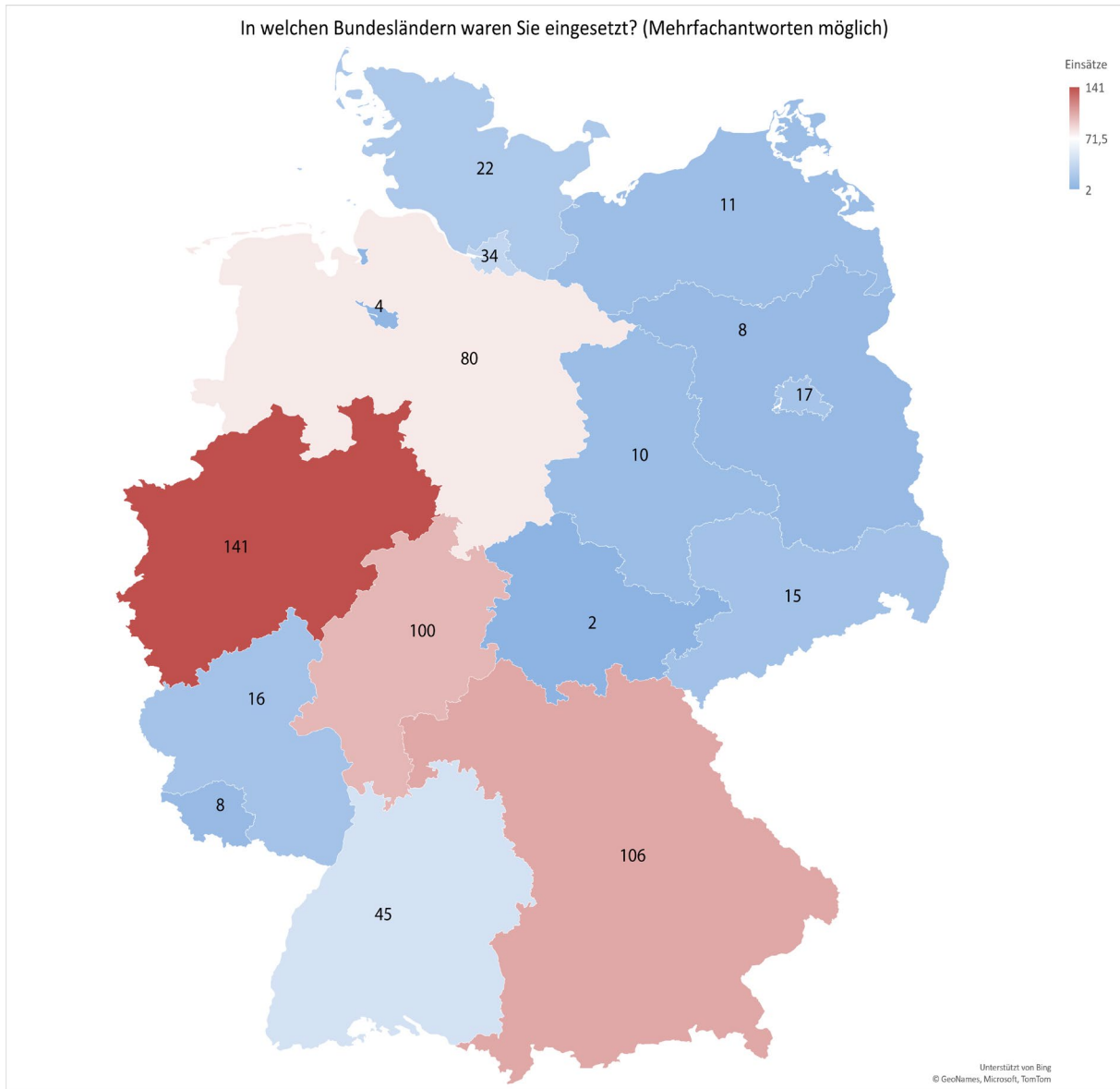


Abbildung 7: Einsätze je Bundesland

Einsatzaufkommen im Zeitverlauf

Die Hochphase – und damit Hauptbelastung für die Einsatzkräfte – lag im September 2015 bzw. im Zeitraum August bis Oktober 2015. Während des gesamten abgefragten Zeitraums von vor Juni 2015 bis nach Februar 2016 gab es Einsätze im Rahmen der Flüchtlingshilfe, wenn auch diese nicht die Intensität oder Länge hatten wie in der Hochphase im Sommer 2015. Es zeigt sich deutlich, wie über einen langen Zeitraum Einheiten in die Flüchtlingshilfe eingebunden waren und wie die Einsatzintensität massiv in den Sommermonaten zunahm.

	Vor Juni	Juni	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Nach Feb
Hoch (viele, lange oder intensive Einsätze)	51	131	186	222	267	246	180	140	98	81	60
Geringe (wenige, kurze oder einfache Einsätze)	140	127	130	127	140	133	167	144	143	135	139
Gar keine Einsätze	202	152	111	83	41	59	83	121	144	161	181
Weiß nicht	85	76	69	70	68	68	73	80	93	97	90
Keine Angabe	94	86	76	70	56	66	69	87	94	98	102

Abbildung 8: Einsatzintensität (Juni 2015-Februar 2016)

Ausgeübte Tätigkeiten

Technisch-logistische Aufgaben waren mit 423 Nennungen mit Abstand die häufigsten Tätigkeiten, die durchgeführt wurden, gefolgt von Stabsarbeit/Führungs- und Koordinationsaufgaben (326 Nennungen), betreuenden (229 Nennungen) und medizinischen Aufgaben (194 Nennungen). Dabei führten alle Teilnehmenden zwei oder mehr unterschiedliche Tätigkeiten aus.

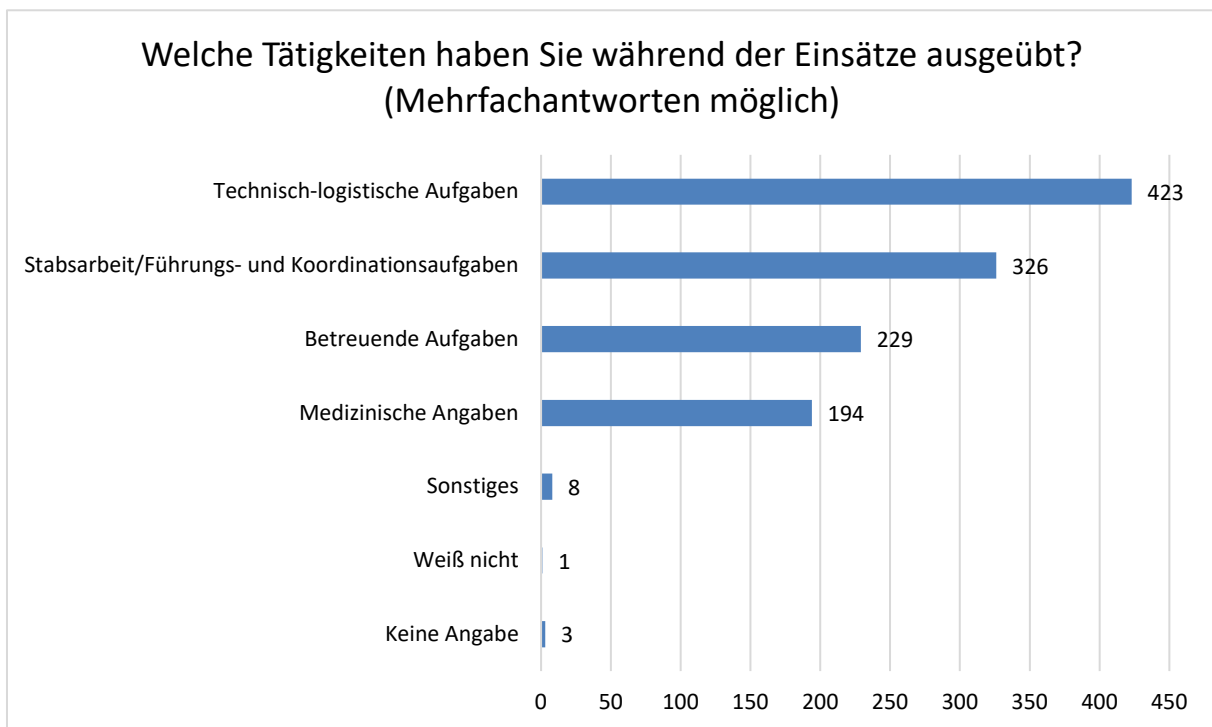


Abbildung 9: Ausgeübte Tätigkeit

Besonderheiten der Einsätze im Vergleich mit anderen Einsätzen

Die Frage nach den Besonderheiten der Einsätze im Vergleich mit anderen Einsätzen des Bevölkerungsschutzes wurde von sehr vielen Befragten (377 Personen) beantwortet. Als Besonderheit wurde v. a. *Einsatzdauer, -umfang und -intensität („Flächenlage mit Einsatzaufträgen in allen Bundesländern“)* hervorgehoben; diese seien so zuvor unbekannt gewesen. Es hätte sich nicht um eine „klassische Gefahrenlage“ gehandelt, sondern eher um eine *humanitäre Notlage*, wobei Parallelen zu Einsätzen nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze 1989 oder zu Einsätzen im Ausland gezogen wurden. Die Flüchtlingshilfe war besonders geprägt von einer *sehr großen Anzahl hilfsbedürftiger Menschen*, teilweise mit *schlechtem Gesundheitszustand* und andersartigen Verletzungsmustern (z. B. durch Krieg und Folter), Infektionskrankheiten und Kriegs- und Fluchttraumata. Die *unzureichende Vorbereitung auf eine deartige Betreuungslage* und entsprechend zu *geringe materielle Ressourcen* für eine derartige Lage sowie die zum Teil ungenügende Infrastruktur zur Versorgung wurde auch in den Aussagen betont.

Als weitere Besonderheit wurde die *hohe Dynamik der Lage* genannt, die von *extremer Kurzfristigkeit, Unübersichtlichkeit und Unsicherheit* (Wie viele Menschen kommen noch?) geprägt gewesen sei, die zum Teil auch aus einer *mangelhaften Planung und Koordination* resultiert habe. Es hätte sich in

Abgrenzung zu vorher bekannten Einsatzlagen um eine *hoch politisierte Situation mit einer angespannten Sicherheitslage* (Proteste gegen Notunterkünfte, Gewalt gegen und Anfeindungen von Einsatzkräfte, Konflikte unter Flüchtlingen) und gleichzeitig *hoher medialer Aufmerksamkeit* gehandelt.

Als besonders wurden ansonsten ein *andersartiges Aufgabespektrum und unbekannte Abläufe*, neuartige, teils *komplexe Interaktionsbeziehungen* und zuvor *unbekannte Beauftragende* sowie zum Teil *unklare Rechtsgrundlagen* (bspw. Einsatz von Katastrophenschutzeinheiten ohne Katastrophenfall), die vielerorts Improvisation notwendig machten, hervorgehoben. Zuständigkeiten, die Koordination mit als überfordert beschriebenen Ämtern und Behörden sowie die damit verbundene Informationslage wurde vielfach als „*chaotisch*“ charakterisiert mit der Folge, dass die „Chaosphase“ entsprechend länger angedauert hätte. Auch waren die Einsätze in Abgrenzung zu anderen Einsätzen für eine nicht geringe Anzahl an Helfenden geprägt von dem *Gefühl, von staatlichen Stellen und „der Politik“ nicht ausreichend unterstützt* worden zu sein. Es wäre teilweise zu einer *Überforderung des Ehrenamtes* gekommen, das über Monate Beruf, Familie und ehrenamtliche Einsätze vereinen musste. Im Gegensatz zur Zusammenarbeit mit Behörden und Verwaltungen wurde die gute Zusammenarbeit der Einsatzorganisationen untereinander vielfach betont.

Ebenfalls herausgestellt wurden die *hohe kulturelle Diversität* sowie *besondere Bedürfnisse der Flüchtlinge und Sprachbarrieren*, die, wo überhaupt vorhanden, den Einsatz von DometscherInnen notwendig machten, womit vielfältige *kulturelle Missverständnisse* jedoch auch nicht unterbunden werden konnten. Insgesamt seien die Einsätze von einer *großen Emotionalität* und damit auch einer *hohen psychischen Belastung der Einsatzkräfte* geprägt gewesen, die mit dem Leid und Schicksal der Flüchtlinge konfrontiert waren – dies schließt im Falle der Flüchtlingshilfe auch Organisationen mit ein, die ansonsten nur wenig bis gar keinen Kontakt zu Betroffenen haben wie z. B. das THW. Ambivalent sind die *Äußerungen zur besonderen Ausprägung oder dem Mangel an Dankbarkeit*. Einige äußerten, dass es zu wenig Dankbarkeit und Wertschätzung von Seiten der Flüchtlinge gegeben hätte und es von den Organisationen im Nachgang bspw. keine Ehrungen gab. Andere wiederum betonten die besondere Dankbarkeit von Flüchtlingen und das gute Gefühl, helfen gekonnt zu haben.

3.2. Bewertung der Einsätze 2015/16

Nach der Darstellung von Einsatzhäufigkeiten, -orten und -tätigkeiten sollten die Befragten einschätzen, ob in der Bewältigung auf Ressourcen des Bevölkerungsschutzes zurückgegriffen wurde und wie gut der Bevölkerungsschutz ihrer Meinung nach auf die Situation vorbereitet war.

Rückgriff auf Ressourcen des Bevölkerungsschutzes

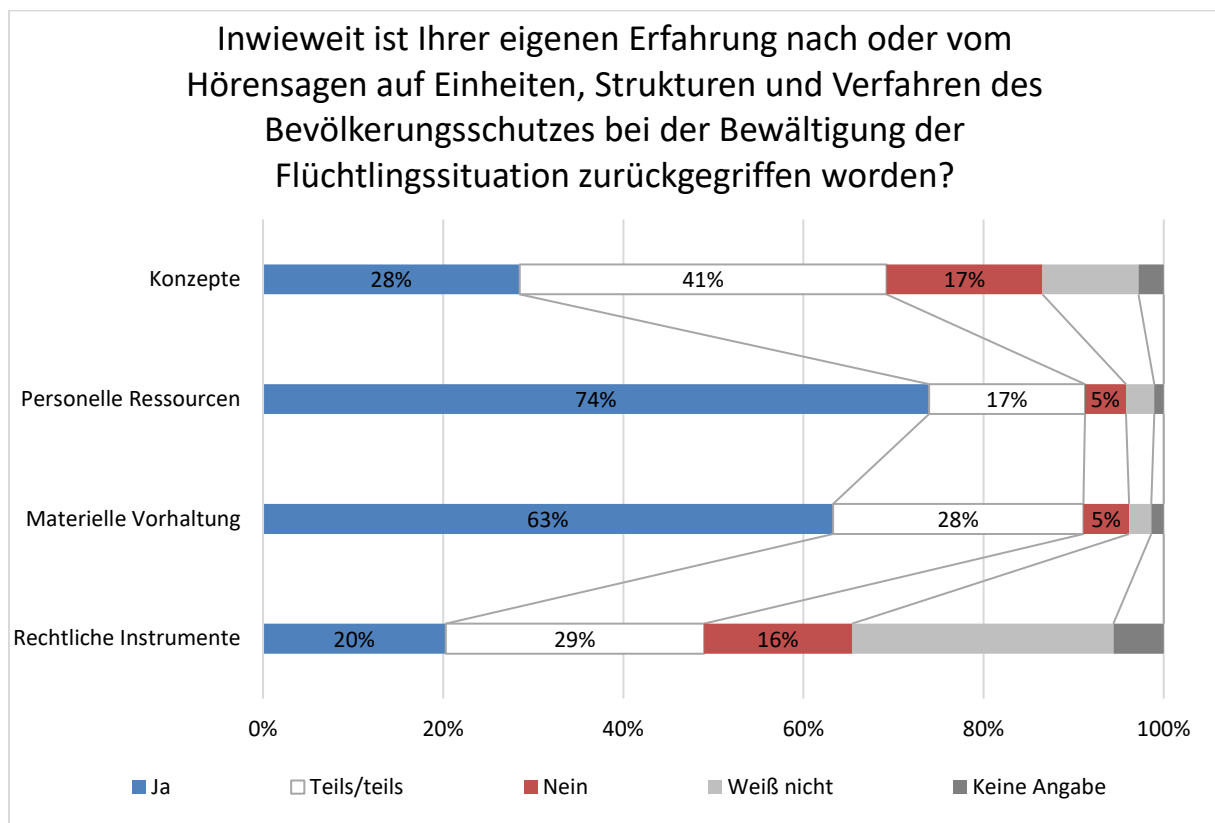


Abbildung 10: Rückgriff auf Ressourcen des Bevölkerungsschutzes

Die Befragte sollten einschätzen, inwieweit auf Konzepte, personelle Ressourcen, materielle Vorhaltung und rechtliche Instrumente aus dem Bevölkerungsschutz zurückgegriffen wurde, um die Situation zu bewältigen. Am häufigsten (74 %) wurde nach Meinung der Befragten auf personelle Ressourcen des Bevölkerungsschutzes zurückgegriffen, dicht gefolgt von materieller Vorhaltung (63 %). Dass Konzepte des Bevölkerungsschutzes verwendet wurden, meinten 28 %, dass auf rechtliche Instrumente zurückgegriffen wurde 20 %. 41 % gingen davon aus, dass Konzepte zum Teil verwendet wurden, personelle Ressourcen zu 17 %, materielle Vorhaltungen zu 28 % und rechtliche Instrumente 29 %. 17 % waren hingegen der Meinung, dass auf Konzepte sowie mit 16 % auf rechtliche Instrumente aus dem Bereich des Bevölkerungsschutzes nicht zurückgegriffen wurde. Dies war in der Einschätzung mit jeweils nur 5 % für die personellen Ressourcen sowie die materielle Vorhaltung deutlich weniger der Fall.

Vorbereitung des Bevölkerungsschutzes

Wenn derart breit auf die Ressourcen, Strukturen und Verfahren des Bevölkerungsschutzes zurückgegriffen wurde, stellt sich die Frage, wie gut der Bevölkerungsschutz in Gänze auf eine Situation wie 2015/16 vorbereitet war. Lediglich 1 % beantwortete die Frage mit „sehr gut“, 16 % mit „gut“; also weniger als ein Viertel der Befragten meinte, dass der Bevölkerungsschutz (sehr) gut vorbereitet war. 14 % waren der Meinung, dass der Bevölkerungsschutz „sehr schlecht“ bzw. „schlecht“ (28 %) vorbereitet war. Gut 40 % konnten keine eindeutige Einschätzung abgeben und bewerteten die Vorbereitung daher mit „teils/teils“.

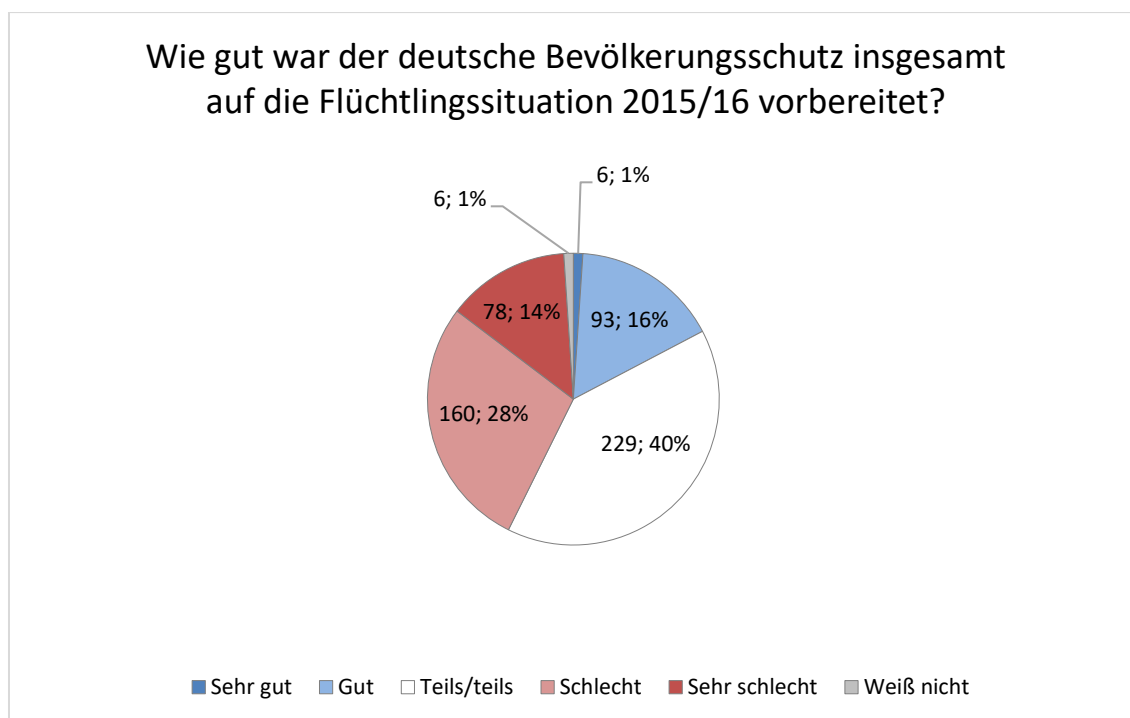


Abbildung 11: Vorbereitung des Bevölkerungsschutzes

3.3. Katastrophenfall

Unter den Einsatz- und Führungskräften wurde ebenso wie im politischen Feld immer wieder auch diskutiert, ob die Situation nicht die Ausrufung des Katastrophenfalls gerechtfertigt und damit die Bewältigung der Lage deutlich vereinfacht worden wäre. Im folgenden Abschnitt interessierte daher, auf welcher Basis die Befragten eingesetzt waren und wie sie Vor- und Nachteile der Feststellung des Katastrophenfalls einschätzten. Am Ende des Themenfeldes wurden sie um eine generelle Bewertung verschiedener Aussagen zum Einsatz des Bevölkerungsschutzes in der Flüchtlingshilfe gebeten.

Wissen um rechtliche Basis des Einsatzes

Die Mehrheit der Befragten (58 %) gab an, gewußt zu haben, auf welcher rechtlichen Basis sie eingesetzt waren, 17 % verneinten dies. Bei 24 % war dies nicht immer ganz eindeutig und klar.

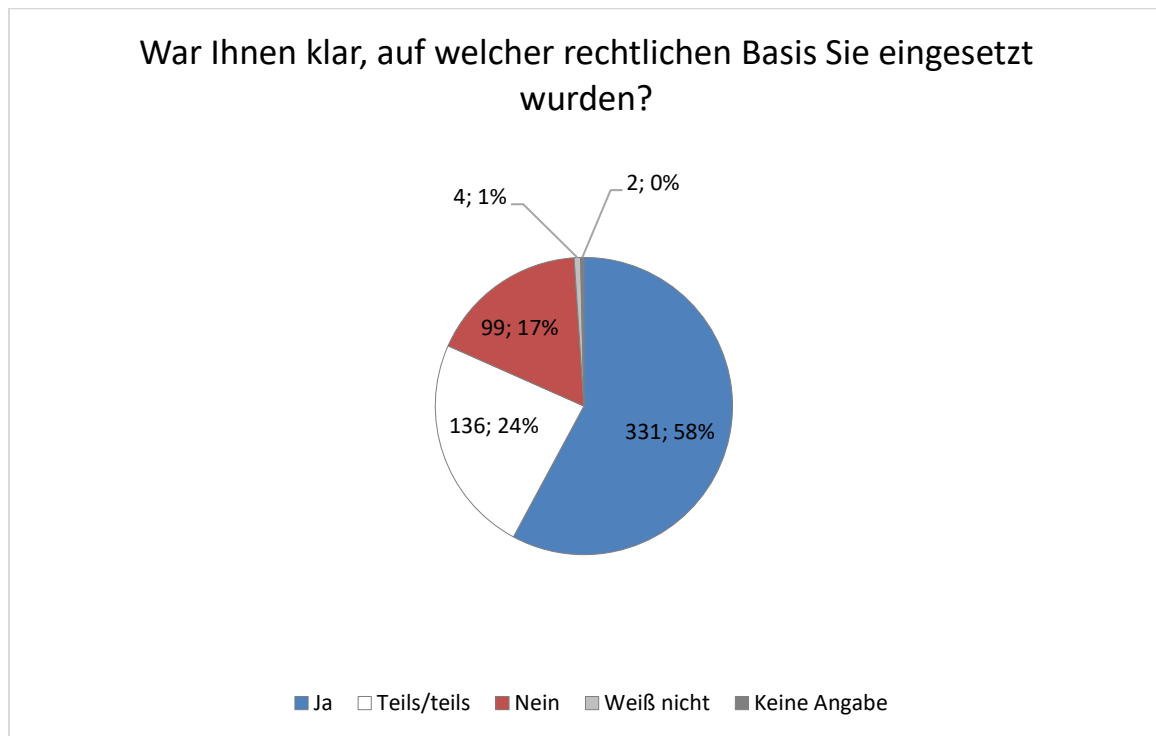


Abbildung 12: Rechtliche Basis des Einsatzes I

Einsatz auf rechtlicher Basis

Danach gefragt, auf welcher Basis die Befragten eingesetzt wurden, antworteten 404 Personen mit „Amtshilfe oder privatrechtliche Beauftragung (ohne Katastrophenfall)“, 58 „Amtshilfe mit Katastrophenfall“, 41 Nennungen gab es bei „Katastrophenfall“. 41 Nennungen gab es bei „Katastrophenfall“.

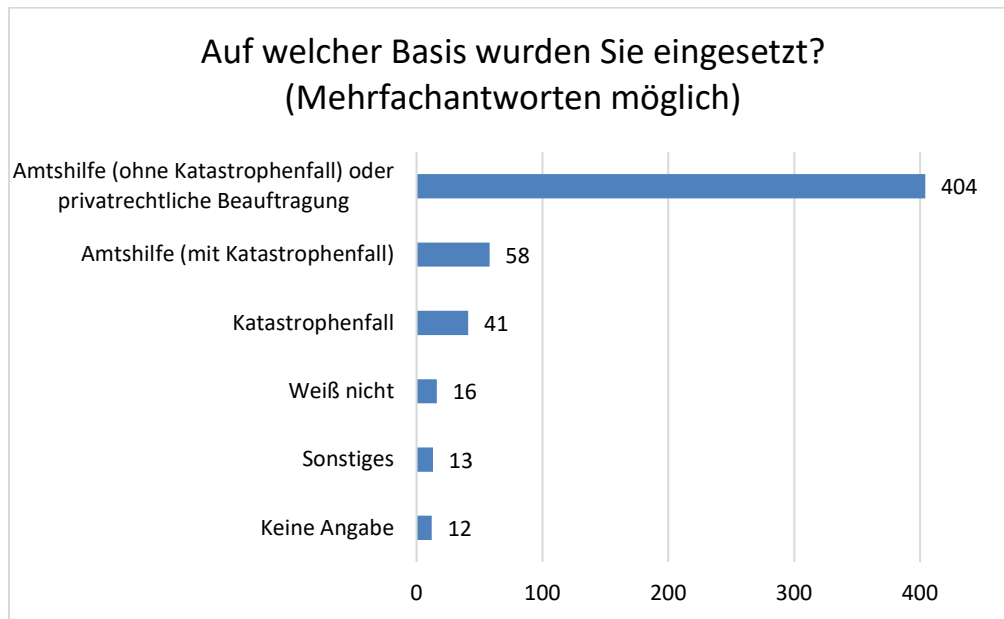


Abbildung 13: Rechtliche Basis des Einsatzes II

Gründe für Nicht-Feststellung des Katastrophenfalls

Danach gefragt, warum der Katastrophenfall so selten festgestellt wurde, um die Bewältigung zu vereinfachen, waren nach Meinung der Befragten politische Gründe (359 Nennungen) die primäre Ursache, gefolgt von finanziellen Aspekten (264 Nennungen) sowie der Meinung, dass die Situation keine Katastrophe gewesen wäre (229). 145 Personen waren der Meinung, dass der Katastrophenfall nichts geändert hätte und 58 Nennungen gaben die Einschätzung, dass die zuständigen Behörden nicht so überfordert waren, dass dies die Feststellung eines Katastrophenfalls gerechtfertigt hätte.

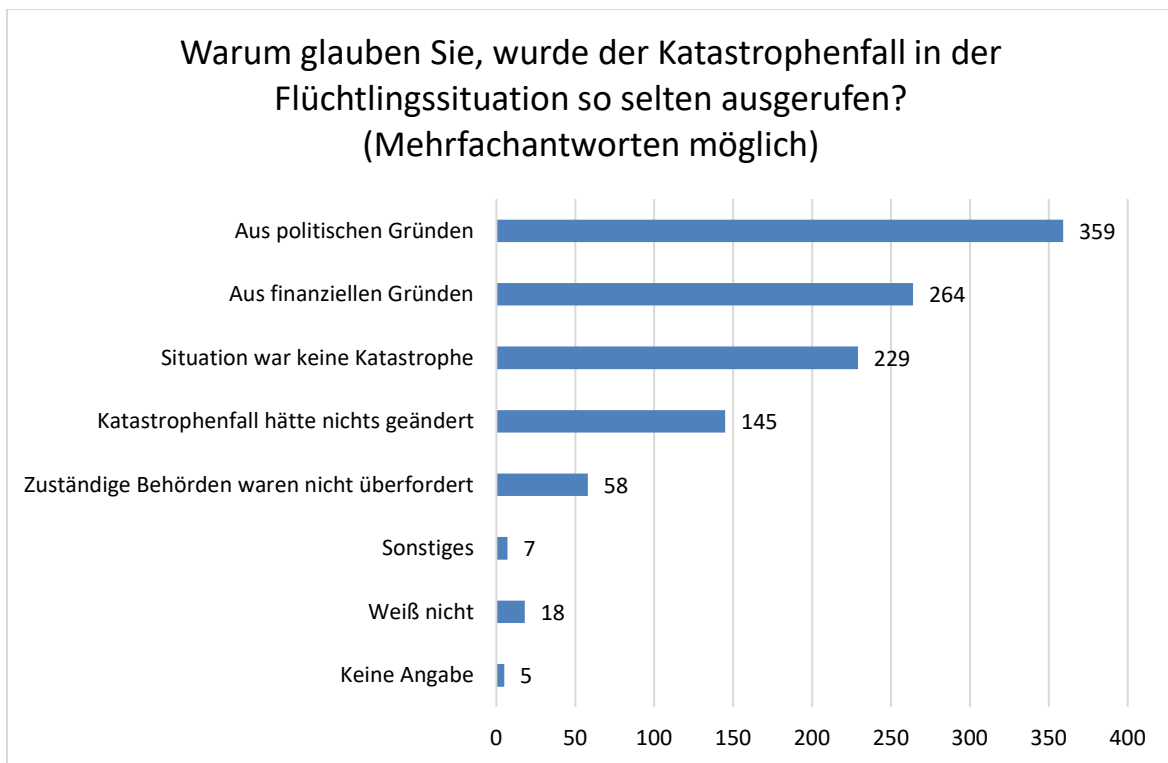


Abbildung 14: Gründe für Nichtausrufung Katastrophenfall

Folgen der Nicht-Feststellung des Katastrophenfalls

Auf die Frage, welche Folgen die Nicht-Ausrufung des Katastrophenfalls hatte, antworteten 282 Personen, dass die Freistellung der HelferInnen damit nicht gewährleistet werden konnte; 245, dass die rechtliche Grundlage unklar blieb und dass finanzielle Belastungen auf die Hilfsorganisationen zukamen (218 Nennungen). Das Ausbleiben des Katastrophenfalls führte jedoch nach Meinung der Befragten auch im Positiven zu einer geringeren Verunsicherung der Bevölkerung (153 Nennungen) und zur Schaffung von Freiräumen auf der operativen Ebene (71 Nennungen). 102 Befragte sahen keine besonderen Folgen, wohingegen 70 Personen meinten, dass dies die Motivation der HelferInnen schmälerte und dazu führte, dass bewusst geltendes Recht missachtet werden musste (66 Nennungen).

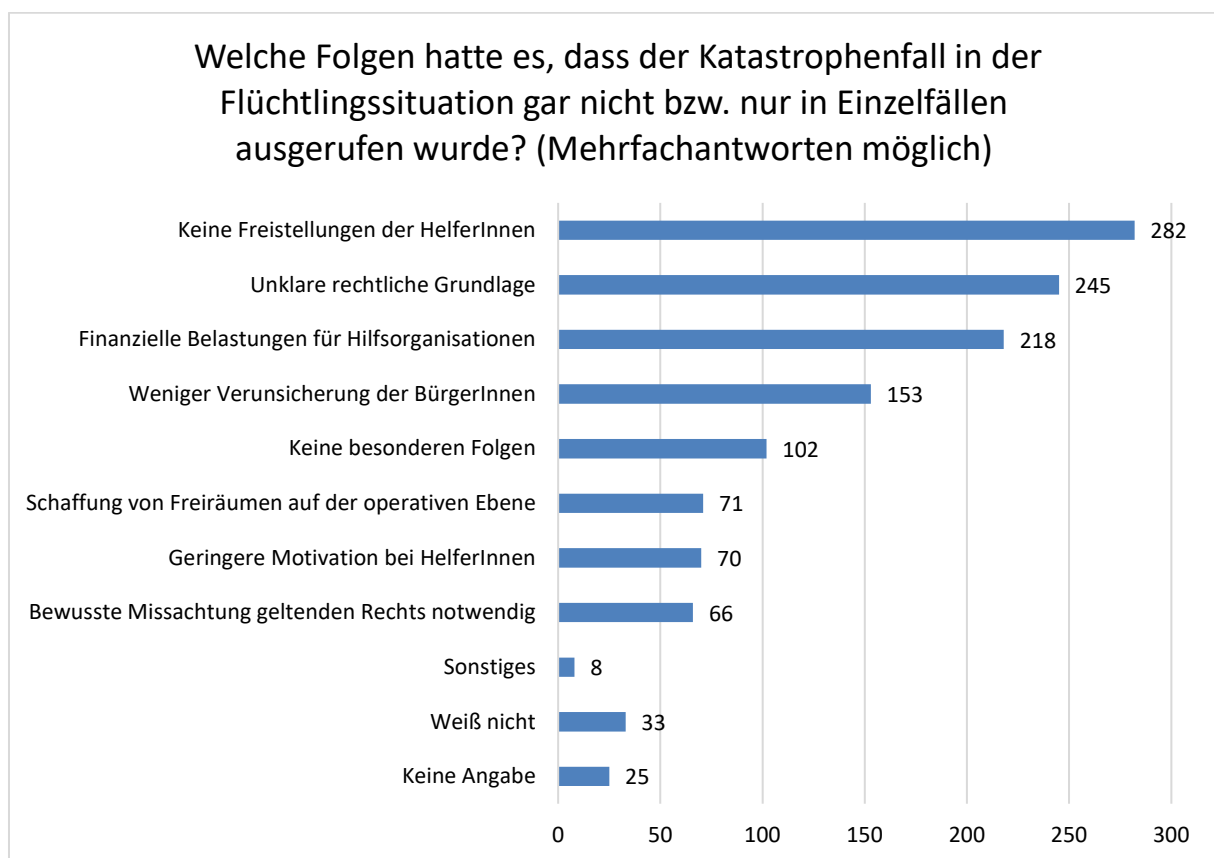


Abbildung 15: Folgen Nichtausrufung Katastrophenfall

Mögliche Vorteile der Feststellung des Katastrophenfalls

Auf die Frage, welche Aspekte des Katastrophenfalls konkret in der Flüchtlingssituation geholfen haben oder hätten wurde am häufigsten (309 Nennungen) der Punkt „Klare Zuständigkeiten/Verfahrensabläufe“ genannt. Mit 269 Nennungen folgte der Wunsch oder die Möglichkeit vereinfachter Beschaffungen sowie Ausgleichszahlungen an ArbeitgeberInnen (253 Nennungen). Genannt wurde außerdem die Möglichkeit der Einberufung von Katastrophenschutzstäben (221 Nennungen) sowie der Rückgriff auf die Vorhaltungen des Katastrophenschutzes (184 Nennungen). Die Ausrufung des Katastrophenfalls hätte auch die Motivation der HelferInnen gesteigert (109 Nennungen), Beschlagnahmungen ermöglicht (63 Nennungen) und den Umgang mit Brandschutzvorschriften erleichtert (48 Nennungen). 86 Personen waren der Meinung, der Katastrophenfall hat oder hätte nichts geholfen. 86 Personen waren der Meinung, der Katastrophenfall hat oder hätte nichts geholfen.

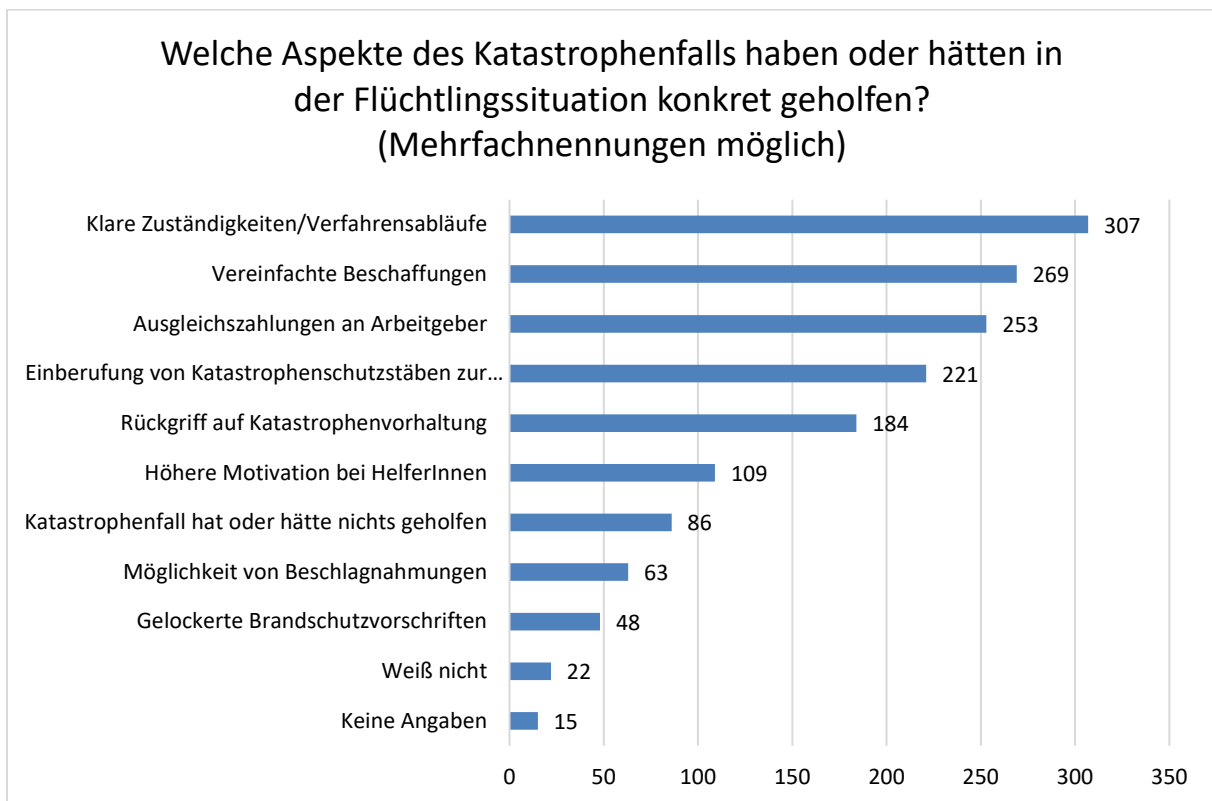


Abbildung 16: Positive Aspekte Ausrufung Katastrophenfall

Flüchtlingshilfe als Aufgabe des Bevölkerungsschutzes

Die Befragten wurden in dem folgenden Item aufgefordert, zu verschiedenen Aussagen Stellung zu nehmen. Dabei zeigte sich eine deutliche Zustimmung dazu, dass die Flüchtlingsunterbringung und -versorgung eine Aufgabe für den Bevölkerungsschutz darstellt, sowohl in dem Fall, wenn die Not der Flüchtlinge groß ist (37 % „stimme voll und ganz zu“; 29 % „stimme eher zu“) als auch wenn die Behörden überfordert sind (28 % stimme voll und ganz zu“, 37 % „stimme eher zu“). Interessant ist, dass die vollständige Zustimmung deutlich höher ausfiel im Fall einer großen Not der Flüchtlinge als in der Frage nach einer Überforderung der Behörden. 12 % bzw. 11 % stimmten „eher nicht“ oder „gar nicht“ zu. Direkt danach gefragt, ob Flüchtlingshilfe immer eine Aufgabe für den Bevölkerungsschutz ist, stimmten nur 9 % „voll und ganz“ zu und nur 15 % stimmten „eher“ zu. Deutlich mehr stimmten „eher nicht“

zu (23 %) oder „gar nicht“ zu (14 %). Etwas mehr als ein Drittel der Befragten (37 %) war unentschieden.

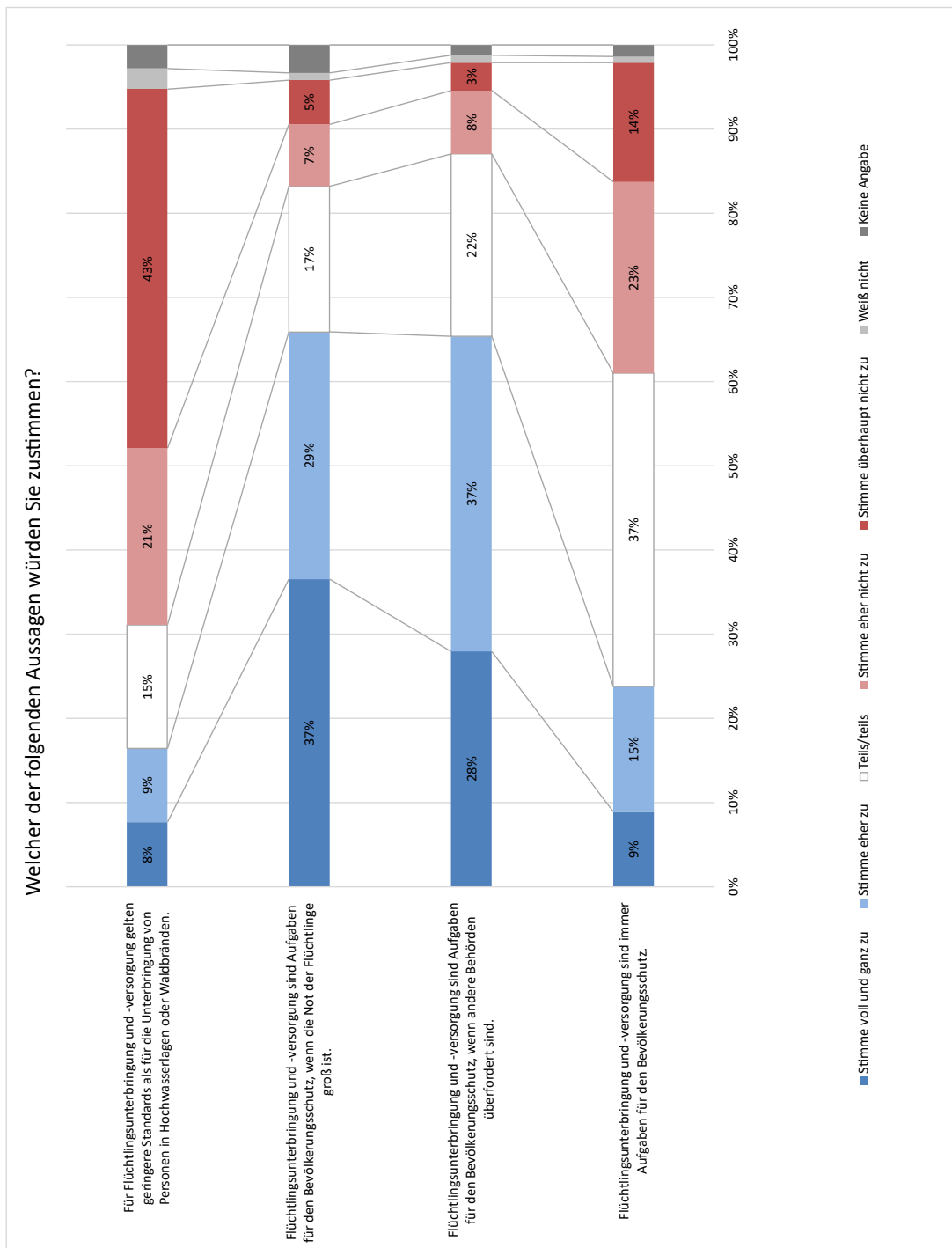


Abbildung 17: Flüchtlingshilfe als Aufgabe des Bevölkerungsschutzes

3.4. Anerkennung und Anfeindungen

Die Flüchtlingshilfe 2015/16 war politisch und auch innerhalb der einzelnen Organisationen nicht unumstritten. So positiv der Einsatz von der Öffentlichkeit gesehen wurde, spaltete er doch auch die Meinungen und es gab sowohl Anerkennung als auch Anfeindungen von HelferInnen. Neben der Frage, ob die Helfenden Anerkennung bekommen hatten oder Anfeindungen ausgesetzt waren, interessierte, von wem diese jeweils ausgingen und wie im Falle der Anfeindungen, darauf reagiert wurde. Es wurde auch um eine Einschätzung gebeten, ob es unter den haupt- und/oder ehrenamtlichen Einsatzkräften zu einer Ablehnung des Einsatzes kam.

Anerkennung

Bei der Frage danach, wieviel Anerkennung sie von unterschiedlichen Personengruppen oder Institution (Beruf, Freunde/Familie, Organisation, KollegInnen aus der Organisation, Führungskräften und Verwaltung/Kommune) für ihr Engagement bekommen haben, zeigte sich, dass zwei Drittel der Befragten das Gefühl hatten, ausreichend Anerkennung bekommen zu haben. Anders sah die Einschätzung bezüglich der zuständigen Verwaltung/Kommune aus, von dieser fühlten sich nur etwas mehr als ein Drittel angemessen gewertschätzt, über die Hälfte hatte „zu wenig“ (29 %) oder „viel zu wenig“ (24 %) Anerkennung bekommen. Am meisten anerkannt fühlten sich die Befragten von den eigenen KollegInnen, hier wurde der Einsatz von 69 % als angemessen anerkannt angesehen, nur 16 % waren der Meinung, dass es zu wenig Anerkennung gab. Von ihrem beruflichen, sozialen Umfeld sowie von der eigenen Organisation hätte sich gut ein Viertel der Befragten mehr Anerkennung gewünscht. Auch die Anerkennung von Seiten der Führungskräfte aus dem Bevölkerungsschutz empfanden 10 % als „viel zu wenig“ und 18 % als „zu wenig“. „Zu viel“ oder gar „viel zu viel“ Anerkennung gab es eher selten, mit 5 % wurde das soziale Umfeld, gefolgt von der eigenen Organisation (3 %) sowie KollegInnen (3 %) angegeben.

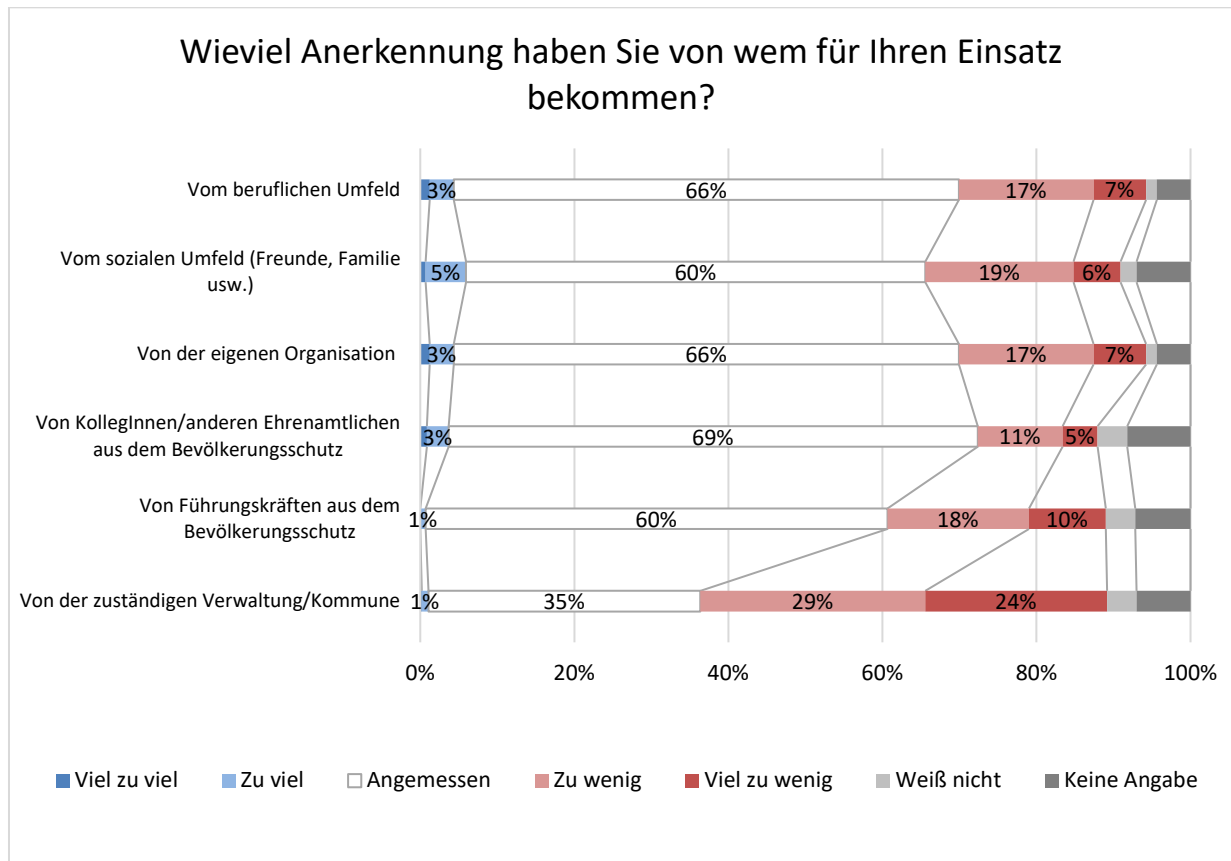


Abbildung 18: Anerkennung

Anfeindungen

Neben der Anerkennung wurde auch nach Anfeindungen gefragt. Über zwei Drittel der Befragten wurden „überhaupt nicht“ (45 %) oder „kaum“ angefeindet (20 %). 4 % berichteten von einem hohen Maß an Anfeindungen, 16 % von einigen Anfeindungen, 10 % antworteten mit „teils/teils“.

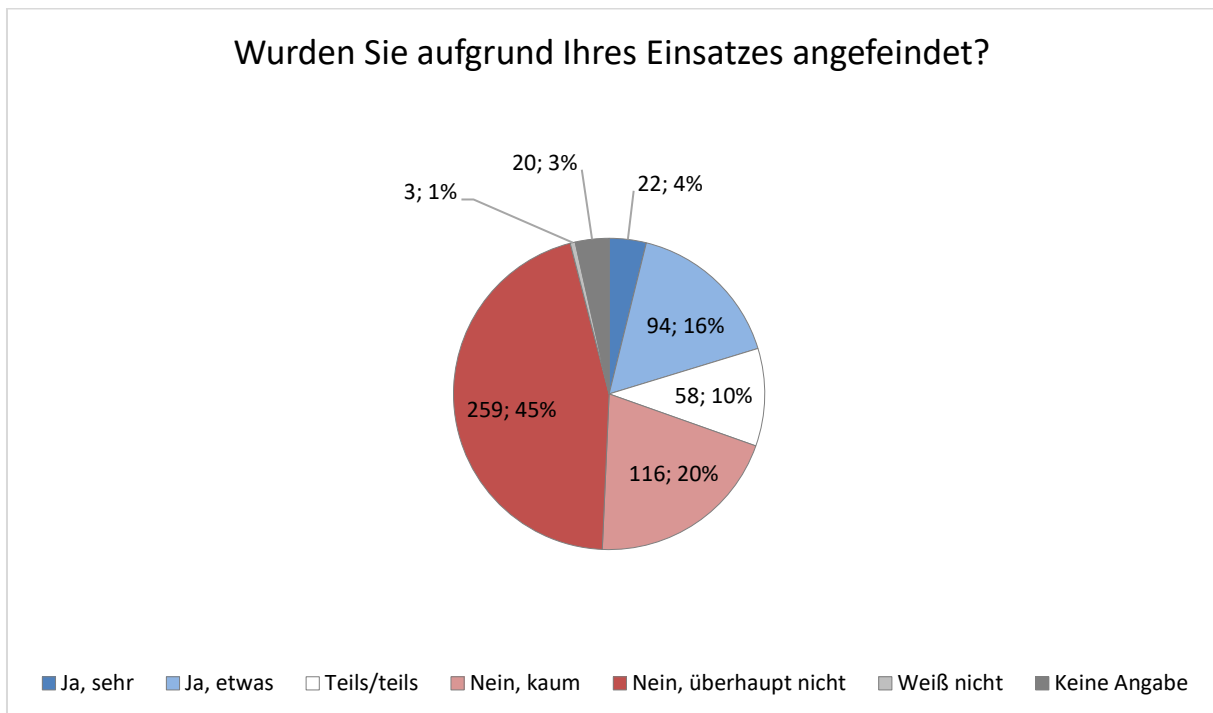


Abbildung 19: Anfeindungen

Art der Anfeindung

Diejenigen Befragten, die angefeindet wurden bzw. „teils/teils“ antworteten, konnten sich anschließend detaillierter zu den Anfeindungen äußern. Zunächst wurde gefragt, wie die Beteiligten angefeindet wurden. Die überwiegende Mehrheit (166 Nennungen) antwortete, dass sie verbal bzw. mündlich angefeindet wurden. 44 Mal wurden virtuelle Anfeindungen (Internet, soziale Medien) genannt, 18 Mal psychische Anfeindungen wie Mobbing und soziale Ausgrenzung, 17 Mal konkrete körperliche Angriffe.

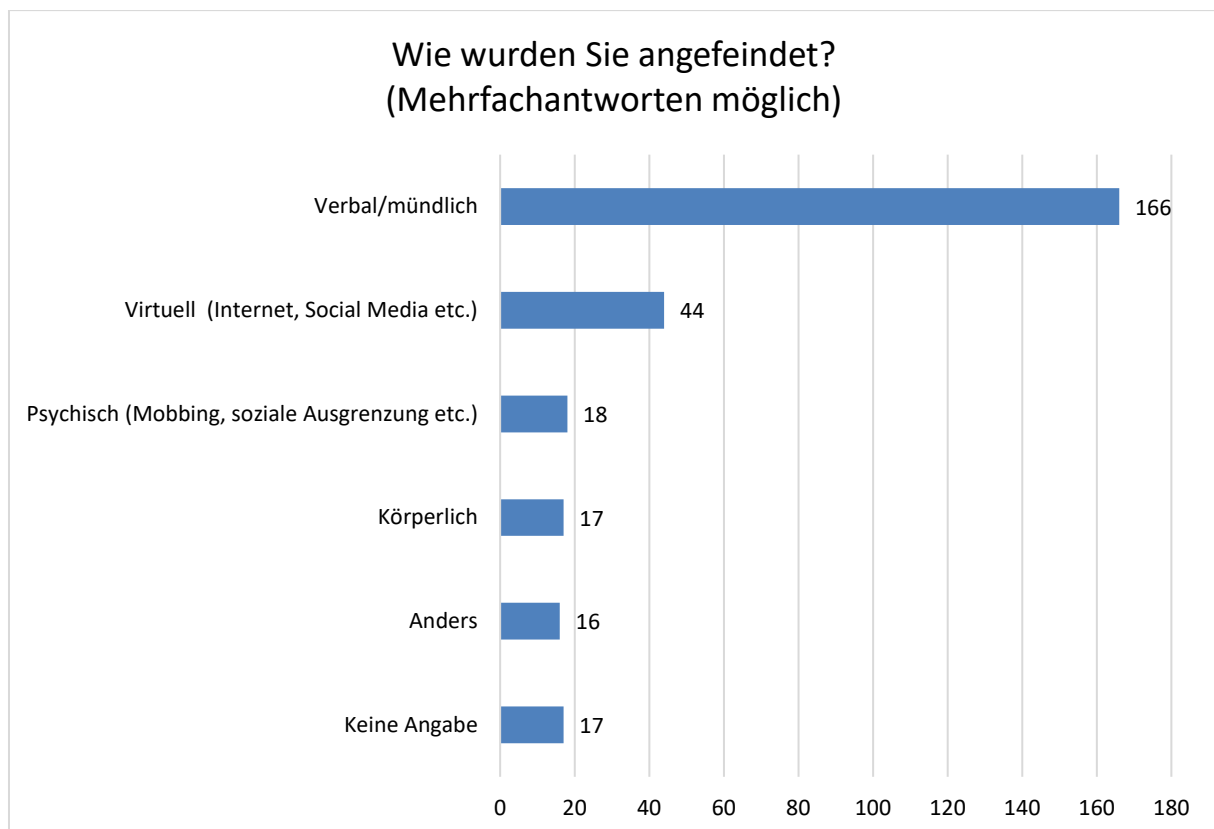


Abbildung 20: Art der Anfeindung

Anfeindende Person

Bei der Frage danach, von wem die Anfeindungen ausgingen, wurde mit Abstand (129 Nennungen) „Personen aus der Bevölkerung“ genannt. Darauf folgte „berufliches Umfeld“ (63 Nennungen), von den „Flüchtlingen selbst“ (49 Nennungen) sowie „andere Personengruppen“ (35 Nennungen). Immerhin 18 Mal wurden Anfeindungen von „Mitgliedern aus Bevölkerungsschutzorganisationen“ und von „Familienangehörigen“ (17 Nennungen) erwähnt.

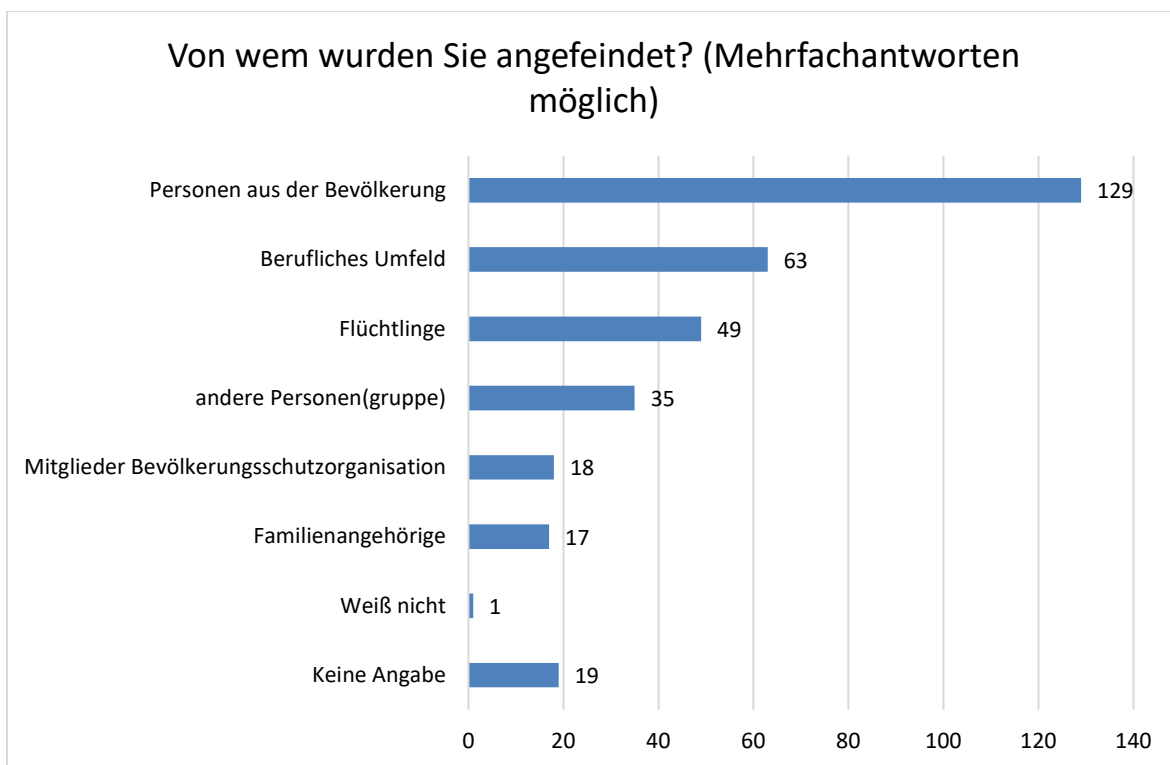


Abbildung 21: Anfeindende Person

Reaktion auf Anfeindungen

Die Mehrzahl der Befragten gab an, die Anfeindungen ignoriert (114 Nennungen) zu haben. 79 hatten mit den Personen, von denen die Anfeindung ausging, diskutiert, 66 hatten mit anderen Einsatzkräften über den Vorfall gesprochen, 39 hatten die Vorfälle ihren Vorgesetzten gemeldet. Sieben hatten eine Strafanzeige gestellt, vier psychosoziale Unterstützung gesucht und zwei gaben an „mit den gleichen Mitteln“ reagiert zu haben.

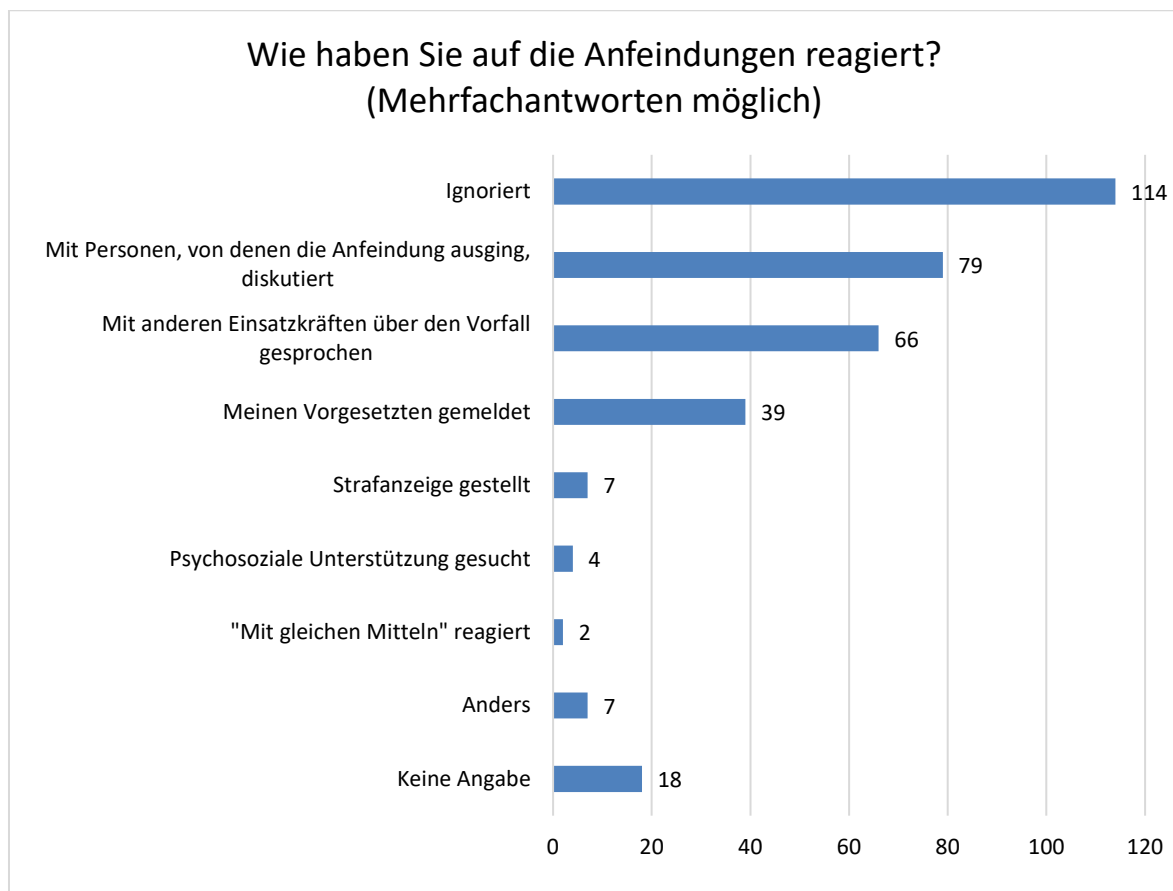


Abbildung 22: Reaktion auf Anfeindungen

Ablehnung des Einsatzes unter hauptamtlichen Kräften

Da der Einsatz des Bevölkerungsschutzes in der Flüchtlingshilfe nicht unumstritten war, wurde auch gefragt, ob die Befragten darüber Bescheid wüßten, ob und warum hauptamtliche Kräfte diesen Einsatz abgelehnt hätten. 46 % verneinten diese Frage, 3 % waren der Meinung, dass viele hauptamtliche Kräfte den Einsatz abgelehnt haben, 12 % dass dies wenige getan haben. Auffällig ist hier, dass über ein Drittel mit „weiß nicht“ antwortete.

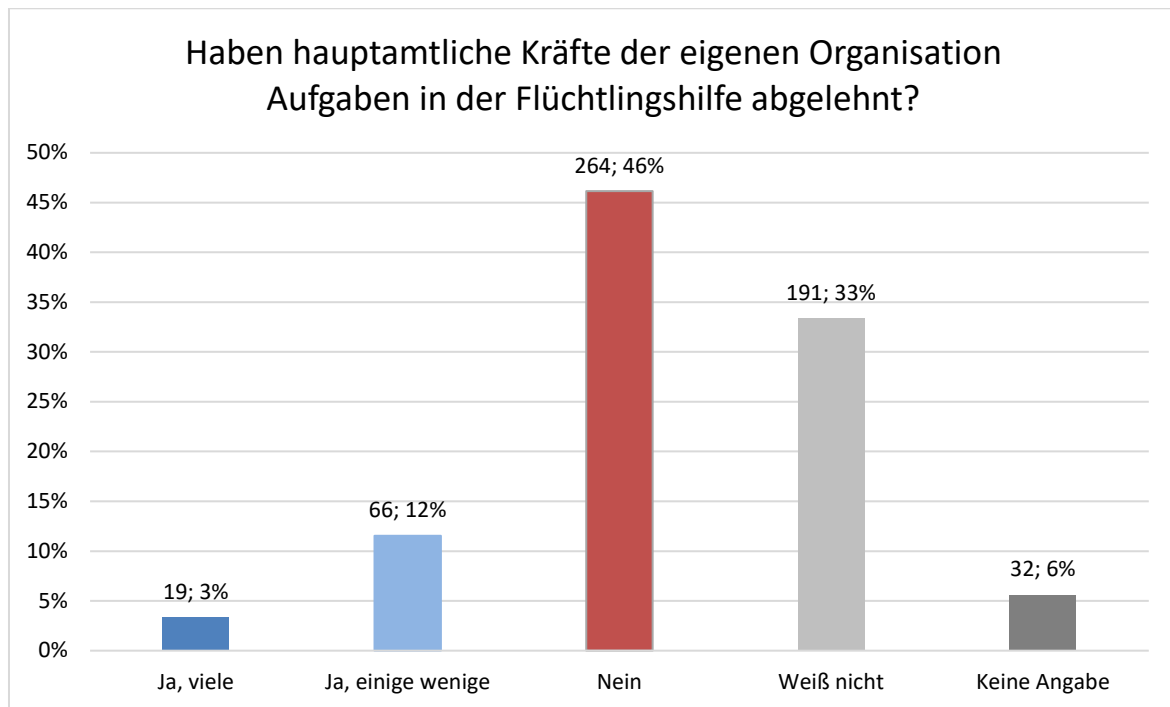


Abbildung 23: Ablehnung des Einsatzes: Hauptamt

(Vermutete) Gründe für die Ablehnung

Diejenigen, die von einer Ablehnung des Einsatzes von Seiten der hauptamtlichen Kräfte wußten/gehört hatten, bekamen die Möglichkeit, in einer offenen Frage die möglichen bzw. vermuteten Gründe für die Ablehnung einzutragen. 54 Teilnehmende machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Die Hälfte der Vermutungen bezog sich auf *arbeitsrechtliche und organisationale Gründe* wie der *fehlende finanzielle Ausgleich* oder die *Doppelbelastung* neben der eigentlichen hauptamtlichen Tätigkeit. Zudem seien viele Hauptamtliche der Meinung gewesen, dass die Aufgaben in der Flüchtlingshilfe *nicht in ihren Zuständigkeitsbereich* fielen, dafür wären die Ehrenamtlichen zuständig. 11 TeilnehmerInnen begründeten die Ablehnung mit *Rassismus* bzw. einer *anderen politischen Haltung* als die der Regierung.

Ablehnung des Einsatzes unter ehrenamtlichen Kräften

Ebenso wie nach einer möglichen Ablehnung von Seiten des Hauptamtes wurde auch nach einer Ablehnung von Seiten des Ehrenamts gefragt. Hier antworteten 48 % mit „nein“, keine Ablehnung, 4 % waren der Meinung, dass viele den Einsatz abgelehnt haben, 29 % dass es einige wenige waren. D.h. über ein Drittel meinte, dass es im Bereich des Ehrenamtes Ablehnung des Einsatzes gab. Im Vergleich zur Frage nach der Ablehnung im Hauptamt (s.o.) antworteten nur 16 % mit „weiß nicht“.

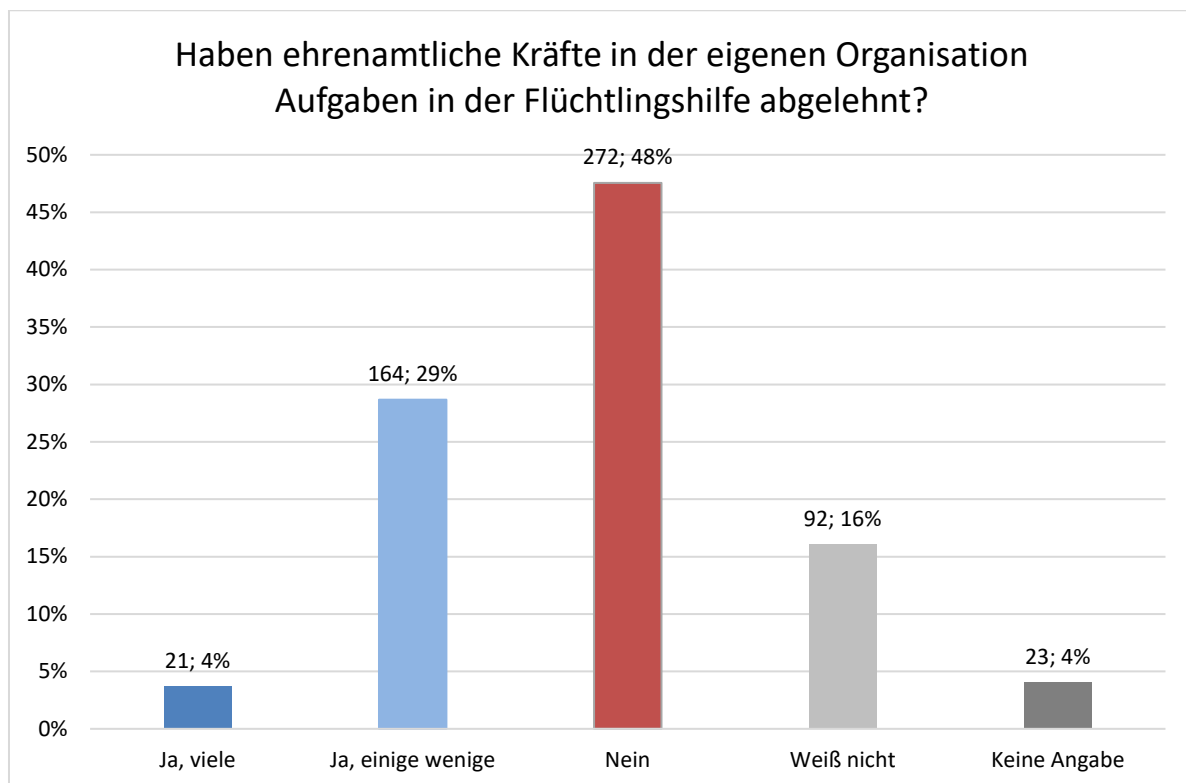


Abbildung 24: Ablehnung des Einsatzes: Ehrenamt

(Vermutete) Gründe für die Ablehnung

Wie auch bei der Frage nach der Ablehnung durch hauptamtliche Kräfte, wurden auch diejenigen Personen, die angaben, dass ehrenamtliche Kräfte Aufgaben in der Flüchtlingshilfe abgelehnt hätten, nach den vermuteten Gründen hierfür gefragt. 138 Personen machten bei dieser Frage entsprechende Angaben. Am häufigsten (46 Mal) wurde vermutet, dass die Ablehnenden *rassistisch* eingestellt waren oder die *Flüchtlingshilfe generell politisch ablehnten*. Eine geringere Anzahl von Nennungen entfiel auf *berufliche Gründe* (32 Nennungen), wie keine Freistellung von ArbeitgeberInnen, mangelnde Vereinbarkeit mit dem Beruf usw. Rund ebenso viele Teilnehmende (30) vermuteten, dass *keine Zuständigkeit* gesehen wurde, weil generell keine Zuständigkeit für derartige humanitäre Notlagen gesehen wurden, andere staatliche Stellen in primärer Verantwortung gesehen wurden oder die Lage als wenig dramatisch eingeschätzt wurde. 18 Personen sahen andere *persönliche oder familiäre Gründe* als ausschlaggebend an. *Unsicherheit* aufgrund der rechtlichen Situation des Einsatzes sowie aufgrund des unbekanntes Kreises an HilfeempfängerInnen wurde von 15 Personen als Grund angenommen.

3.5. Ausbildung

Da der Einsatz im Kontext der Flüchtlingshilfe in den letzten Jahrzehnten nicht zum Standardeinsatzre-
pertoire gehörte, stellte sich die Frage, ob die Einsatzkräfte sich für einen derartigen Einsatz ausrei-
chend ausgebildet fühlten und wo sie Verbesserungsbedarfe sehen würden.

Aufgaben

36 % antworteten auf die Frage, ob ihnen alle im Rahmen der Flüchtlingshilfe durchgeführten Aufga-
ben aus Aus- und Fortbildungen bekannt waren mit „ja“, 24 % verneinten dies, bei 29 % war dies
„teils/teils“ der Fall.

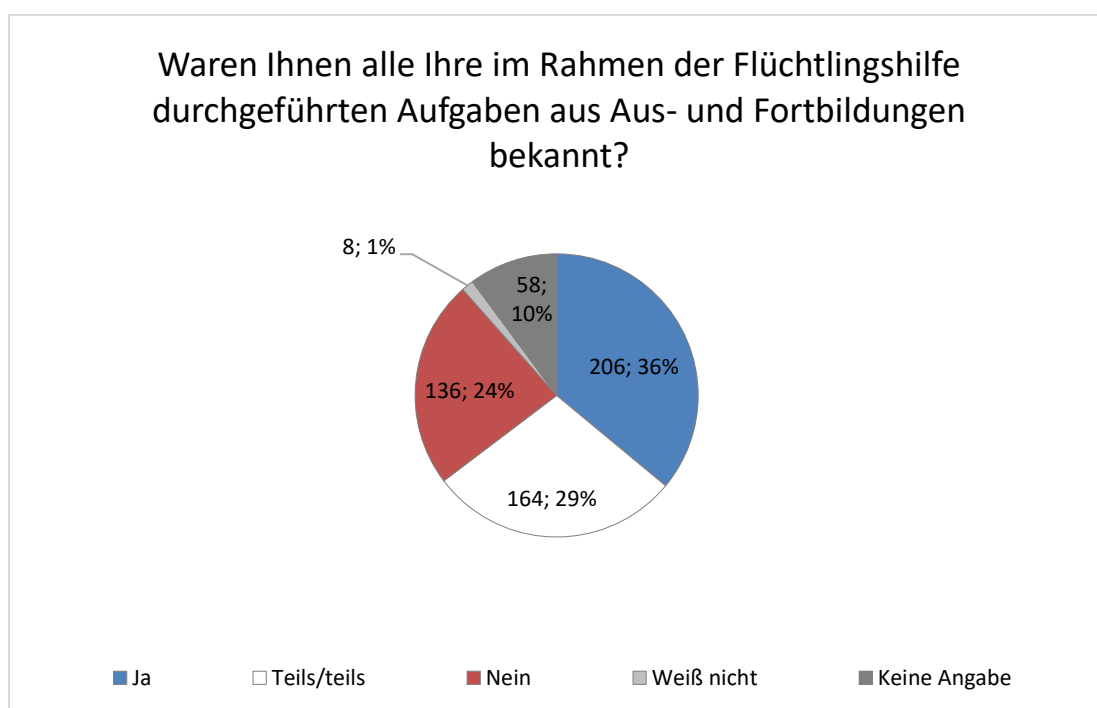


Abbildung 25: Inhalt Aufgaben in Aus- und Fortbildung

Stärkere Ausbildung auf Organisationsebenen

Die Befragten waren grundsätzlich der Meinung, dass Flucht und Migration auf allen Ebenen des Bevölkerungsschutzes stärker berücksichtigt werden sollten, wobei dies auf der Ebene der einfachen HelferInnen/grundausgebildeten Einsatzkräfte am Ehesten gesehen wurde (317 Nennungen). Danach folgten GruppenführerInnen (278 Nennungen), ZugführerInnen (275 Nennungen) und VerbandsführerInnen (217 Nennungen).

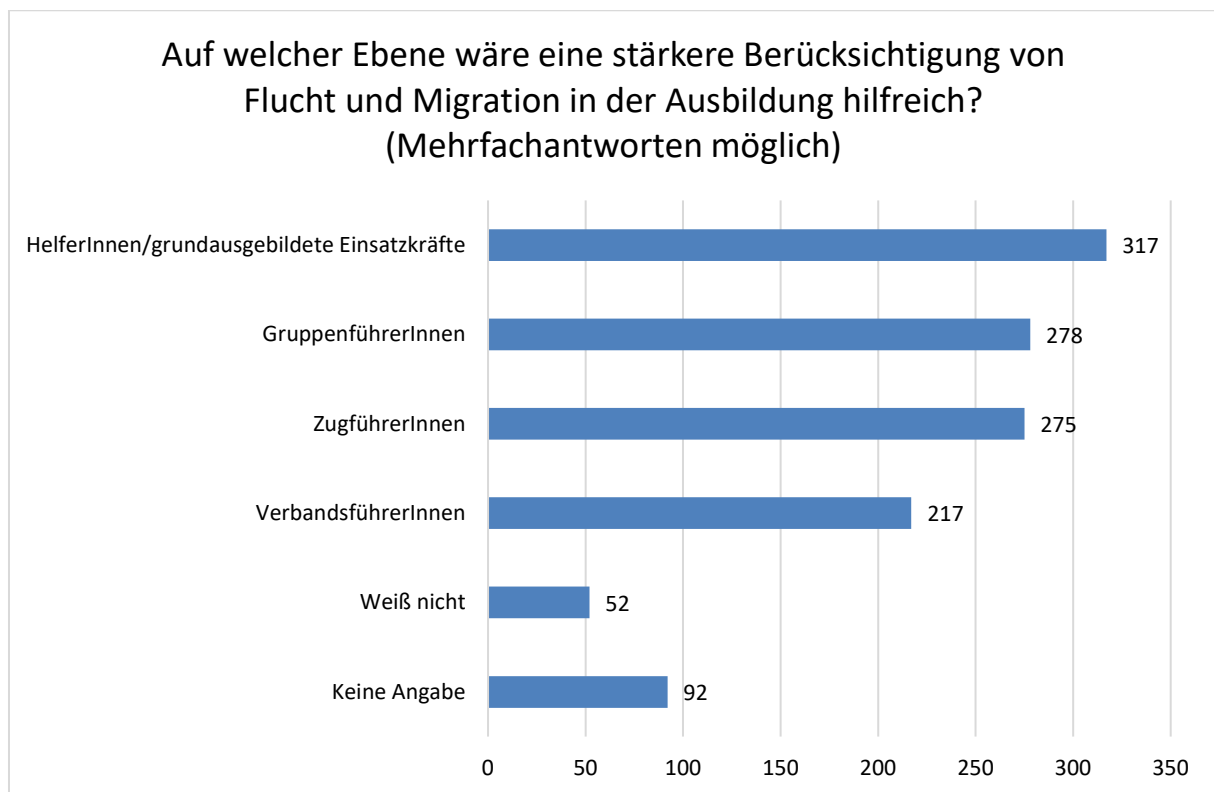


Abbildung 26: Berücksichtigung Flucht/Migration in Ausbildung nach Ebenen

Anzahl zusätzliche Einheiten Migration und Flucht (einschließlich interkultureller Kompetenzen)

Befragt danach, wieviele Unterrichtseinheiten einmalig aufgewendet werden würden, um sich für den Kontext von Migration und Flucht vorzubereiten, antworteten 19 % 1-2 Unterrichtseinheiten, 29 % 3-4 Unterrichtseinheiten, 17 % 5-6 Unterrichtseinheiten und 18 % wären bereit, mehr als 6 Unterrichtseinheiten aufzuwenden. Kumuliert man die Angaben, so läßt sich sagen, dass 83 % bereit wären, 1-2 Unterrichtseinheiten, 63 % 3-4 Einheiten, 34 % 5-6 Einheiten und 18 % mehr als 6 Einheiten aufzuwenden.

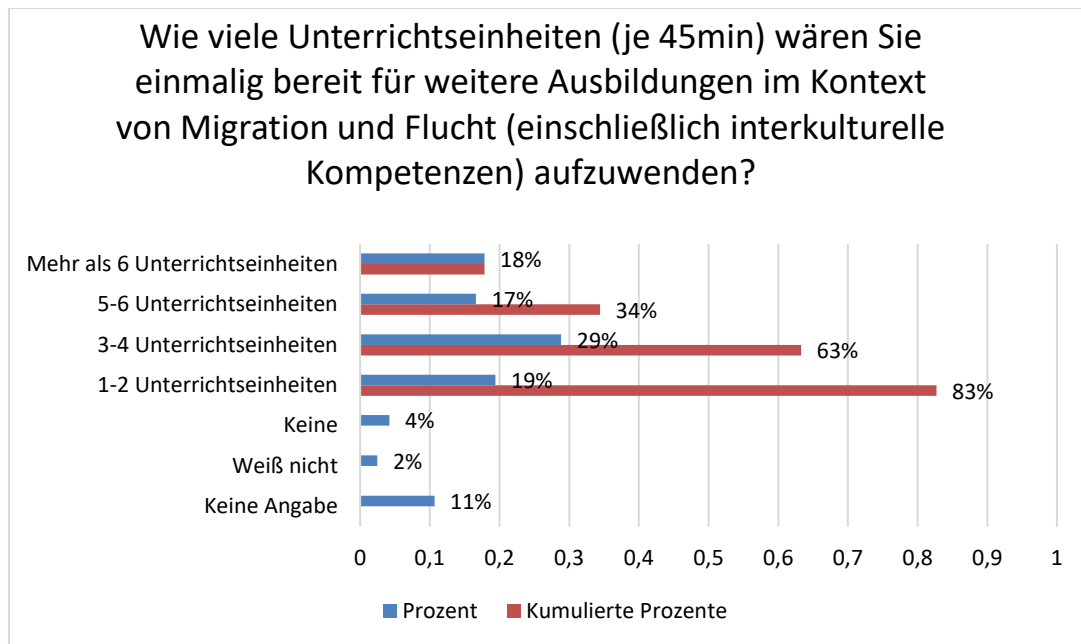


Abbildung 27: Zusätzliche Unterrichtseinheiten Flucht/Migration

Vorschläge für Ausbildung für einen Bevölkerungsschutz der Zukunft

Gefragt nach Vorschlägen, welche Aspekte für den Bevölkerungsschutz der Zukunft wichtig und sinnvoll seien, wurden eine Vielzahl an unterschiedlichen Vorschlägen unterbreitet (knapp 250 Nennungen). Viele wünschten sich mehr Ausbildung in *interkultureller Kompetenz* für den Einsatz im Inland. Es wurde verschiedentlich darauf verwiesen, dass entsprechende Konzepte in den Auslandsbereichen zwar vorlägen, aber für den Inlandsbereich kaum vorkämen. Konkret erwähnt werden z. B. unterschiedliche Vorstellungen von Geschlechterbeziehungen, Kommunikation, Religion, auch bezogen auf unterschiedliche Herkunftsländer. In eine ähnliche Richtung gingen auch Vorschläge, viel stärker auch *Ursachen von Flucht- und Migrationsbewegungen* zu thematisieren, um für die Situation der Flüchtlinge zu sensibilisieren. Hier wurde oft auch etwas mehr Hintergrundwissen zu *(asyl-)rechtlichen Grundlagen* eingefordert. Ein weiterer großer Themenblock wurde im *Aufbau und Betrieb von Notunterkünften* sowie *Betreuungskonzepten* gesehen. Dies bezog sich sowohl auf die konkreten technologischen Anforderungen als auch die konkrete Betreuung von einer Vielzahl an Menschen aus möglicherweise „fremden“ Kontexten. Eingefordert wurde auch der stärkere Fokus auf den *Umgang mit komplexen Lagen* bzw. *langanhaltenden Einsätzen*, in denen Flexibilität und Führungskompetenz gefragt ist. Grundsätzlich sahen einige einen Mangel in *allgemeiner politischer Bildung, Normen und Werten* sowie den *Aufgaben des Bevölkerungsschutzes im demokratischen Gesellschaftssystem* und wünschten sich mehr entsprechende Ausbildungsanteile. Weniger auf der inhaltlichen als vielmehr auf

der funktionalen Ebene wurde eine *Vereinheitlichung in der Ausbildung zwischen den Organisationen und flexiblere Ausbildungsmodulare* eingefordert. Dies wäre insbesondere vor dem Hintergrund der umfassenden Zusammenarbeit und langfristigen Koordination der BOS in dieser Art langanhaltender grenzüberschreitender Einsätze von großer Relevanz. Weitere nicht so häufig erwähnte Vorschläge waren der *Umgang mit Reaktionen aus der Bevölkerung*, die *Einbindung von SpontanhelferInnen*, *Kenntnisse in (humanitären) Standards* sowie Methoden der Konfliktschlichtung und der *Umgang mit psychischen Belastungen*. Einige schlugen vor, mehr *Ausbildungen im Onlineformat* anzubieten.

3.6. Zusammenarbeit mit ungebundenen Helfenden/SpontanhelferInnen

Der haupt- und ehrenamtliche Bevölkerungsschutz hatte großen Anteil an der Bewältigung der Flüchtlingssituation 2015/16, wurde dabei aber auch häufig von Menschen aus der Zivilgesellschaft, Vereinen und sogenannten ungebundenen HelferInnen oder SpontanhelferInnen (nicht betroffene Personen, die selbstbestimmt aktiv werden) unterstützt. Die Frage, wie effektiv und sinnvoll ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen in laufende Einsätze eingebunden werden können, ist immer wieder Anlaß zu Diskussionen. Im Folgenden interessierte, ob es eine Zusammenarbeit gab, wie diese bewertet wurde und ob es Konzepte zur besseren Einbindung gab.

Zusammenarbeit allgemein

Fast ein Drittel der Befragten arbeitete „eng“ (20 %) oder „sehr eng“ (8 %) mit ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen zusammen. 20 % arbeiteten „teils/teils“ mit ihnen zusammen, bei mehr als einem Drittel gab es eine „nicht sehr enge“ (12 %) bzw. „gar keine“ Zusammenarbeit (25 %).

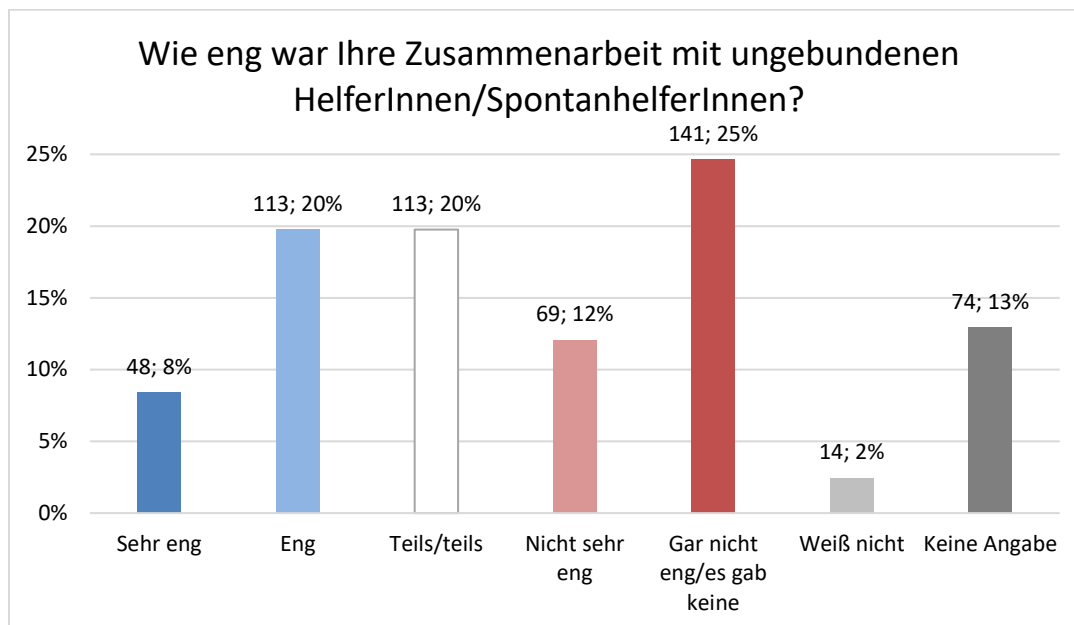


Abbildung 28: Zusammenarbeit ungebundene HelferInnen/SpontanhelferInnen

Bewertung Zusammenarbeit

Diejenigen, die mit ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen zusammengearbeitet hatten, wurden gebeten, diese Zusammenarbeit zu bewerten. 16 % sahen diese als „sehr positiv“, 35 % als „eher positiv“. 23 % hatten eher gemischte Erfahrungen gemacht. Nur 6 % bewerteten die Zusammenarbeit als „eher negativ“, 1 % als „negativ“.

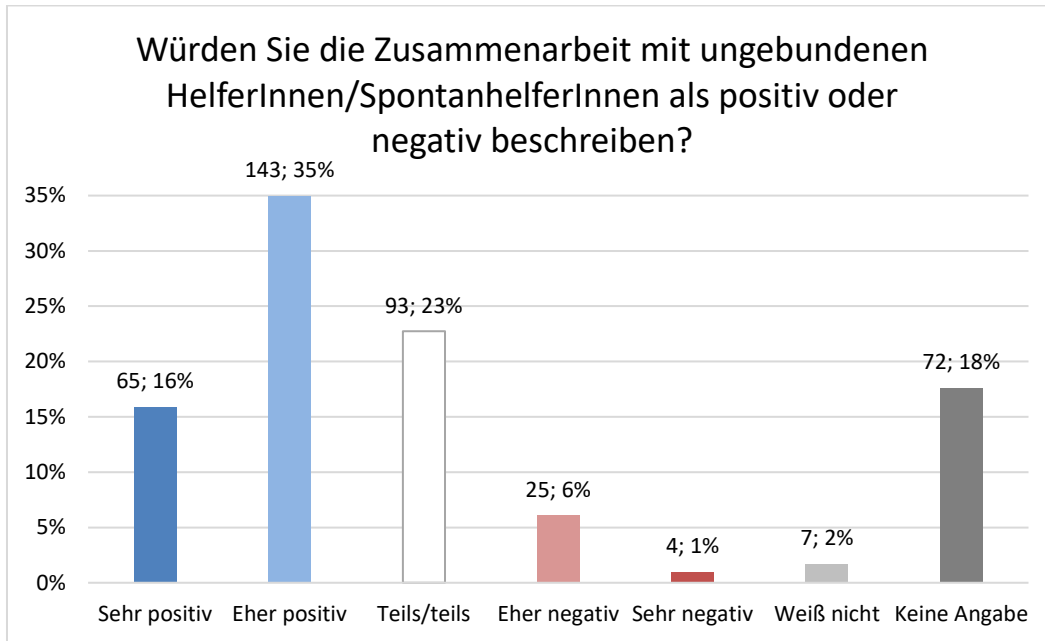


Abbildung 29: Bewertung Zusammenarbeit ungebundene HelferInnen/SpontanhelferInnen

Konzepte zur Koordination

In den Bevölkerungsschutzorganisationen existieren häufig seit den Hochwassern von 2002 und 2013 Konzepte zur Koordination und Einbindung von ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen oder wurden auch während des Einsatzes 2015/16 entwickelt. Gefragt wurde nun, ob diese angewendet wurden. 13 % bejahten dies, 22 % meinten, dass diese zum Teil angewendet wurden, 36 % waren der Meinung, dass es keine Konzepte gab und 2 % antworteten, dass es zwar Konzepte gab, diese aber nicht angewendet wurden. 9 % wußte dies nicht.

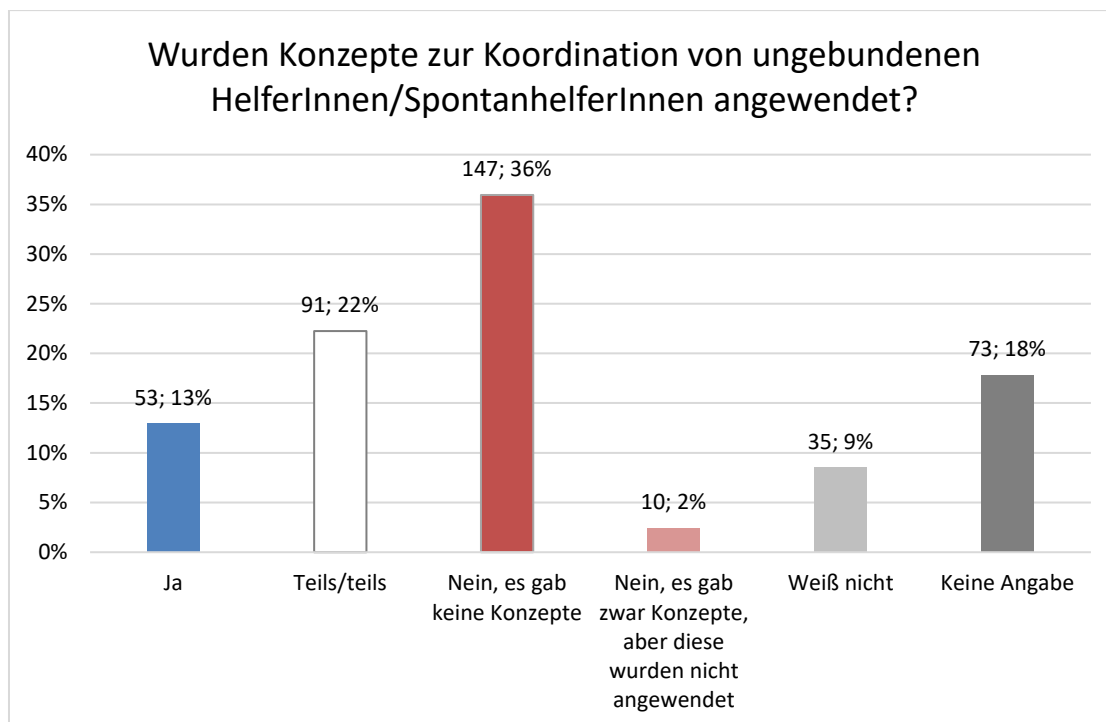


Abbildung 30: Konzepte zur Koordination ungebundener HelferInnen/SpontanhelferInnen

Einschätzung der Rolle von ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen

Zum Abschluss dieses Themenfeldes wurden die Befragten gebeten, die Rolle von ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen anhand verschiedener Aussagen zu bewerten. In der Zusammenschau ergab sich ein uneindeutiges Bild, wobei die positiven Bewertungen etwas überwogen. Grundsätzlich konnte die Arbeit zwischen ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen und klassischen Ehrenamtlichen gut aufgeteilt werden. 47 % waren der Meinung, dass dies „voll und ganz“ zutraf, bzw. „etwas“ zutraf; nur 8 % dachten, dass dies nicht der Fall war. 24 % machten dies vom Kontext abhängig („teils/teils“). Die Aussage, dass die ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen als störend für die Abläufe wahrgenommen wurden, verneinte ein Viertel der Befragten. 15 % waren der Meinung, dass dies „voll und ganz“ bzw. „etwas“ zutraf, 19 % bewerteten diese Aussage mit „teils/teils“. 29 % stimmten zu, dass die Situation ohne die ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen nicht hätte bewältigt werden können, ein etwas größerer Anteil war mit 31 % der gegenteiligen Meinung (Aussage „trifft eher nicht“ oder „gar nicht“ zu). 17 % bewerteten diese Aussage mit „teils/teils“. Zugleich bewerteten über 50 % die Aussage, dass ungebundene HelferInnen wertvolle Unterstützung geleistet hätten als „zutreffend“, bzw. „sehr zutreffend“, 17 % gaben immerhin ein „teils/teils“ an. Eindeutig fiel die Bewertung der Aussage aus, dass ungebundene HelferInnen/SpontanhelferInnen den

Ehrenamtlichen „Aufgaben weggenommen“ hätten: 40 % lehnten diese Aussage ganz ab, für 26 % traf sie „eher nicht“ zu. 5 % waren der Meinung, dass die Koordination der ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen schwierig war, für 15 % traf dies „etwas“ zu, knapp ein Drittel verneinte diese Aussage, 26 % bewerteten diese Aussage mit „teils/teils“.

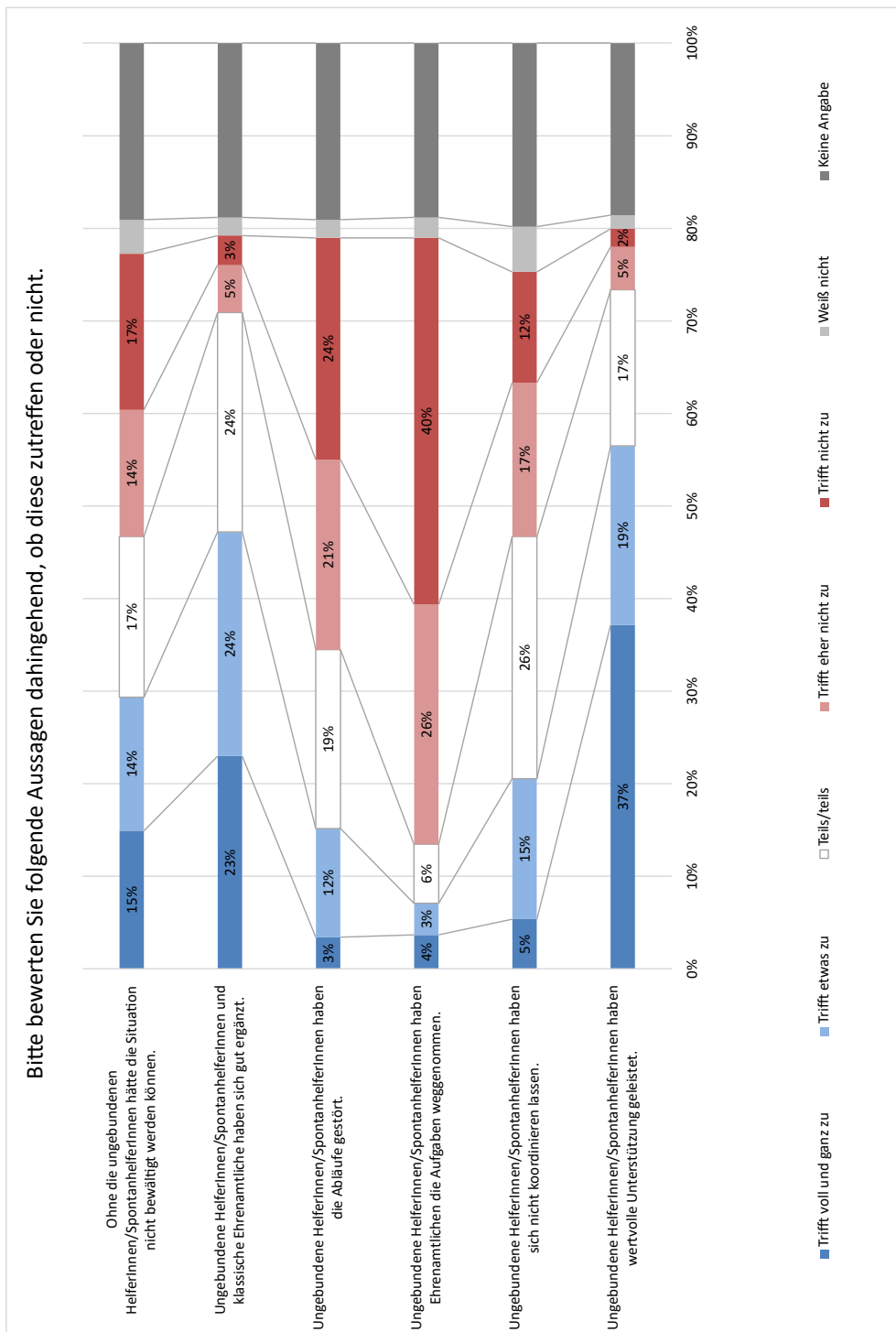


Abbildung 31: Bewertung von Aussagen zur Zusammenarbeit mit ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen

3.7. Errichtung und Betrieb von Notunterkünften

Die Errichtung und der Betrieb von Notunterkünften waren zentrale Aufgaben für die Organisationen des Bevölkerungsschutzes in der Flüchtlingslage. Es interessierte im Folgenden, ob es entsprechende Konzepte für die Einrichtung und den Betrieb gab, woran es grundsätzlich mangelte, ob Standards eingehalten werden konnten und ob es spezifische Maßnahmen für besonders vulnerable Gruppen gab.

Einsatz in Notunterkünften

Die überwiegende Mehrheit war mit 65 % fast ausschließlich in Notunterkünften eingesetzt, weitere 16 % hatten immerhin am Rande mit Notunterkünften zu tun. Nur 5 % der Befragten hatten keinerlei Aufgaben im Kontext von Notunterkünften zu erfüllen.

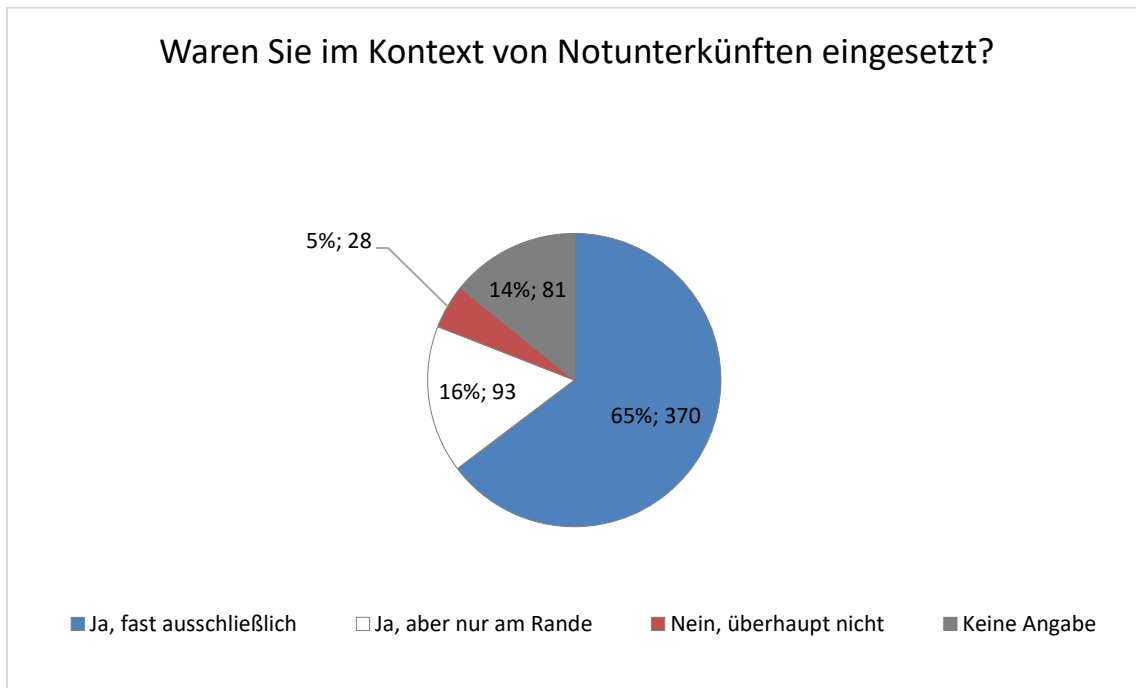


Abbildung 32: Einsatz im Kontext von Notunterkünften

Konzepte zur Unterbringung von Personen

29 % bejahten die Frage, ob es Konzepte zur Unterbringung von Personen gab, 18 % verneinten dies, 31 % beantworteten diese Frage mit „teils/teils“. 7 % konnten dazu keine Aussage treffen.

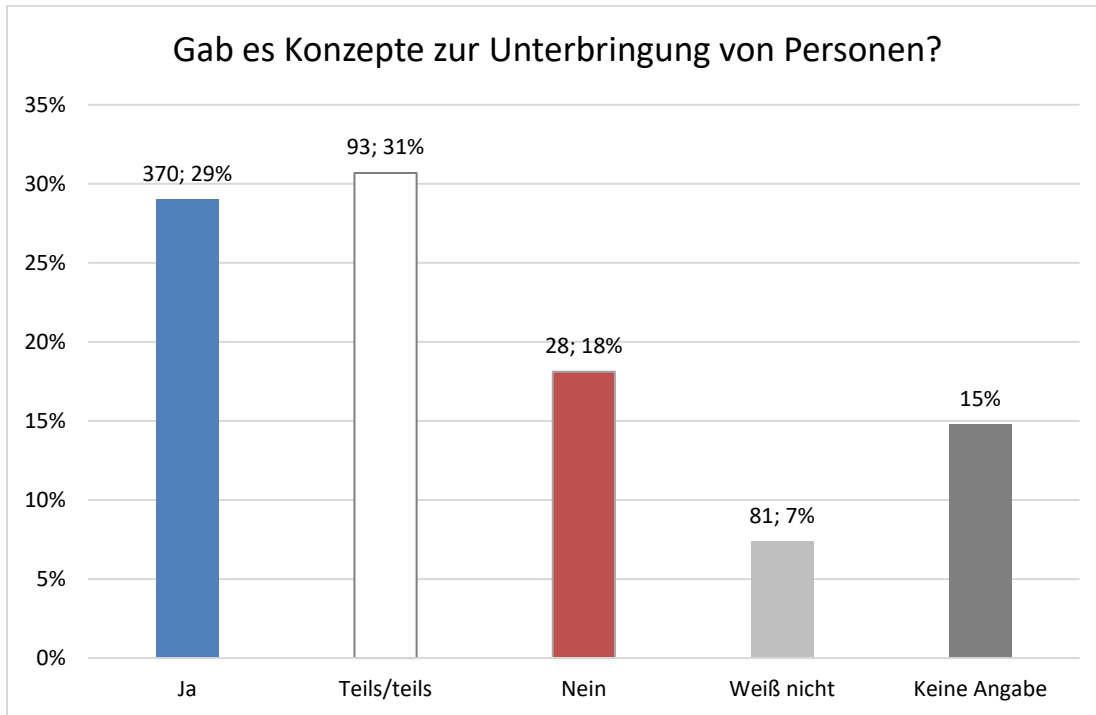


Abbildung 33: Konzepte zur Unterbringung von Personen

Anwendung der Konzepte für unterschiedliche Kontexte

Gefragt danach, wie gut diese existierenden Konzepte angewendet werden konnten, zeigte sich, dass diese v. a. für die spezifische Lage sowie die Anzahl der Personen „gut“ oder wenigstens „teilweise“ funktionierten. 33 % bejahten die Anwendbarkeit auf diese spezifische Lage, 8 % verneinten dies, 32 % sahen die Anwendbarkeit auf die Anzahl an Personen gegeben, 16 % verneinten. Ein Drittel der Befragten war der Meinung, dass die Konzepte nicht auf die Unterbringungsdauer sowie den Übergang von einer Notunterkunft zur Dauereinrichtung verwendet werden konnten. 19 % fanden die Konzepte hingegen tauglich für die Unterbringungsdauer sowie 13 % für den Übergang von einer Notunterkunft zur Dauereinrichtung.

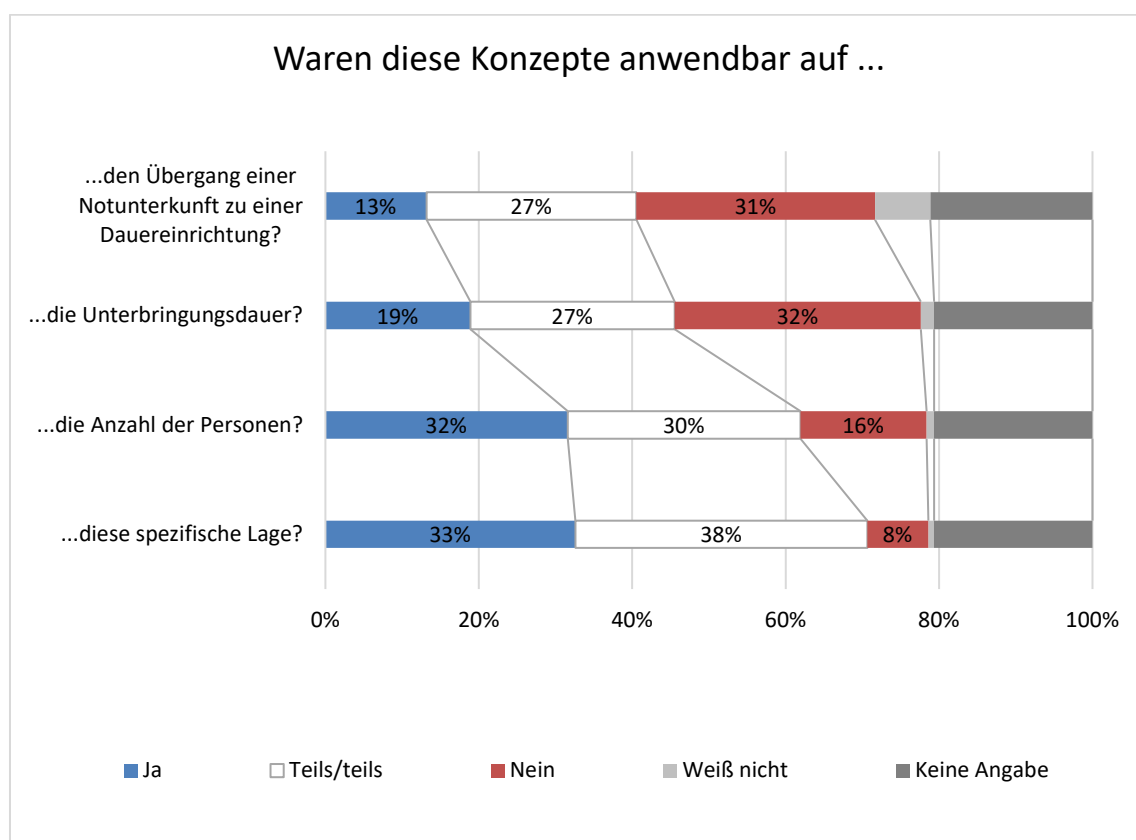


Abbildung 34: Anwendbarkeit der Konzepte

Defizite in der Unterbringung von Flüchtlingen

Es mangelte bei der Unterbringung der Flüchtlinge v. a. an geeigneten Standorten (322 Nennungen), Material (304 Nennungen), Wissen (258 Nennungen) und Personal (208 Nennungen). 20 Personen waren der Meinung, es habe keinen Mangel gegeben.

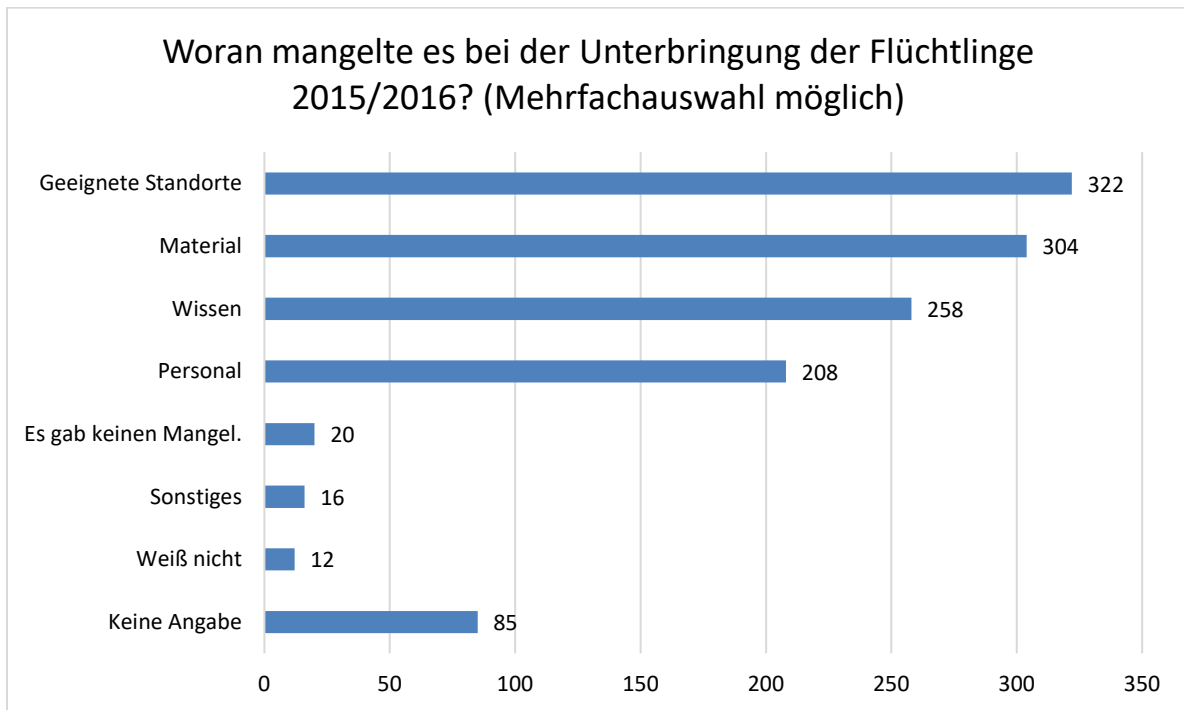


Abbildung 35: Mangel bei der Unterbringung der Flüchtlinge

Anwendung von Standards

Die Frage, ob Standards zur Unterbringung angewendet wurden, streute relativ gleichmäßig über die einzelnen Antwortkategorien. 21 % bejahten dies, 25 % antworteten „teils/teils“, 15 % verneinten und immerhin 22 % wußten es nicht.

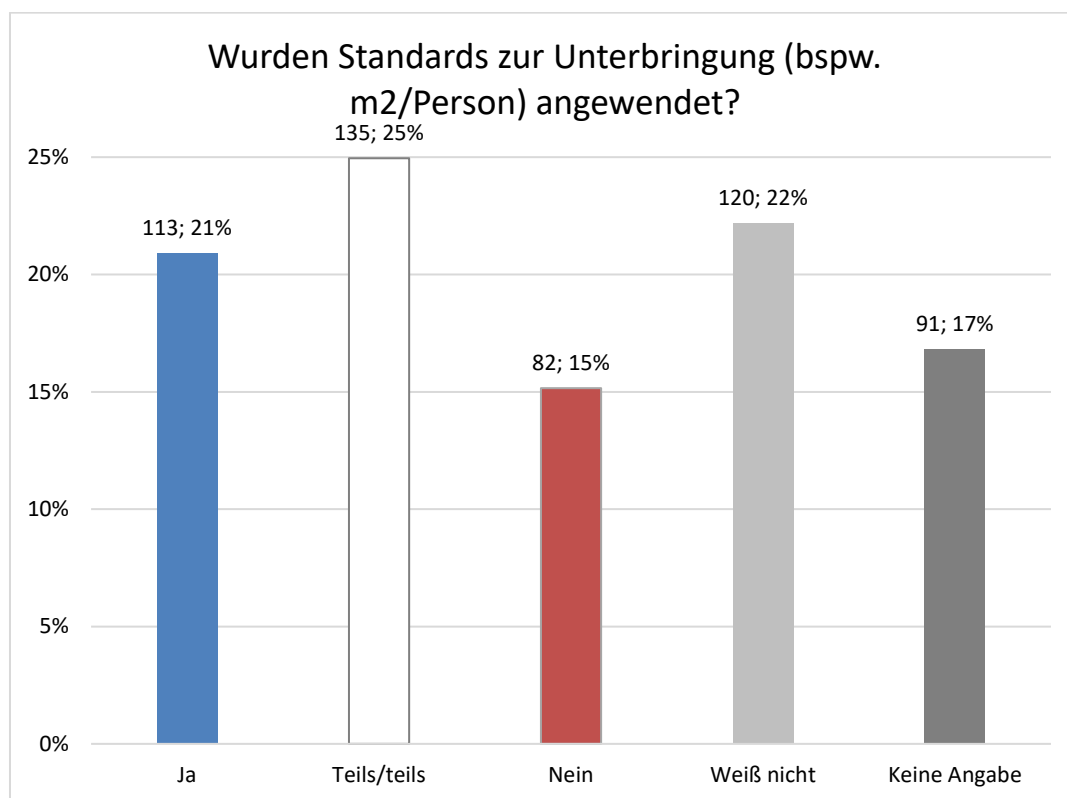


Abbildung 36: Standards zur Unterbringung

Spezifische Maßnahmen für vulnerable Gruppen

Bezüglich des Schutzes besonders vulnerabler Gruppen in den Notunterkünften wurde abgefragt, ob es für diese besondere Maßnahmen gegeben habe. Insbesondere der Geschlechtertrennung und dem Schutz von Kindern schien besondere Aufmerksamkeit zuteil geworden zu sein: So gab es geschlechtergetrennte Sanitäranlagen bei 69 % der Befragten, bei 19 % „teils/teils“ und 3 % verneinten dies. Des Weiteren gab es geschlechtergetrennte Aufenthaltsräume bei 22 % der Befragten, 19 % antworteten mit „teils/teils“, 30 % verneinten dies. 30 % wussten von Schutz- und Spielräumen für Kinder, 23 % hatten diese „teils/teils“, bei 19 % waren diese nicht vorhanden. Spezifische Gewaltschutzkonzepte existierten bei 15 %, bei 19 % zum Teil und bei 28 % gar nicht. Die Trennung von unterschiedlichen Ethnien/Nationalitäten wurde bei 13 % der Befragten ganz bzw. bei 30 % zum Teil umgesetzt. Bei 31 % war dies nicht der Fall. Räume zur Religionsausübung standen in 19 % der Unterkünfte zur Verfügung, bei 16 % teils/teils und bei 28 % nicht. Barrierefreiheit konnte in 15 % der Fälle umgesetzt werden, in 30 % nur zum Teil und in 31 % gar nicht. Am wenigsten wurden die Bedürfnisse von LGBTI-Menschen berücksichtigt, dies war nur bei 2 % der Befragten bekannt bzw. bei weiteren 8 % zum Teil, 36 % gaben an, dass es keine spezifischen Angebote gab. Auch in diesem Item ist der Anteil der Personen, die keine Aussagen treffen konnten, relativ hoch und liegt z. B. bei den Angeboten für LGBTI-Menschen bei 31 %, bei der Frage nach Räumen für die Religionsausübung bei 20 % oder bei den Gewaltschutzkonzepten bei 22 %.

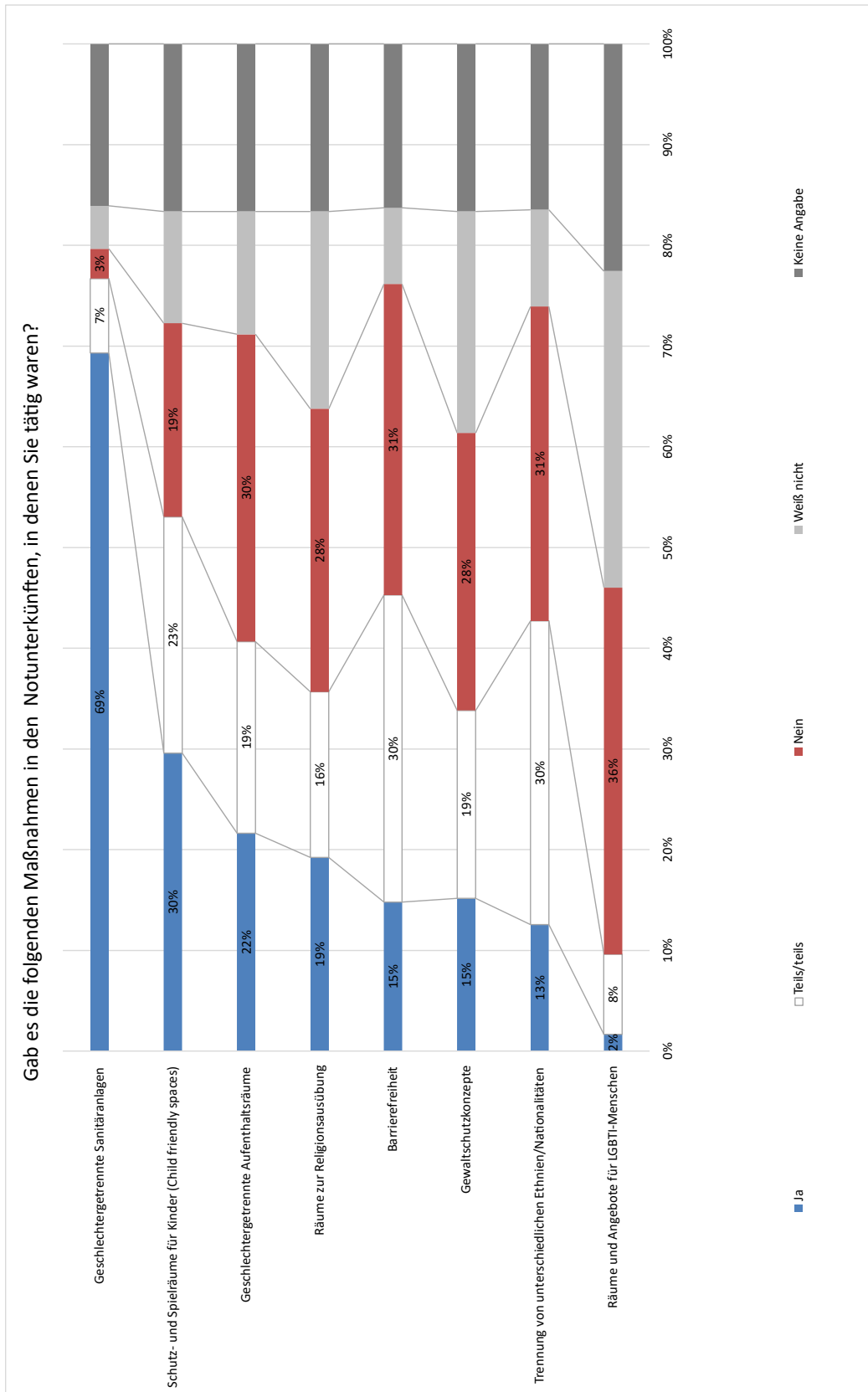


Abbildung 37: Spezifische Maßnahmen in Notunterkünften

3.8. Wissensmanagement

Für die Weiterentwicklung von Organisationen ist eine systematische Aufarbeitung von Erfahrungen und Erkenntnissen sehr wichtig. Die Flüchtlingssituation 2015/16 stellte eine bis dato nicht gekannte großflächige und langanhaltende Lage dar, in der eine Vielzahl an neuen Verfahren etabliert bzw. bekannte Maßnahmen an die Situation angepasst wurden. Die folgenden Fragen thematisierten entsprechend, ob bereits Lessons Learned für zukünftige Lagen gezogen wurden und wo in nachfolgenden Einsätzen auf Erfahrungen aus der Flüchtlingshilfe zurückgegriffen wurde.

Lessons Learned

Während ein Drittel (33 %) der Befragten berichtete, dass Lessons Learned für zukünftige Flüchtlingslagen oder andere Lagen gezogen worden waren, gaben 22 % an, dass dies nur zum Teil erfolgt wäre und 12 % gaben an, dass keine Lessons Learned gezogen wurden. 14 % resp. 18 % wussten dies nicht oder machten keine Angabe zu dieser Frage.

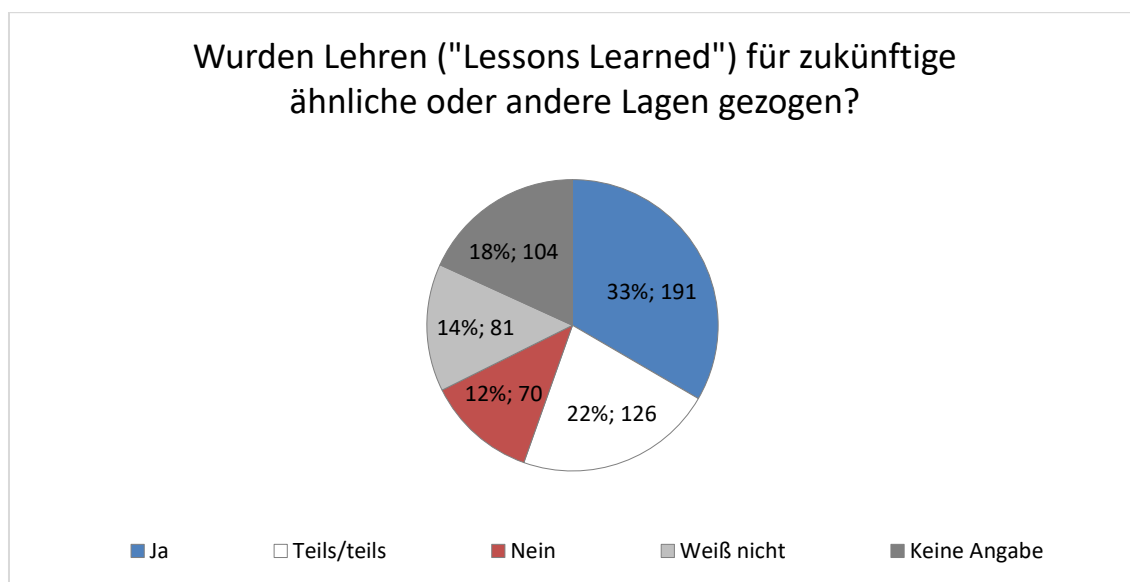


Abbildung 38: Lesson Learned

Gründe für fehlende Lessons Learned

103 Befragte äußerten sich auf die Frage, warum ihrer Meinung nach keine Lessons Learned gezogen wurden. Am häufigsten (20 Nennungen) wurde als Grund genannt, dass kein Verbesserungsbedarf gesehen worden wäre, da auf bestimmten Ebenen *keine Fehlerkultur* existieren würde: Einsätze würden grundsätzlich als erfolgreich bewertet, Organisationen seien oft „*kein Hort der Selbstkritik*“ und höhere Führungsebenen seien mitunter auch zu wenig (selbst)kritikfähig. Ebenso häufig wurde das *Fehlen der notwendigen zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen* zur Aufarbeitung und Umsetzung von Lessons Learned genannt. Eng mit diesem Aspekt verbunden (13 Nennungen) war, dass die *Wiederaufnahme des Alltagsgeschäfts* für Lessons Learned hinderlich gewesen wäre: Nach sehr intensiven Einsätzen mit viel Frustration und Erschöpfung seien diese „*als geschafft abgehakt*“ worden. Elf Personen nannten die *Singularisierung der Flüchtlingssituation und die mangelnde Übertragbarkeit auf andere Lagen* als Grund: Es würde vielfach angenommen, dass sich eine vergleichbare Flüchtlingskrise nicht in absehbarer Zeit wiederholen würde und die besonderen Einsatzaufgaben in besonderen

Arbeitskonstellationen nur sehr wenig mit den sonstigen Aufgaben der Organisation gemein hätten. Zudem gaben zehn Personen an, dass eine entsprechende *Aufarbeitung politisch und organisatorisch nicht gewünscht* gewesen wäre: Das Thema wäre über die Zeit unpopulär geworden und eine vergleichbare Lage sollte sich nicht wiederholen. Lessons Learned würden zudem oft nur Fragen aufwerfen, für die es keine adäquaten Antworten gäbe. Dass es schlicht an Zuständigkeiten für Lessons Learned Prozesse mangelte, nannten zehn Personen als Grund dafür, dass diese nicht gezogen wurden.

Anpassung von Konzepten

Die Frage, ob auf Grund der Erfahrungen in der Flüchtlingssituation Konzepte angepasst oder neue Konzepte erstellt wurden, beantworteten lediglich 15 % positiv. Dagegen gaben 18 % an, dass dies zum Teil geschehen sei und 19 % verneinten die Aussage. 30 % wussten dies nicht und 19 % machten keine Angabe.

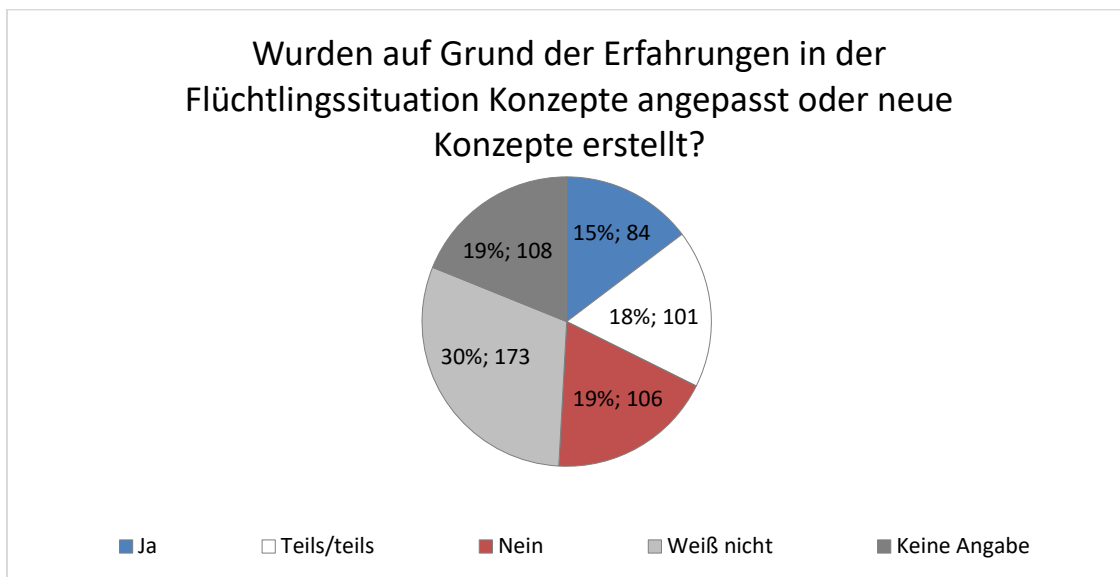


Abbildung 39: Anpassung von Konzepten

Integration der Erfahrungen nach Bereichen

Die Erfahrungen der Flüchtlingshilfe von 2015/16 flossen in verschiedene Bereiche ein. Mit Blick auf die Kommunikation mit der Öffentlichkeit berichteten 19 % der Befragten, dass die Erfahrungen eingeflossen seien, 27 % gaben an, dass dies teilweise geschehen sei und 24 %, dass dies nicht geschehen sei. Beim Umgang mit ungebundenen HelferInnen gaben lediglich 12 % an, dass hier die Erfahrungen eingeflossen seien, während 20 % bzw. 32 % berichteten, dass dies teilweise bzw. nicht geschehen sei. 19 % gaben an, dass die Erfahrungen der Flüchtlingshilfe in die organisationale Entwicklung, wie bspw. die interkulturelle Öffnung, eingeflossen seien; 31 % sagten aus, dass dies teilweise stattgefunden habe, und 21 %, dass dies nicht stattgefunden habe. Bei der materiellen Vorhaltung gaben 23 % an, dass die Erfahrungen der Flüchtlingshilfe eingeflossen seien, 25 %, dass dies teilweise geschehen und 26 %, dass dies ausgeblieben sei. In die Ausbildung flossen die Erfahrungen der Flüchtlingshilfe nach Angabe von 18 % ein, während 26 % bzw. 30 % aussagten, dass dies zum Teil bzw. nicht geschehen sei. Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass die Erfahrungen der Flüchtlingshilfe laut den Befragten am stärksten in die materielle Vorhaltung eingeflossen seien und am wenigsten stark in den Umgang mit ungebundenen HelferInnen.

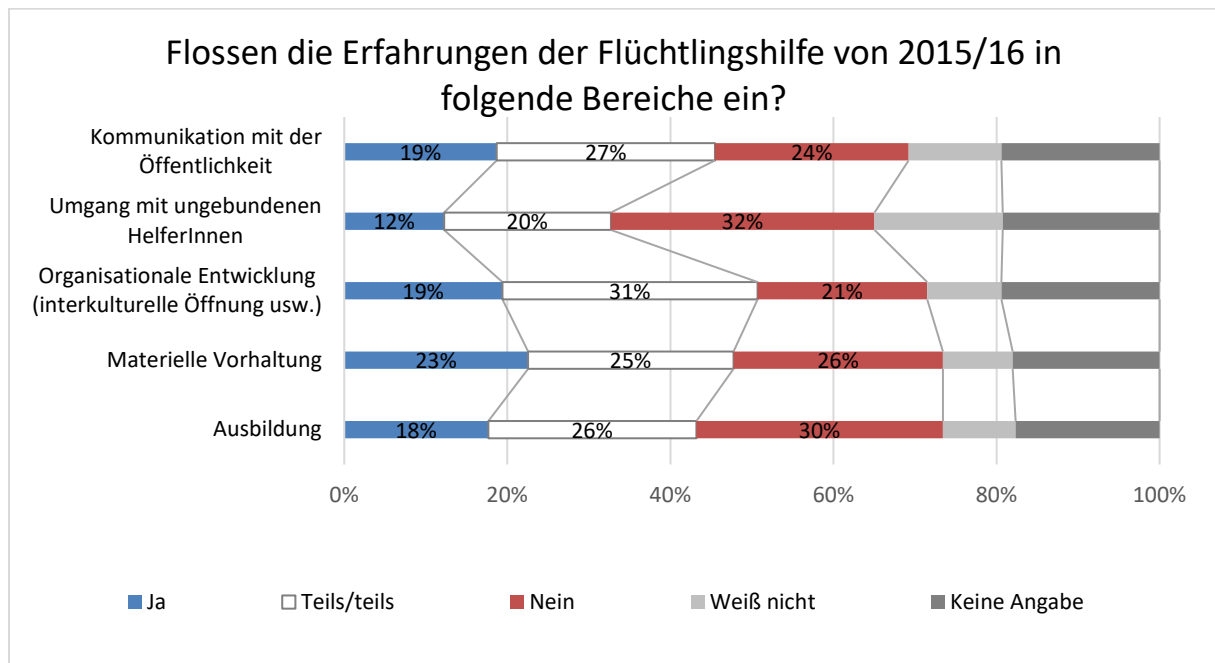


Abbildung 40: Übertragung Erfahrungen Flüchtlingshilfe auf andere Bereiche

Übertragung der Erfahrung auf andere Lagen

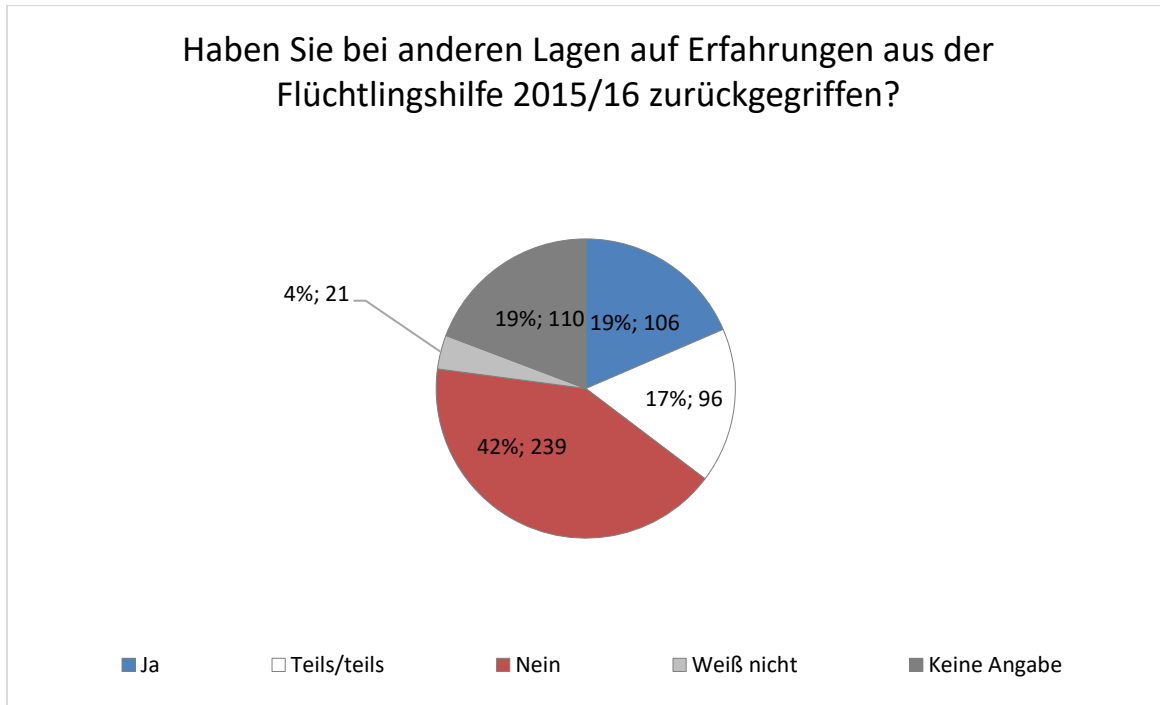


Abbildung 41: Übertragung Erfahrungen Flüchtlingshilfe auf andere Lagen

Die Frage, ob sie in anderen Lagen auf Erfahrungen aus der Flüchtlingshilfe 2015/16 zurückgegriffen hätten, beantworteten 19 % mit „ja“. 17 % gaben an, dass dies zum Teil geschehen sei und 42 % sagten aus, dass sie bei anderen Lagen nicht auf Erfahrungen aus der Flüchtlingshilfe 2015/16 zurückgegriffen hätten.

Beispiele der Übertragung auf andere Lagen

Von denjenigen, die die Erkenntnisse aus der Flüchtlingshilfe auch in späteren Einsätzen anwenden konnten, machten Einige auch Angaben in welchen Einsätzen konkret dies der Fall war. Dies gilt v. a. für den *Aufbau von Notunterkünften* bzw. die *Betreuung* von Personen, sei es im Rahmen von Großübungen, bei *Evakuierungen* oder in größeren Lagen wie der „Schneekatastrophe“ 2019 in Bayern. Oft wurde auch die *SARS-CoV-2-Pandemie* erwähnt, vor allem, was den Aufbau von Testzentren angeht, aber auch die Umsetzung von *Hygienekonzepten*. Besonders relevant waren Erfahrungen im Bereich der *Logistik* und *Beschaffung*, aber auch der *Führung* im Bereich der Stabsarbeit oder in der Personalplanung. Explizite Erwähnung fand die Evakuierung von Stadtteilen/Bereichen, in denen ein *hoher Migrationsanteil* zu finden ist. Die Erfahrungen in *interkultureller Kompetenz*, in der Kommunikation (über Piktogramme oder durch DolmetscherInnen) und dem generellen Umgang wurden als sehr hilfreich empfunden. Dies wurde auch für Einsätze im Rahmen der SARS-CoV-2-Pandemie erwähnt. Wenige konnten die Erfahrungen in anderen *internationalen Einsätzen anwenden* oder gaben an, *sie dienten der eigenen persönlichen Entwicklung*.

3.9. Vulnerabilität

Menschen in Notlagen zeichnen sich durch eine besondere Verletzlichkeit (Vulnerabilität) aus. Spezifische Gruppen (z. B. Frauen, Kinder, Menschen mit körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen) sollten daher einen besonderen Schutz erhalten, wie z. B. gesonderte Bereiche in Notunterkünften. Die folgenden Fragen zielten darauf ab, welche vulnerablen Gruppen es in den Notunterkünften gab, ob deren Bedürfnisse erfüllt werden konnten und ob sich die Einsatzkräfte angemessen auf diese vorbereitet gefühlt haben.

Bedürfnisse Flüchtlinge im Vergleich zu Bedürfnissen in anderen Lagen

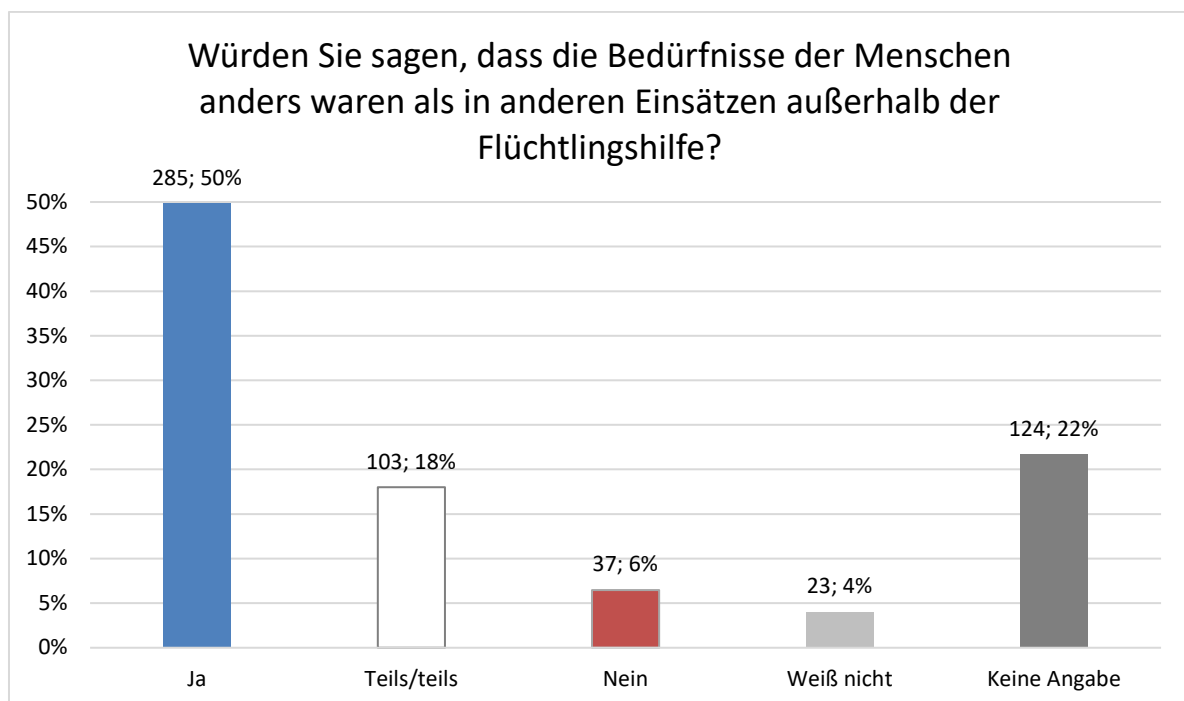


Abbildung 42: Bedürfnisse Flüchtlinge

Von den Befragten sagten mit 50 % die Hälfte aus, dass die Bedürfnisse der Menschen in der Flüchtlingsituation andere waren als in anderen Einsätzen außerhalb der Flüchtlingslage. 18 % gaben an, dass die Bedürfnisse sich teilweise unterschieden und lediglich 6 % drückten aus, dass sie keine Unterschiede zu den Bedürfnissen in anderen Einsätzen ausgemacht hätten.

Erfüllung der Bedürfnisse

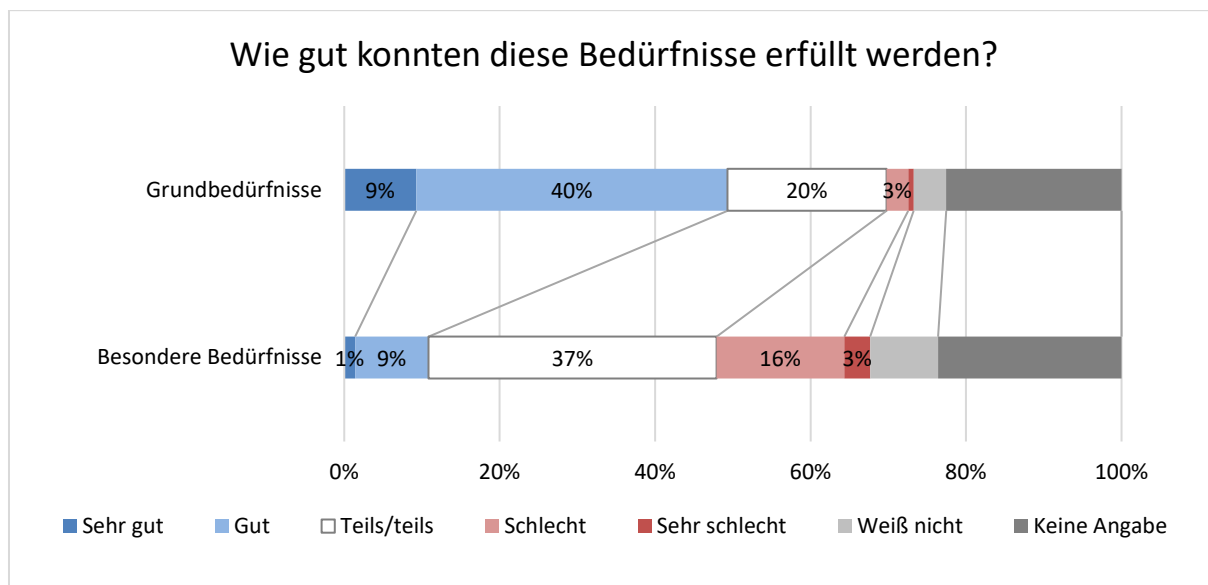


Abbildung 43: Erfüllung der Bedürfnisse

Interessant ist mit Blick auf die Bedürfnisbefriedigung die Unterscheidung von Grund- und besonderen Bedürfnissen: Während bei den Grundbedürfnissen fast 50 % aussagten, dass diese „gut“ (40 %) oder „sehr gut“ (9 %) erfüllt werden konnten, sagten dies nur 10 % für die besonderen Bedürfnisse, wobei 1 % angab, dass die besonderen Bedürfnisse „sehr gut“, und 9 %, dass die besonderen Bedürfnisse „gut“ erfüllt werden konnten. Dass die Bedürfnisse zum Teil erfüllt werden konnten sagten mit Blick auf die Grundbedürfnisse 20 % und mit Blick auf die besonderen Bedürfnisse 37 %. Bei den Grundbedürfnissen sagten 4 %, dass diese „schlecht“ (3 %) oder „sehr schlecht“ (1 %) erfüllt werden konnten, während bei den besonderen Bedürfnissen insgesamt 19 % aussagten, dass diese „schlecht“ (16 %) oder „sehr schlecht“ (3 %) erfüllt werden konnten.

Kontakt zu Flüchtlingen

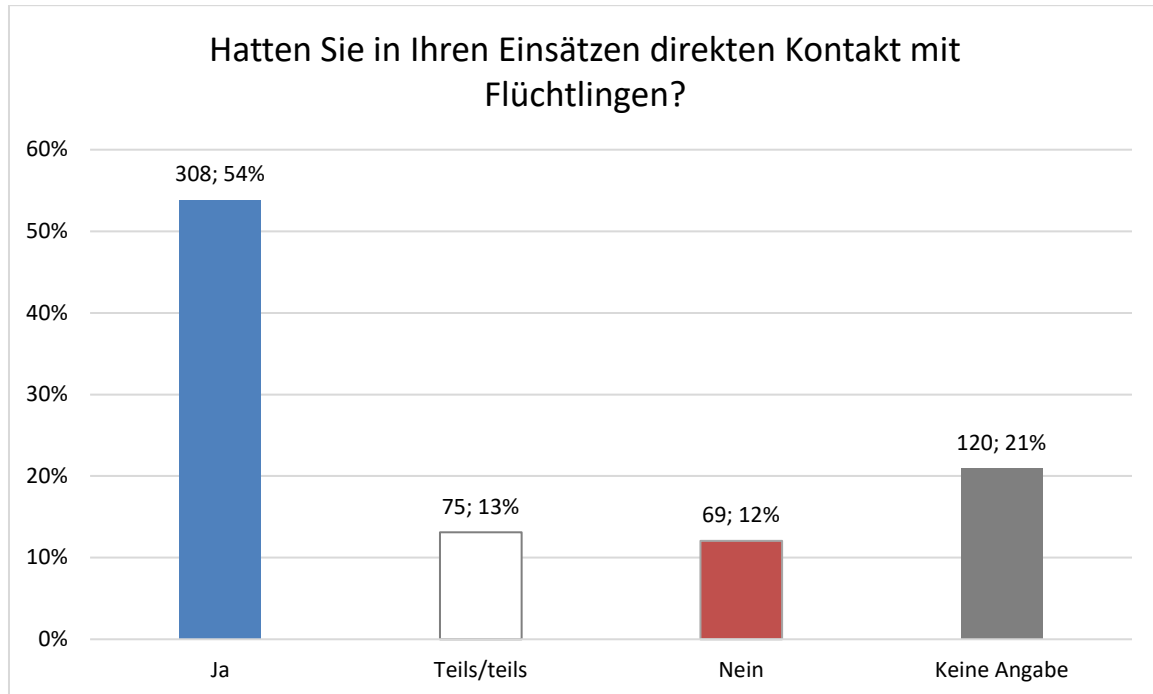


Abbildung 44: Kontakt zu Flüchtlingen

Mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) hatte in den Einsätzen direkten Kontakt mit Flüchtlingen, 13 % hatten teilweise Kontakt und 12 % hatten keinen Kontakt mit Flüchtlingen.

Vorbereitung auf Bedürfnisse, Vulnerabilität und spezielle Fluchterfahrungen

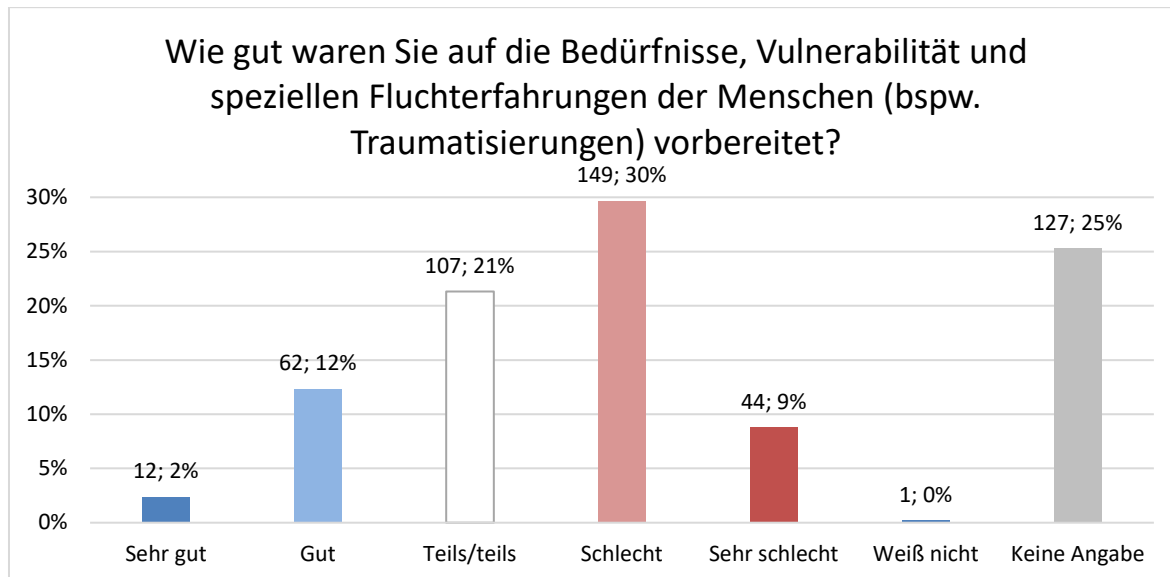


Abbildung 45: Vorbereitung Bedürfnisse, Vulnerabilitäten, Fluchterfahrungen

Auf die Frage, wie gut die Einsatzkräfte auf die Bedürfnisse, Vulnerabilitäten und speziellen Fluchterfahrungen der Menschen, wie bspw. Traumatisierungen, vorbereitet waren, antworteten lediglich 2 % mit „sehr gut“ und 12 % mit „gut“. 21 % gaben an, dass sie zum Teil auf die besonderen Herausforderungen vorbereitet waren. Ganze 30 % sagten aus, dass sie „schlecht“, und 9 % sogar, dass sie „sehr schlecht“ vorbereitet waren. Während also nur 14 % „gut“ oder „sehr gut“ vorbereitet waren, waren 39 % nach eigenem Bekunden „schlecht“ oder „sehr schlecht“ vorbereitet.

3.10. Internationales/frühere Einsätze in der Flüchtlingshilfe

Die meisten Organisationen des Bevölkerungsschutzes haben international operierende Einheiten, in denen z. T. auch vor 2015/16 Erfahrungen mit der Betreuung von Flüchtlingen gesammelt wurden. Auch Deutschland war vor 2014 Ziel von größeren Migrationsbewegungen, z. B. während der Grenzöffnung 1989 oder im Kontext der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren. Im folgenden Themenblock interessierte v. a., ob für die Bewältigung der Flüchtlingskrise 2015/16 bereits auf Erfahrungen aus vorherigen Einsätzen (national/international) zurückgegriffen wurde.

Rückgriff auf Erfahrungen oder Konzepte aus der Auslandshilfe

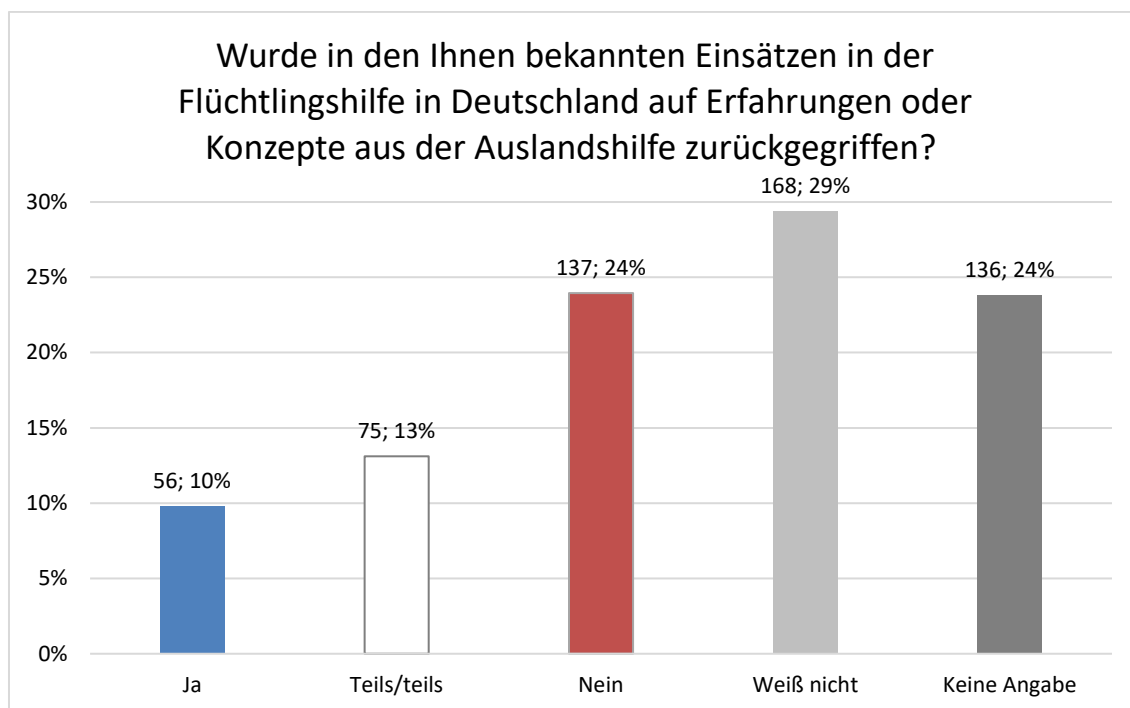


Abbildung 46: Rückgriff auf Erfahrungen aus der Auslandshilfe

Erfahrungen und Konzepte aus der Auslandshilfe spielten bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation 2015/16 in Deutschland nach Aussagen der Befragten keine zentrale Rolle. Nur 10 % gaben an, dass auf entsprechende Erfahrungen und Konzepte zurückgegriffen wurde. 13 % sagten dagegen aus, dass dies zum Teil geschehen sei, während 24 % angaben, dass dies nicht geschehen sei.

Rückgriff auf Erfahrungen und Konzepte nach Bereichen

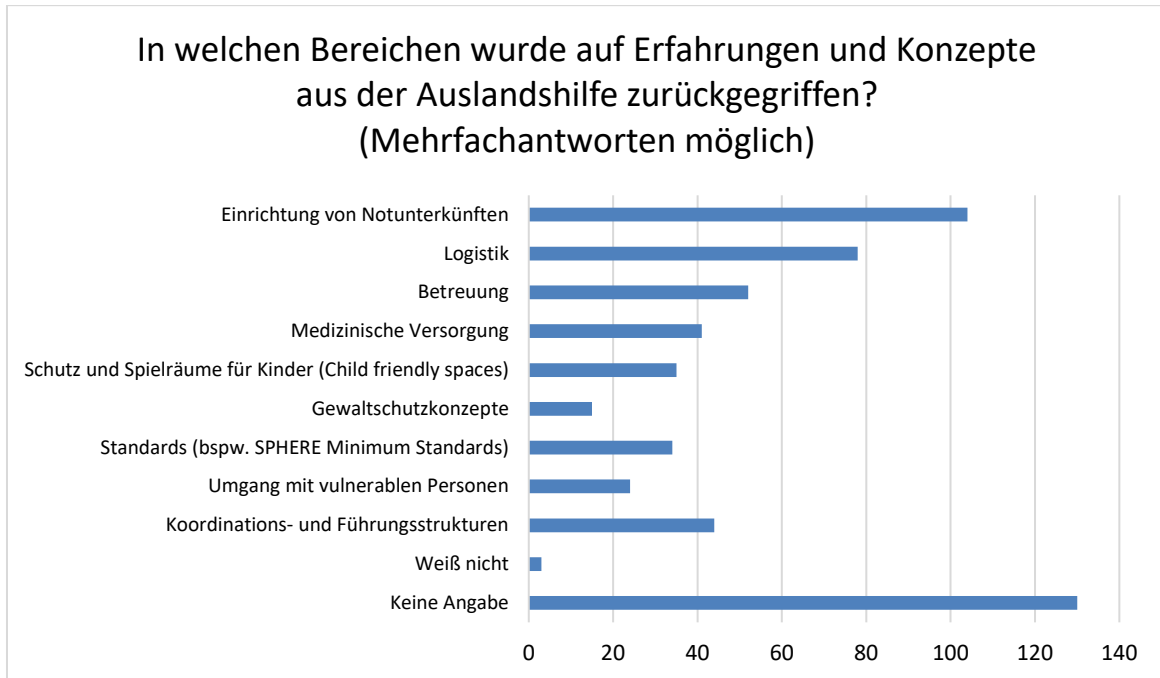


Abbildung 47: Rückgriff auf Erfahrungen und Konzepte der Auslandshilfe nach Bereichen

Die Erfahrungen und Konzepte aus der Auslandshilfe wurden in verschiedenen Bereichen eingesetzt: 104 Personen gaben an, dass bei der Einrichtung von Notunterkünften auf diese Erfahrungen und Konzepte zurückgegriffen wurde. Im Bereich Logistik geschah dies laut 78 Personen, in der Betreuung laut 52 Personen und bei Koordinations- und Führungsstrukturen laut 44 Personen. 41 Personen gaben an, dass bei der medizinischen Versorgung auf die Auslandshilfe zurückgegriffen wurde, laut 35 beim Schutz und der Schaffung von Spielräumen für Kinder (sogenannte „Child friendly spaces“) und laut 34 bei Standards wie bspw. den SPHERE Minimum Standards. Beim Umgang mit vulnerablen Personen gaben 24 Personen an, dass sich an der Auslandshilfe orientiert wurde und für Gewaltschutzkonzepte wußten dies 15 Personen.

Einsatz in nationalen (vor 2014) oder internationalen Einsätzen im Kontext von Flucht und Migration



Abbildung 48: Eigene Erfahrungen in Einsätzen im Kontext von Flucht und Migration vor 2014

Die Frage, ob sie selbst vor 2014 in Einsätzen im Kontext von Flucht und Migration eingesetzt waren, bejahten 47 Personen für den nationalen Kontext und 37 Personen für den internationalen Kontext. 368 Personen gaben an, vor 2014 weder national noch international im Kontext von Flucht und Migration eingesetzt gewesen zu sein.

3.11. Aktuelle Vorbereitung

Da die Befragung fast vier Jahre nach der Hochphase des Einsatzes in der Flüchtlingshilfe durchgeführt wurde, erschien es interessant, wie die Einschätzungen der Befragten bezogen auf eine erneute vergleichbare Lage zum Befragungszeitpunkt aussah.

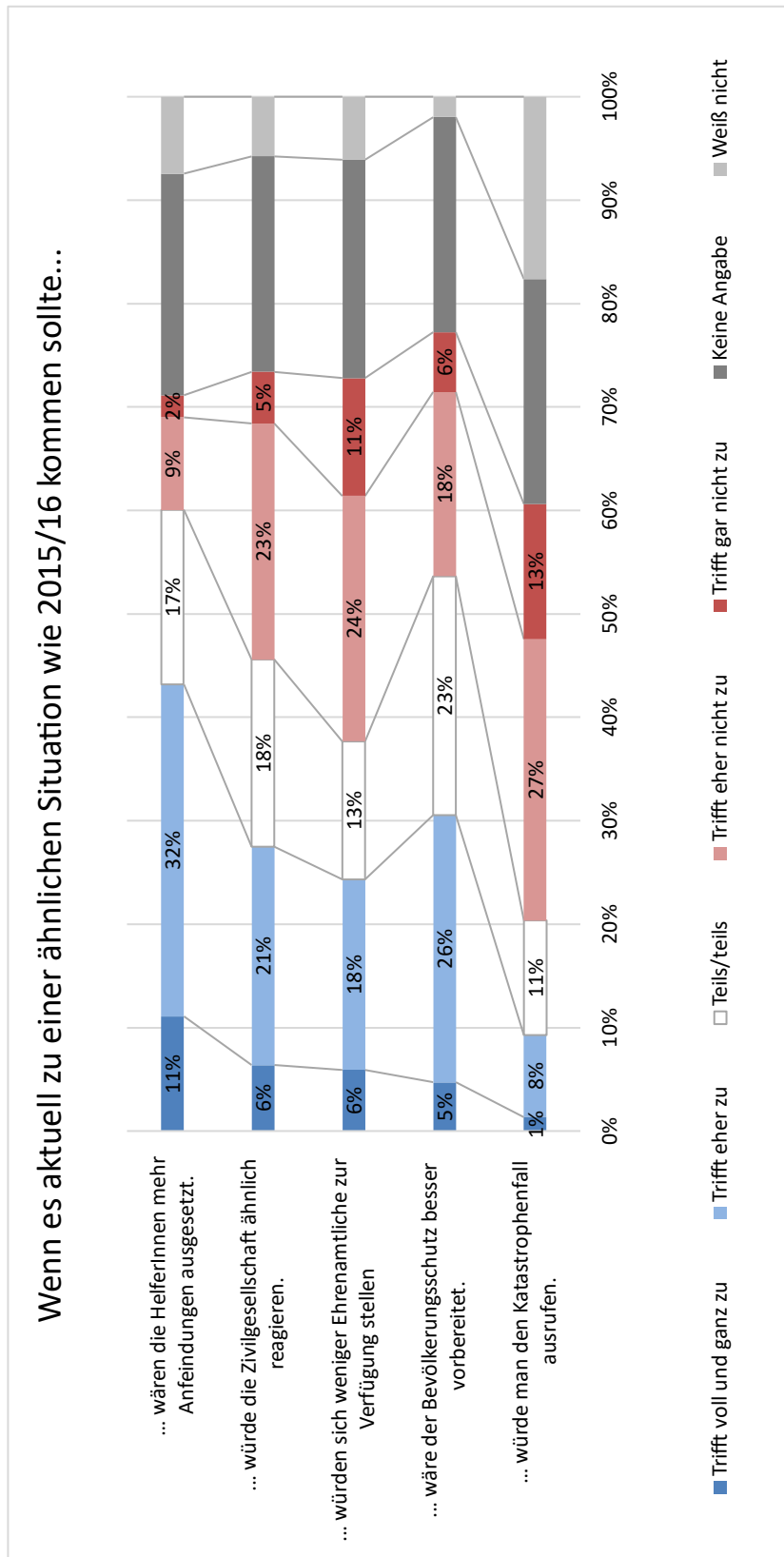


Abbildung 49: Einschätzung Bewältigung Flüchtlingslage heute

Interessant sind die Aussagen der Befragten, auf die Frage, wie sich eine erneute Situation wie 2015/16 auswirken würde. 43 % der Befragten gingen „voll und ganz“ (11 %) oder „eher“ (32 %) davon aus, dass HelferInnen mehr Anfeindungen ausgesetzt sein würden. 17 % waren in dieser Frage eher unentschieden und 11 % glaubten, dass dies „eher nicht“ (9 %) oder „gar nicht“ (2 %) eintreten würde. Bei der Aussage, dass die Zivilgesellschaft bei einer erneuten Situation wie 2015/16 ähnlich reagieren würde, stimmten 27 % zu (6 % „voll und ganz“ sowie 21 % „eher“), während 28 % dies „eher nicht“ (23 %) oder „überhaupt nicht“ glaubten (5 %) und 18 % unentschieden waren. Mit 24 % ging rund ein Viertel der Befragten davon aus, dass sich weniger Ehrenamtliche zur Verfügung stellen würden (6 % „voll und ganz“ sowie 18 % „eher“), wohingegen 35 % dies „eher nicht“ (24 %) oder „gar nicht“ (11 %) glaubten; 13 % äußerten sich neutral zu dieser Frage. Dass der Bevölkerungsschutz besser auf eine ähnliche Situation wie 2015/16 vorbereitet wäre, glaubten 5 % „voll und ganz“ sowie 26 % „eher“, wohingegen 18 % dies „eher nicht“ und 6 % dies „gar nicht“ glaubten. 31 % zeigten sich somit von einer besseren Vorbereitung überzeugt und 24 % glaubten nicht, dass der Bevölkerungsschutz besser vorbereitet sein würde; 23 % antworteten mit „teils/teils“. Mit 7 % war nur ein Bruchteil der Befragten überzeugt, dass man bei einer ähnlichen Situation wie 2015/16 den Katastrophenfall ausrufen würde (1 % „voll und ganz“, 8 % „eher“). Dagegen glaubten insgesamt 40 % dies „eher nicht“ (27 %) oder „gar nicht“ (13 %) und 11 % waren unentschieden.

3.12. Zukünftige Gefahren

In dem Forschungsprojekt geht es auch um eine Bewertung, ob Erfahrungen und Lessons Learned aus 2015/16 für andere Gefahren oder Szenarien relevant sein könnten.

Relevanz verschiedener Gefahren/Szenarien für den Bevölkerungsschutz

Die höchste Relevanz für die Zukunft wurde von den Befragten meteorologischen Gefahren zugewiesen: 44 % sahen diese als „höchst relevant“ an und 23 % gaben die zweithöchste Kategorie (hohe Relevanz) an. Pandemien hielten 37 % für „höchst“ und 25 % für „hoch relevant“, wobei berücksichtigt werden muss, dass die Befragung zum Zeitpunkt der SARS-CoV-2 Pandemie erfolgte. Dürren und Hitzewellen hielten ebenfalls 37 % für „höchst relevant“ und 26 % für „hoch relevant“. Sehr ähnlich wurden Wald- und Flächenbrände sowie Hochwasser bewertet: Erstere hielten 36 % für „höchst“ und 27 % für „hoch relevant“; Letztere 35 % für „höchst“ und 31 % für „hoch relevant“. Mit 30 % („höchst relevant“) resp. 28 % („hoch relevant“) wurde das Szenario Infrastrukturausfall insgesamt als etwas weniger relevant als die vorherigen Szenarien eingestuft. Terroristische Angriffe oder Amoklagen hielten noch 19 % für „höchst“ und 28 % für „hoch relevant“, gefolgt von CBRN-Gefahren mit 14 % bei der höchsten und 26 % bei der zweit höchsten Relevanzkategorie. Geringer fielen die Nennungen bei Erdbeben aus: 6 % gingen von der höchsten und 19 % von einer hohen Relevanz aus. Krieg als Szenario hielten nur noch 5 % bzw. 7 % für „höchst“ bzw. „hoch relevant“ und Erdbeben nur 3 % bzw. 4 %.

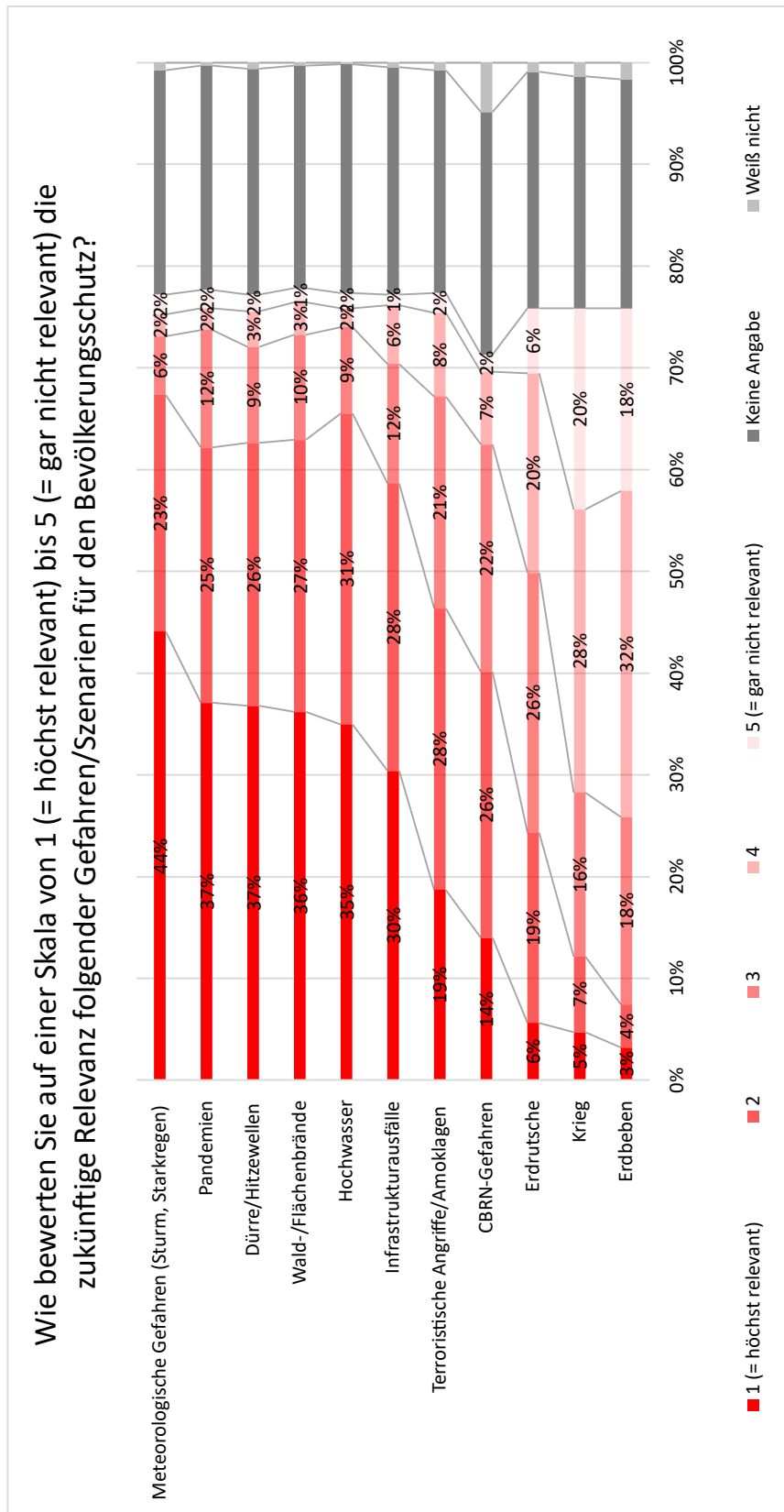


Abbildung 50: Relevanz verschiedener zukünftiger Gefahren/Szenarien

Relevanz von Einsätzen im Kontext Flucht und Migration

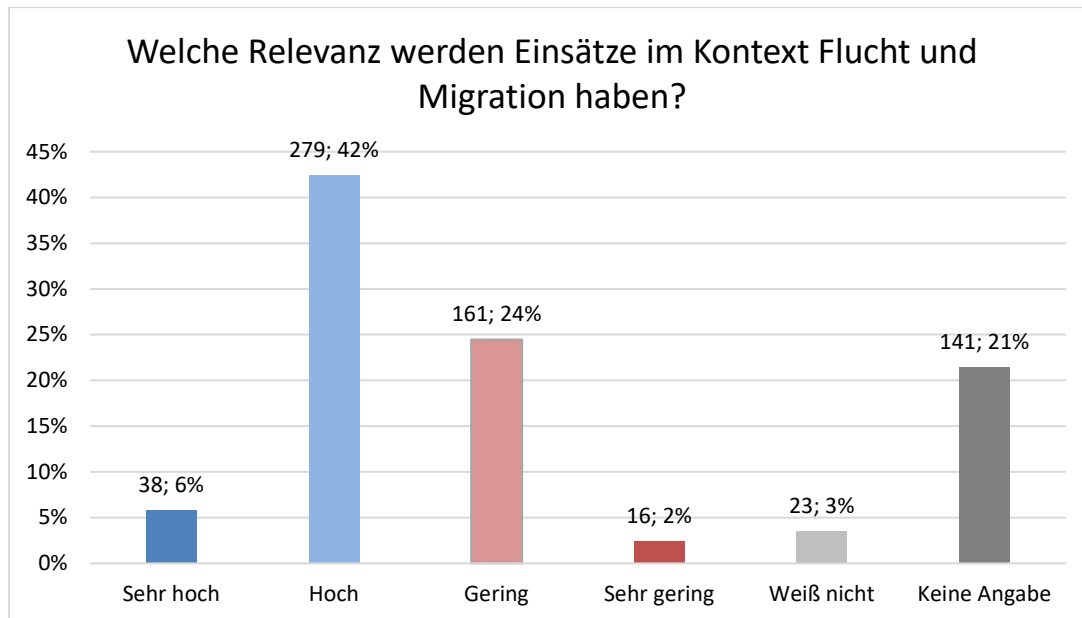


Abbildung 51: Relevanz von Einsätzen im Kontext von Flucht und Migration

Fast die Hälfte der Befragten (48 %) glaubte an eine „sehr hohe“ (6 %) oder zumindest „hohe“ (42 %) zukünftige Relevanz von Einsätzen des Bevölkerungsschutzes im Kontext von Flucht und Migration. Dagegen gingen 26 % von einer „geringen“ (24 %) oder „sehr geringen“ (2 %) Relevanz aus.

3.13. Zukünftige HilfeempfängerInnen

Analysen zur zukünftigen Entwicklung der Bevölkerung gehen davon aus, dass sich die potenziellen HilfeempfängerInnen verändern werden. Im Folgenden wurden die Befragten nach einer Bewertung gebeten, welche gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen sich auf die Hilfebedarfe der Bevölkerung auswirken werden.

Gefragt danach, welchen Entwicklungen mit Bezug auf Veränderungen der potentiellen HilfeempfängerInnen Relevanz beigemessen wird, antworteten 30 %, dass sie die abnehmende Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung als „höchst relevant“ erachteten, 28 % sahen eine „hohe“ Relevanz. Die Radikalisierung von bestimmten Gruppen und eine insgesamt höhere Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft wurden von 25 % als „höchst“ und von 31 % als „hoch relevant“ eingestuft und liegt damit noch vor der Bedeutung der alternden Bevölkerung, die von 21 % als „höchst relevant“ und von 34 % als „hoch relevant“ erachtet wurde. 21 % maßen der Digitalisierung „höchste“ und 30 % eine „hohe Relevanz“ bezogen auf Veränderungen bei HilfeempfängerInnen bei. Soziale Ungleichheit/Armut wurde dagegen von 18 % als „höchst“ und 28 % als „hoch relevant“ bezeichnet. Unterschiedliche kulturelle Hintergründe der Bevölkerung sahen 16 % als „höchst relevante“ Veränderungen und 37 % als „hoch relevant“ an. Dagegen gaben 15 % bzw. 30 % an, dass die zunehmende soziale Isolation ihrer Meinung nach die „höchste“ bzw. „hohe“ Relevanz hat. Die geringste Relevanz wurde bei der Verstädterung/Urbanisierung gesehen, aber auch hier gaben 10 % die höchste und 27 % der Befragten eine hohe Relevanz an.

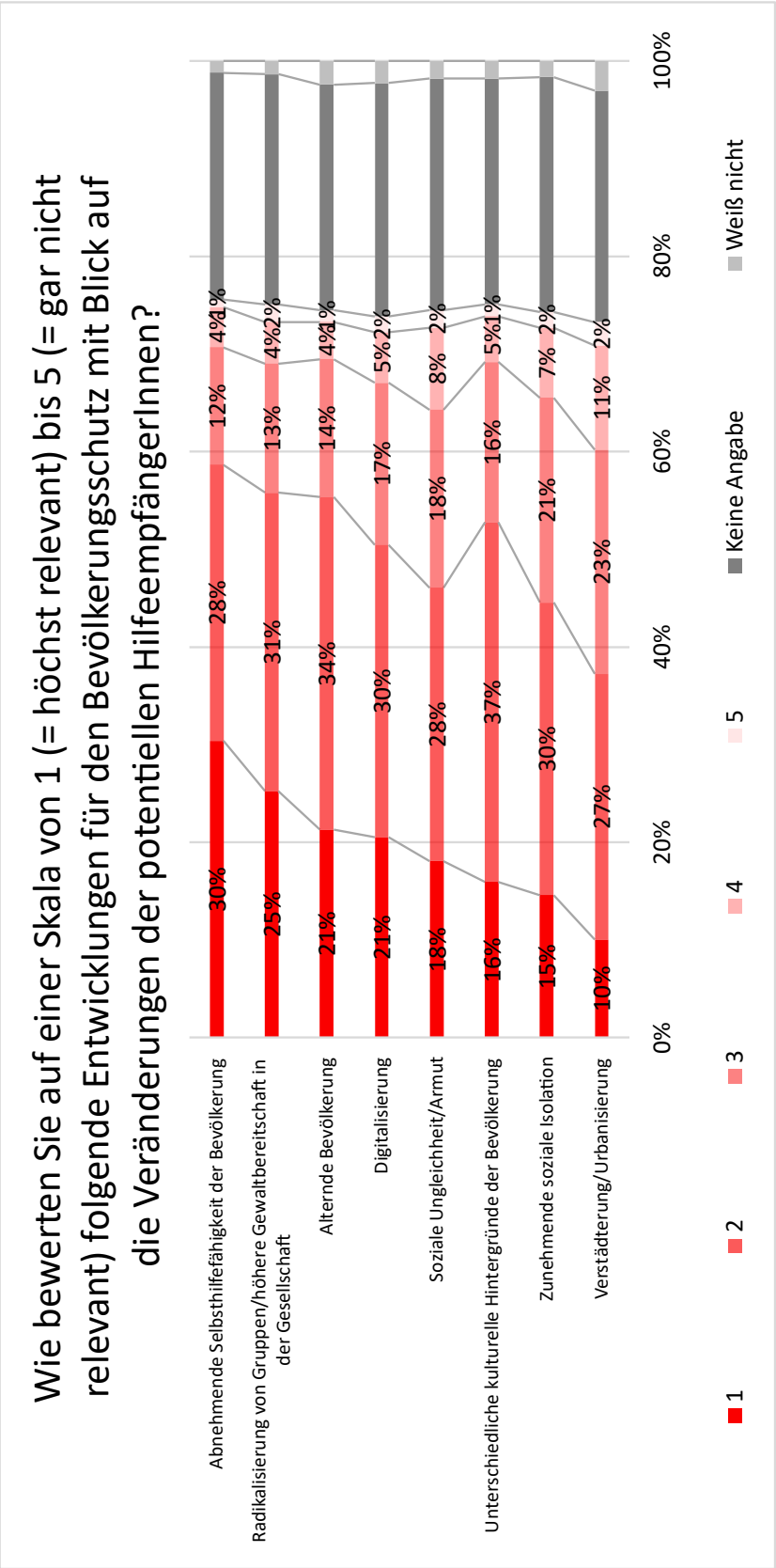


Abbildung 52: Entwicklungen unter potenziellen HilfeempfängerInnen

3.14. Zukünftige Entwicklung der Organisationen des Bevölkerungsschutzes

Auch die Organisationen des Bevölkerungsschutzes verändern sich entsprechend der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen. Die Umfrageteilnehmenden wurden auch dahingehend befragt, welche Entwicklungen sie als relevant für die Organisationen des Bevölkerungsschutzes erachteten. Mit großem Abstand wurde hier die abnehmende Anzahl von Ehrenamtlichen genannt: 46 % halten dies für „höchst“ und 21 % für „hoch relevant“. Die Themen Finanzierungslücken, soziale Medien, Angriffe auf Einsatzkräfte und steigende Erwartungen an die Organisationen hatten für die Befragten eine ähnliche Relevanz. Finanzierungslücken erachteten 29 % als „höchst“ und 26 % als „hoch relevant“; soziale Medien wurden jeweils von 27 % als „höchst“ und „hoch relevant“ eingeschätzt. 26 % bzw. 27 % hielten Angriffe auf Einsatzkräfte für „höchst“ bzw. „hoch“ relevant und 25 % maßen steigenden Erwartungen an die Organisationen „höchste“, 29 % eine „hohe“ Relevanz bei. Die Stärkung des Zivilschutzes im Rahmen der Konzeption Zivile Verteidigung (KZV) hielten dagegen 17 % für „höchst“ und 24 % für „hoch relevant“. 12 % bzw. 23 % sahen die Politisierung der Arbeit von Organisationen als „höchst“ bzw. „hoch“ relevante Entwicklung für die Bevölkerungsschutzorganisationen. Die zunehmende Bedeutung der Bundeswehr als Akteur war für 10 % der Befragten „höchst relevant“ und für 19 % „hoch relevant“. Der Zunahme von ungebundenen HelferInnen/SpontanhelferInnen wurde eine vergleichsweise geringe Relevanz eingeräumt: nur 8 % sahen die Entwicklung als „höchst relevant“ und 21 % als „hoch relevant“.

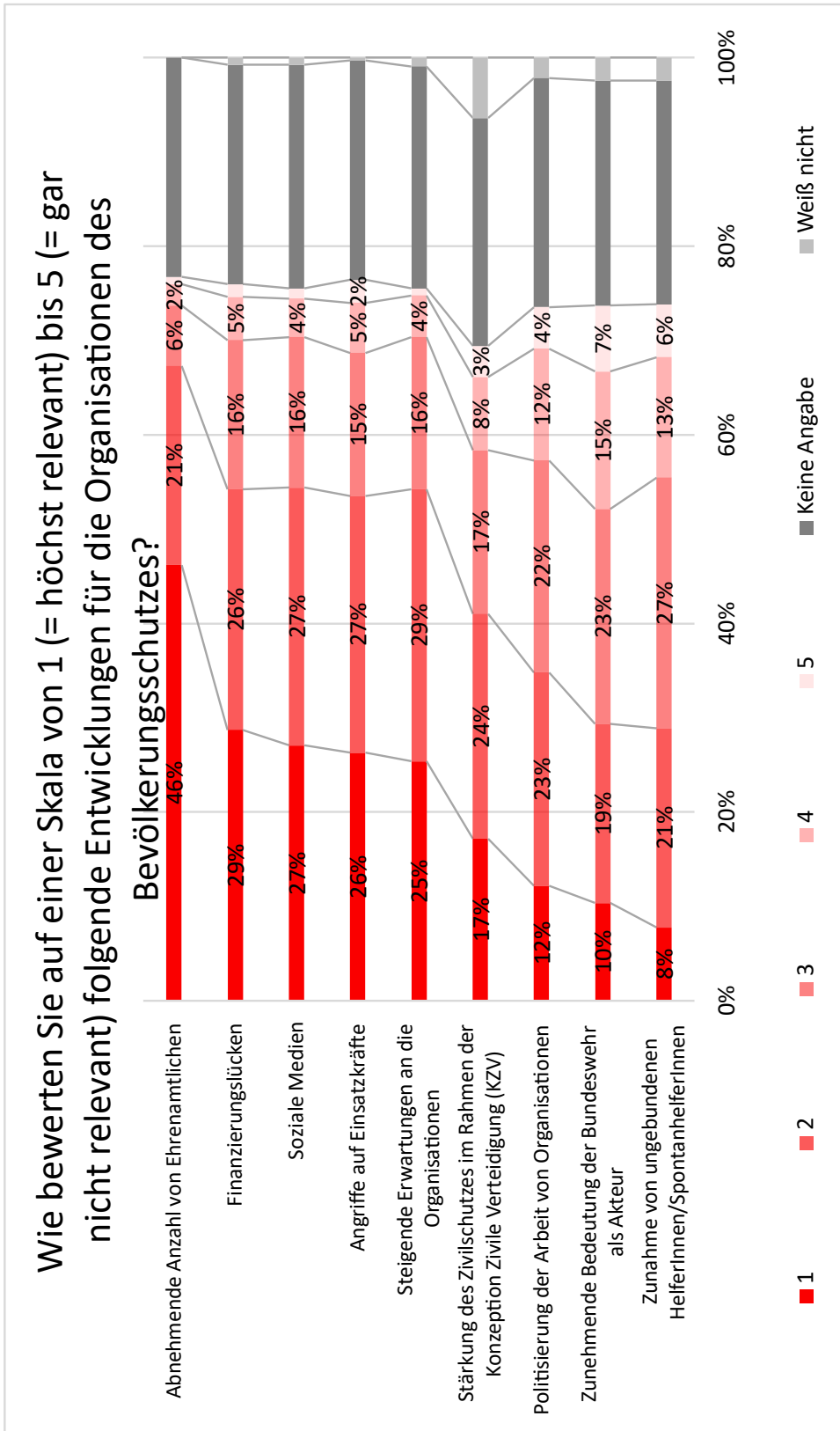


Abbildung 53: Zukünftige Veränderungen innerhalb der Organisationen

3.15. Zukünftige Arbeitsfelder für Organisationen des Bevölkerungsschutzes

Neue Gefahren, gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen bei den HilfeempfängerInnen werden zukünftig womöglich auch zu veränderten Arbeitsfeldern für den Bevölkerungsschutz führen.

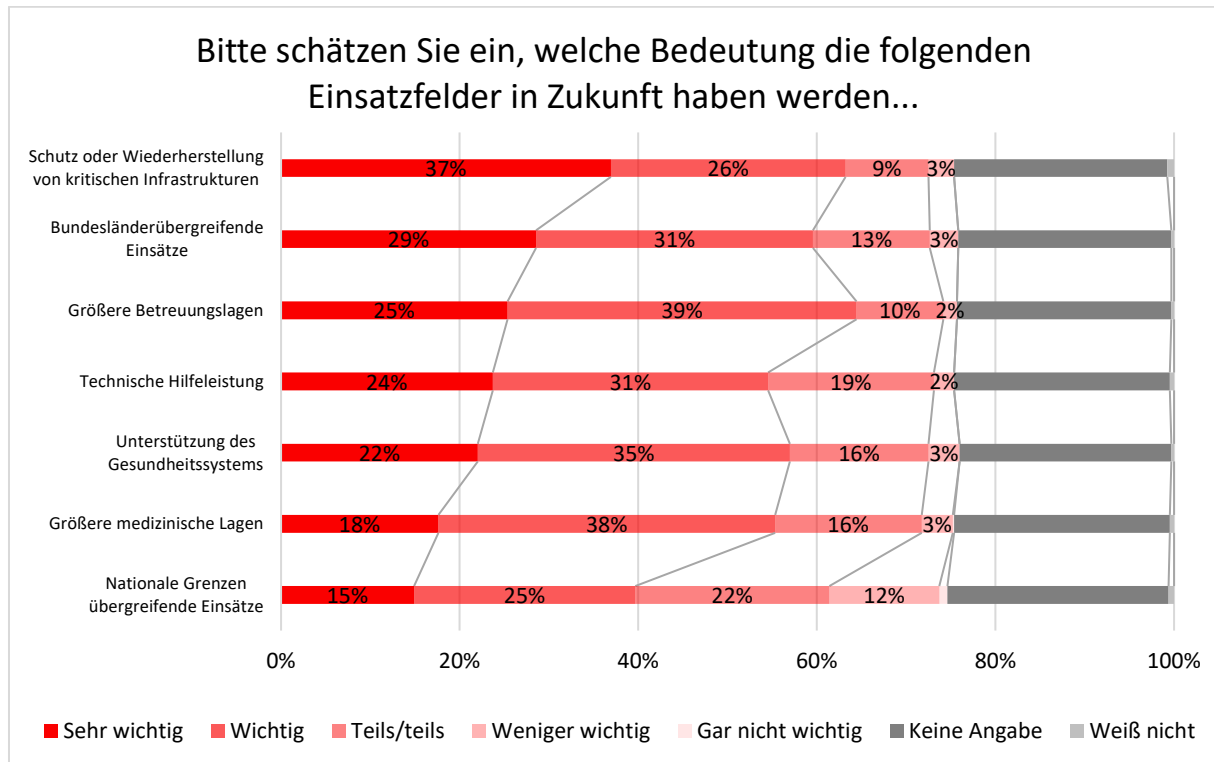


Abbildung 54: Zukünftige Bedeutung verschiedener Einsatzfelder

Die Teilnehmenden wurden nach der Relevanz von Einsatzfeldern in der Zukunft befragt. Schutz oder Wiederherstellung von kritischen Infrastrukturen hielten dabei 37 % für „sehr“ und 26 % für „wichtig“, 9 % für „teilweise wichtig“ und 3 % für „weniger wichtig“. 29 % der Befragten sahen, dass bundesländerübergreifende Einsätze in der Zukunft „sehr wichtig“ und 31 % „wichtig“ sein werden. 13 % waren hier unentschieden und 3 % hielten diese für „gar nicht wichtig“. Größere Betreuungslagen hielten 25 % resp. 39 % für „sehr wichtig“ resp. „wichtig“; 10 % antworteten mit „teils/teils“ und nur 2 % gaben an, dass sie diese für „weniger wichtig“ hielten. Bei der technischen Hilfeleistung antworteten 24 %, dass sie diese künftig für „sehr wichtig“ und 31 % für „wichtig“ halten würden. Dagegen gaben 19 % an, dass sie unentschieden seien und 2 % hielten diese Aufgabe für künftig „weniger wichtig“. Die Unterstützung des Gesundheitssystems hatte für 22 % künftig eine sehr hohe Wichtigkeit und 35 % eine hohe Wichtigkeit. 16 % der Befragten äußerten sich mit „teils/teils“ und 3 % gingen von einer geringen Wichtigkeit aus. 18 % bzw. 38 % sahen größere medizinische Lagen als „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ an; 16 % sahen diese als zum Teil wichtig an und 3 % als weniger wichtig. Die geringste Wichtigkeit wurde nationale Grenzen übergreifenden Einsätzen beigemessen, gleichwohl 15 % bzw. 25 % der Befragten immer noch sagten, dass sie derartige Einsätze künftig für „sehr wichtig“ oder „wichtig“ hielten. 22 % äußerten sich unentschieden, 12 % gingen von einer „geringen“ Wichtigkeit und 1 % von gar keiner Wichtigkeit aus.

4. Zusammenfassung und Ausblick

Am Ende des Fragebogens konnten die Teilnehmenden sich noch offen zu weiteren Aspekten äußern, die ihnen wichtig waren. Davon machten trotz der Länge des Fragebogens viele der Teilnehmenden Gebrauch und schrieben z. T. sehr ausführliche persönliche Kommentare und Einschätzungen zur Lagebewältigung. Diese streuten von großer Frustration über die fehlende Lernbereitschaft der politischen Akteure bezüglich des Bevölkerungsschutzes über die weiterhin schlechte finanzielle Ausstattung bis hin zu dem bei sehr Vielen vorhandenem großen Stolz und Freude darüber, an der Bewältigung dieser Lage teilgehabt haben zu dürfen. Sehr wenige äußerten sich auch explizit rassistisch oder kritisierten die fehlende Möglichkeit, auch negative Erfahrungen mit Flüchtlingen adressieren zu dürfen. Insgesamt wurde die Befragung als sehr positiv wahrgenommen und sich dafür bedankt, dass das Thema nochmals aufgegriffen wurde, wenn auch es für Einige schwer war, sich nach der langen Zeit noch daran zu erinnern.

Literaturverzeichnis

- ASB (2015): Jahrbuch 2015. Köln: ASB.
- Blos, Dietrich (1979): Das Berliner Rote Kreuz 1945-1976. Berlin: Colloquium-Verl.
- Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (2018): 2017 Jahresbericht. Bonn: THW.
- Deutsches Rotes Kreuz e.V. (2015): Das Jahrbuch 2015. 365 Tage Hilfe nach dem Maß der Not. Berlin: DRK.
- Diebel, Martin (2017): Atomkrieg und andere Katastrophen. Zivil- und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik und Großbritannien nach 1945. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Dittmer, Cordula; Lorenz, Daniel F. (2017): Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in der Flüchtlingshilfe 2015/16: Die Zukunft der „Vergangenheit“. In: *Notfallvorsorge* (2), S. 13–19.
- Dittmer, Cordula; Lorenz, Daniel F. (2019): Disaster Situation and Humanitarian Emergency – In-Between Responses to the Refugee Crisis in Germany. In: *International Migration*, 59 (3), S. 96–112. DOI: 10.1111/imig.12679
- Dittmer, Cordula; Lorenz, Daniel F. (2020): Zivil- und Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe in der Bewältigung der Flüchtlingssituation 2015/16 in Deutschland. In: *Zflucht. Zeitschrift für Flüchtlingsforschung* 4 (1), S. 3-36.
- Dittmer, Cordula; Lorenz, Daniel F. (2021): Frictions of Implementing EU Humanitarian Aid in Greece (2016–2019)—The Emergency Support Instrument and Its Practical Ramifications. In: *Journal of International Humanitarian Action* 6 (1). DOI: 10.1186/s41018-021-00095-7
- Dittmer, Cordula; Lorenz, Daniel F.; Norf, Celia; Fekete, Alexander; Händlmeyer, Anette; Max, Matthias; Medick, Merle; Olfermann, Elisabeth; Peter, Franz (2019): Migrationsbezogenes Wissensmanagement für den Bevölkerungsschutz der Zukunft. In: *Notfallvorsorge* 50 (2), S. 20–26.
- Grote, Janne (2018): Die veränderte Fluchtmigration in den Jahren 2014 bis 2016: Reaktionen und Maßnahmen in Deutschland. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper Nr.79, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Online verfügbar unter https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/EMN/Studien/wp79-emn-fluchtmigration-2014-2016-reaktionen-ma%C3%9Fnahmen-deutschland.pdf;jsessionid=B559424AB94D5E4217F292ACAD091BA1.inter-net532?__blob=publicationFile&v=19 Zugriff: 21.05.2021
- Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes (1989): Großeinsatz des DRK für Aus- und Übersiedler. In: *Die Rotkreuz Zeitung*, Dezember 1989, S. 1.
- Riesenberger, Dieter (2002): Das Deutsche Rote Kreuz. Eine Geschichte 1864 - 1990. Paderborn: Schöningh.
- Sieland, Michael (2017): Flüchtlingsnothilfe Deutsches Rotes Kreuz, 2015/2016. Ergebnisse der Evaluation 12/2017. Köln.
- Süddeutsche Zeitung (1989): Mit Hubschrauber auf Platzsuche für Zeltstädte. Das Rote Kreuz hat in Ober- und Niederbayern vier Standorte ausgesucht / Aufbau der Lager beginnt heute. In: *Süddeutsche Zeitung*, 200, 01.09.1989: S. 26.

Anhang

Bundesland	Häufigkeit	Relative Häufigkeit
Baden-Württemberg	43	7 %
Bayern	85	13 %
Berlin	10	2 %
Brandenburg	5	1 %
Bremen	2	0 %
Hansestadt Hamburg	16	2 %
Hessen	90	14 %
Mecklenburg-Vorpommern	10	2 %
Niedersachsen	61	9 %
Nordrhein-Westfalen	119	18 %
Rheinland-Pfalz	16	2 %
Saarland	5	1 %
Sachsen	11	2 %
Sachsen-Anhalt	7	1 %
Schleswig-Holstein	17	3 %
Thüringen	3	0 %
Keine Angabe	158	24 %
Gesamt	658	100 %
Größe des Wohnortes	Häufigkeit	Relative Häufigkeit
Dorf (weniger als 5.000 Einwohner)	96	15 %
Kleinstadt (5.000 bis 20.000 Einwohner)	89	14 %
Mittelstadt (20.000 bis 100.000 Einwohner)	93	14 %
Großstadt (mehr als 100.000 Einwohner)	131	20 %
Weiß nicht	1	0 %
Keine Angabe	248	38 %
Gesamt	658	100 %
Geschlecht	Häufigkeit	Relative Häufigkeit
Männlich	420	64 %
Weiblich	73	11 %
Divers	1	0 %
Keine Angabe	164	25 %
Gesamt	658	100 %
Alter	Häufigkeit	Relative Häufigkeit
Unter 20	4	1 %
20-29	85	13 %
30-39	130	20 %
40-49	95	14 %
50-59	107	16 %

60-69	44	7 %
Über 70	6	1 %
Keine Angabe	187	28 %
Gesamt	658	100 %
Mit wem leben Sie im Haushalt?	Häufigkeit	Relative Häufigkeit
Ich lebe mit Partner/in, aber ohne Kinder.	155	24 %
Ich lebe mit Partner/in, und Kindern.	125	19 %
Ich lebe in einer Wohngemeinschaft/betreutem Wohnen.	17	3 %
Ich lebe bei meinen Eltern.	21	3 %
Ich lebe bei meinen erwachsenen Kind(ern).	2	0 %
Ich lebe nur mit Kind(ern).	6	1 %
Ich lebe allein.	77	12 %
Keine Angabe	255	39 %
Gesamt	658	100 %
Staatsangehörigkeit (Mehrfachantworten)	Häufigkeit	
Deutsche Staatsangehörigkeit	410	
Sonstige	7	
Keine Angabe	247	
Monatliches Nettoeinkommen des gesamten Haushaltes	Häufigkeit	Relative Häufigkeit
Unter 1000 Euro	14	2 %
1000 bis unter 2000 Euro	36	5 %
2000 bis unter 3000 Euro	76	12 %
3000 bis unter 4000 Euro	85	13 %
4000 bis unter 5000 Euro	70	11 %
5000 bis unter 6000 Euro	47	7 %
6000 bis unter 7000 Euro	13	2 %
Über 7000 Euro	21	3 %
Weiß nicht	5	1 %
Keine Angabe	291	44 %
Gesamt	658	100
Programmatische Nähe zu Partei	Häufigkeit	Relative Häufigkeit
CDU/CSU	98	15 %
SPD	50	8 %
Bündnis 90/Die Grünen	56	9 %
FDP	17	3 %
Die Linke	24	4 %
AfD	5	1 %
Andere Partei	13	2 %
Gar keine Partei	48	7 %
Weiß nicht	11	2 %
Keine Angabe	336	51 %

Gesamt	658	100 %
Erwerbstätigkeit oder Ausbildung (Mehrfachantworten)		
Erwerbsunfähig	1	
Arbeitssuchend/-los, in Umschulung	2	
Hausfrau/mann, Elternzeit	8	
In Berufsausbildung, Lehre, Wehrdienst Freiwilligendienst, Freiwilliges Soziales Jahr	3	
Geringfügig oder stundenweise beschäftigt (450€-Job, Mini-Job)	16	
RentnerIn oder PensionärIn	25	
Teilzeit erwerbstätig	30	
SchülerIn oder StudentIn	40	
Vollzeit erwerbstätig	325	
Keine Angabe	246	
Höchste Ausbildung / Berufsabschluss		
	Häufigkeit	Relative Häufigkeit
Keine Ausbildung	4	1 %
In der Ausbildung	11	2 %
Teilfacharbeiter/Anlernberuf	1	0 %
Abgeschlossene Lehre	107	16 %
Gewerbeschule, Fachschule mit Abschluss, Meisterbrief	61	9 %
Fachhochschulabschluss oder Ingenieur-schulabschluss	78	12 %
Hochschulabschluss/Universität	115	17 %
Promotion	9	1 %
Andere Art von Berufsausbildung	23	3 %
Weiß nicht	1	0 %
Keine Angabe	248	38 %
Gesamt	658	100 %
Aktuelle Tätigkeit in Bevölkerungsschutzorganisationen (Mehrfachantworten)		
Arbeiter-Samariter-Bund	56	
Berufsfeuerwehr	17	
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	178	
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	17	
Deutsches Rotes Kreuz	123	
Freiwillige Feuerwehr	93	
Johanniter-Unfall-Hilfe	51	
Malteser-Hilfsdienst	58	
Andere Hilfsorganisation	17	
In keiner Organisation mehr	3	
Keine Angabe	157	

Jahre aktiv im Bevölkerungsschutz	Häufigkeit	Relative Häufigkeit	Relative Häufigkeit kumuliert
Mehr als 20 Jahre	228	35 %	35 %
18-20 Jahre	28	4 %	39 %
16-18 Jahre	15	2 %	41 %
14-16 Jahre	32	5 %	46 %
12-14 Jahre	28	4 %	50 %
10-12 Jahre	45	7 %	57 %
8-10 Jahre	40	6 %	63 %
6-8 Jahre	33	5 %	68 %
4-6 Jahre	32	5 %	73 %
2-4 Jahre	11	2 %	75 %
1-2 Jahre	5	1 %	76 %
weniger als 1 Jahr	4	1 %	76 %
Weiß nicht	1	0 %	---
Keine Angabe	156	24 %	---
Gesamt	658	100 %	---

Impressum

Titel

Der Bevölkerungsschutz in der Flüchtlingskrise 2015/16: Erfahrungen und Lessons Learned. Deskriptive Ergebnisse einer organisationsübergreifenden quantitativen Befragung

Herausgeber

Katastrophenforschungsstelle (KFS)
Freie Universität Berlin
FB Politik- und Sozialwissenschaften
Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10
12165 Berlin

Titelfoto

© Raimond Spekking / [CC BY-SA 4.0](#) (via Wikimedia Commons)

Die AutorInnen

Dr. Cordula Dittmer und **Daniel F. Lorenz** sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen der KFS.

Prof. Dr. Martin Voss ist Universitätsprofessor im Fachgebiet Sozialwissenschaftliche Katastrophenforschung an der Freien Universität Berlin und Leiter der Katastrophenforschungsstelle (KFS).

Danksagungen

Die AutorInnen möchten an dieser Stelle allen UnterstützerInnen ihren Dank aussprechen, die bei der Durchführung der Befragung und Aufarbeitung der Daten mitgewirkt haben.

Ein besonderer Dank gilt allen Teilnehmenden, die im Rahmen der Befragung ihre Erfahrungen geteilt haben und somit wertvolle Perspektiven auf die Beältigung der Flüchtlingskrise 2015/16 ermöglichten.

Weiterhin bedanken wir uns bei allen ExpertInnen, die durch ihre Bereitschaft zu einem Interview Hintergrundwissen und Anregungen zu relevanten Themen für die Befragung geleistet haben.

Aljoscha Mayer gilt Dank für die technische Unterstützung bei der Erstellung des Onlinefragebogens, Sidonie Hänsch für das Einpflegen der Daten sowie Hellena Debelts, Hendrik Schnittker und Andrea Ries für die Korrektur.

Dank gilt auch den Verbundpartnern des Projektes WAKE, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), Deutsche Rotes Kreuz e.V. (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), Technische Hochschule Köln (TH Köln) sowie dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), die den Fragebogen kommentierten, wichtige Verbesserungsvorschläge unterbreiteten und den Fragebogen an Mitglieder streuten. Darüber hinaus danken

wir auch der Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), dem Deutschen Feuerwehrverband (DFV), dem Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit (ZOES) sowie dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein, Referat Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz, für die weitere Verbreitung der Befragung.

Wir danken dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für die Förderung der Forschungsarbeiten im Rahmen des Projektes WAKE (FKZ: 13N14748).

